

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



16. Jahrgang

1997

28. Heft

	Seite
W. Singer: Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Almengraben -Studernheim	64
G. Eymael: Abschluß der Weinbergsflurbereinigung Wachenheim	66
Kulturamt Worms: Weinbergsflurbereinigung Mainz-Laubenheim	68
M. Schumann: Stand und Weiterentwicklung der Bürokommunikation und Büroautomation in Rheinland-Pfalz	70
Buchbesprechungen:	75
Literaturübersicht:	78
Personalveränderungen:	79
Ehrungen:	81
Informationen aus der LKV:	82
P. Frowein: Japanische Delegation informierte sich vor Ort über die Wert- ermittlung landwirtschaftlicher Flächen	82
P. Frowein: Chinesische Delegation aus der Provinz Fujian zum Informa- tionsaustausch in Rheinland-Pfalz	84
H. Schröder: Apropos TEAM!	85
G. Eymael: Regionaler Förderschwerpunkt Westpfalz	86
R. Brüderle: Integriertes Förderprogramm "WeinKulturLandschaft Mosel"	87
R. Brüderle: Neubau der A 60 von Bitburg bis Wittlich	89
G. Eymael: Bodenordnung	89
Impressum:	96

IM BLICKPUNKT

Ministerialdirigent Dr. Günter Brack im Ruhestand

Ende Juni 1997 ist Ministerialdirigent Dr. Günter Brack, Leiter der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik, Dorferneuerung im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, in den Ruhestand getreten. Dr. Brack, geboren und aufgewachsen in der Eifel, stand über 37 Jahre im Dienste des Landes Rheinland-Pfalz.

Nach dem Referendariat und einer Anstellung als Berater bei der Landwirtschaftsschule und Beratungsstelle in Altenkirchen begann er 1963 seine Tätigkeiten am damaligen Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Er war dort in verschiedenen Funktionen im Bereich der Agrarstruktur- und Agrarmarktpolitik tätig. Von 1979 bis 1981 nahm Dr. Brack als von der Agrarministerkonferenz bestellter Ländervertreter an den Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe "Agrarstrukturen" der EWG teil.

Seit 1981 leitete Dr. Brack zunächst die Abteilung Agrarpolitik und Markt und seit 1993 die Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt. 1990 organisierte Dr. Brack die rheinland-pfälzische Verwaltungshilfe zum Aufbau des thüringer Landwirtschaftsministeriums. Seinem Engagement war es zu verdanken, daß bereits am 8. Oktober 1990, wenige Tage nach der deutschen Vereinigung, zwölf



Abb. 1: Ansprache von Staatsminister Rainer Brüderle



Abb. 2: Verabschiedung von Dr. Brack durch Staatsminister Rainer Brüderle

Mitarbeiter des damaligen rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministeriums in Erfurt ihren Dienst antraten und Thüringen dadurch einen deutlichen Startvorteil beim Verwaltungsaufbau in den neuen Ländern verschaffte.

Dr. Brack hat maßgeblich an der Gestaltung der Landesagrarpolitik während der vergangenen Jahrzehnte mitgewirkt. Er bereitete 1986 das Landesagrarprogramm vor, mit dem Rheinland-Pfalz zusätzlich zu Maßnahmen im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" eigenständige Schwerpunkte in der Agrarpolitik setzte. Maßnahmen zur Flankierung des

Strukturwandels, zur Sicherung des Steillagenweinbaus und zur Förderung standortangepaßter, umweltschonender Bewirtschaftungsformen wurden von ihm ganz wesentlich mitgestaltet. Bis in die letzten Wochen und Monate seiner Dienstzeit bewies er eine außergewöhnliche Tatkraft und ein vorbildliches Engagement. So entwarf er das im Januar dieses Jahres vorgestellte "Aktionsprogramm Schweine" und das Mitte Juni 1997 präsentierte "Integrierte Förderprogramm Mosel".



Abb.3: Gute Wünsche des Ministers für den Ruhestand

Seit 1993 war Dr. Brack verantwortlich für die Landeskulturverwaltung und hat mit der Vorbereitung der Leitlinien zur ländlichen Bodenordnung und mit der Reorganisation der Landeskulturverwaltung entscheidende Weichen zu einer umfassenden Reform der Landeskulturverwaltung gestellt, die diesen Teil der Landesverwaltung zum Vorreiter einer modernen, sich als Dienstleistungsunternehmen verstehenden Verwaltung machen.

Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle hat Dr. Brack in einer Feierstunde am 9. Juli 1997 offiziell verabschiedet. In dieser Feierstunde sprachen auch der Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Ökonomierat Günther Scharz, der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Landwirtschaft und Weinbau, Dieter Schmitt und der Bundesvorsitzende des Bundes der technischen Beam-

ten und Angestellten (BTB) und Hauptpersonalratsvorsitzende Bernd Niesen und würdigten die besonderen Verdienste von Dr. Brack um die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und um die Reform der Landeskulturverwaltung.



Abb. 4: Verabschiedung durch Ökonomierat Günther Scharz, Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz



Abb. 5: Ansprache von Ministerialdirigent a.D. Dr. Günter Brack

In seinen Dankes- und Abschiedsworten erinnerte Dr. Brack mit einer Reihe kleiner Episoden und lustiger Begebenheiten an die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm in seiner Zeit als Mini-

sterialbeamter außergewöhnliche Vorgehensweisen und "rheinland-pfälzische Wege und Programme" ermöglichten.



Abb. 6: Interessierte Zuhörer folgen den Ansprachen und Abschiedsworten



Abb. 7: Mit der "Robert Stolz" auf Rhein und Main in den Ruhestand

Nach der offiziellen Verabschiedung durch Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle feierte Dr. Brack seinen 65. Geburtstag und den Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand im Kreise vieler geladener Gäste und seiner Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter mit einer "Grenzwanderung" zwischen den Plätzen seines Wohnens und Wirkens auf der "Robert Stolz", wohin er zur Verkostung kulinarischer Genüsse eingeladen hatte.



Abb. 8: Die Referatsgruppenleiter Dr. Kreer und Buchta sorgen für Kontinuität in der Arbeit der Verwaltung

Dr. Kreer neuer Abteilungsleiter

Zum 1. Juli 1997 hat Minister Rainer Brüderle Ministerialrat Dr. Karl-Otto Kreer zum neuen Leiter der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik, Dorferneuerung im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ernannt. Damit sei ein nahtloser Übergang in der Abteilungsleitung sichergestellt, die zentrale Aufgaben in der Agrarförderung und der Förderung der ländlichen Räume wahrnimmt, sagte Brüderle.

Dr. Kreer tritt die Nachfolge von Ministerialdirigent Dr. Günter Brack an, der Ende Juni in den Ruhestand getreten ist. Dr. Kreer stammt aus einem landwirtschaftlichen Betrieb im Hunsrück. Nach dem Studium der Agrarwissenschaften und der anschließenden Promotion begann er 1985 seine Tätigkeit im damaligen Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten.

Seit 1987 vertrat er Rheinland-Pfalz im Agrarausschuß des Bundesrates. 1993 übernahm er die Leitung einer der beiden Referatsgruppen in der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt. In dieser Funktion befaßte er sich insbesondere mit der Umsetzung der EU-Agrarreform auf Landesebene, mit wichtigen Bereichen der einzelbetrieblichen Förderung und mit der Förderung der Marktstrukturverbesserung.

Zur Einarbeitung in die Aufgaben der Landeskulturverwaltung war Dr. Kreer in den Jahren 1995 und 1996 zeitweilig an das Kulturamt Simmern abgeordnet.

Der neue Abteilungsleiter hat mit Erfolg das Führungskolleg der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer absolviert.



Abb. 1: Ministerialrat Dr. Karl-Otto Kreer tritt als neuer Abteilungsleiter der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik und Dorferneuerung die Nachfolge von Ministerialdirigent Dr. Brack an.

FACHBEITRÄGE

WeinKulturLandschaft Mosel - Integriertes Förderprogramm -*)

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft
und Weinbau Rainer Brüderle, Mainz



Staatsminister Rainer Brüderle

Im November 1996 hat in der irischen Stadt Cork eine Europäische Konferenz über ländliche Entwicklung mit dem Thema "Ländliches Europa - Perspektiven für die Zukunft" stattgefunden.

Die Teilnehmer aus den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben am Ende der Konferenz eine Deklaration zur Weiterentwicklung der europäischen Politik für die ländlichen Räume verabschiedet.

Als Ziel der künftigen Strukturpolitik wird darin eine nachhaltige und integrierte Entwicklung der ländlichen Räume gefordert.

In seiner Schlußansprache auf der Konferenz von Cork hat sich Agrarkommissar Franz Fischler dafür eingesetzt, alle Politiken zur Entwicklung des ländlichen Raumes besser miteinander abzustimmen und so "die bisher nebeneinander bestehenden Maßnahmen unter einen Hut zu bringen".

Sein Fazit ist eine Absage an die bislang vorherrschende sektorale Förderpolitik und ein Plädoyer für die Ausarbeitung Integrierter Förderprogramme für die ländlichen Räume.

Mit dem Integrierten Förderprogramm Mosel wollen wir in Rheinland-Pfalz diesen Weg einer integrierten Regionalförderung einschlagen.

Die EU-Kommission hat diesen Schritt bei den Verhandlungen über die Genehmigung der verschiedenen Fördermaßnahmen für den Steillagenweinbau positiv aufgenommen. Die Genehmigung der einzelnen Fördermaßnahmen durch die Kommission wurde damit deutlich erleichtert.

*) Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rainer Brüderle anlässlich der Präsentation des Integrierten Förderprogramms "WeinKulturLandschaft Mosel" am 12. Juni 1997 in Bernkastel-Kues

Ich freue mich, daß Sie, Herr Dr. Heine, als unser wichtigster Verhandlungspartner in Brüssel an der Vorstellung des "Integrierten Förderprogramms Mosel" heute teilnehmen.

Wir haben in Ihnen immer einen verständnisvollen Gesprächspartner gefunden, wenn es um die Genehmigung von Beihilfen des Landes für die Landwirtschaft und den Weinbau in Rheinland-Pfalz ging. Für die über Jahre hinaus gewährte Unterstützung möchte ich Ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

Ich möchte Ihnen auch dafür danken, daß Sie diese Tagung nicht nur als Gasthörer verfolgen, sondern die Aufgabe übernommen haben, uns über die in der Kommission beabsichtigte Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zugunsten einer integrierten Förderung der ländlichen Gebiete zu unterrichten.

Meine Damen und Herren,

bei der Ausarbeitung des Tourismuskonzeptes "Europäisches Tal der Mosel"*) hat Ihre Region den Begriff "WeinKulturLandschaft Mosel" als Image-träger für den Weinbau und den Tourismus gewählt.

Die "WeinKulturLandschaft Mosel" ist das Pfund, mit dem es zu wuchern gilt, wenn es darum geht, die Zukunft für Weinbau und Tourismus in der Region Mosel zu entwickeln.

In die moderne Sprache der Regionalpolitik umgesetzt, ist die "WeinKulturLandschaft" das wichtigste endogene Potential der Wein- und Tourismusregion Mosel.

In der Vergangenheit hat die Regionalpolitik vor allem das Ziel verfolgt, die Wirtschaftskraft ländlicher Regionen durch einen Transfer exogenen Potentials in Form der Ansiedlung von gewerblichen und industriellen Unternehmen zu stärken.

Die Globalisierung der Märkte bleibt jedoch nicht ohne Einfluß auf die Regionalpolitik.

Es wird künftig allenfalls in begrenztem Umfang möglich sein, zusätzliche Arbeitsplätze im gewerblich-industriellen Bereich durch Unternehmensansiedlungen zu schaffen. Neue Arbeitsplätze werden vornehmlich im Dienstleistungsbereich entstehen.

Die Träume, möglichst überall ein Silicon valley entstehen zu lassen, werden allerdings nicht immer in Erfüllung gehen. Wenn die Trauben für den Zugewinn exogener Potentiale hoch hängen und damit schwer erreichbar sind, ist es doch ratsamer,

sich auf die Entwicklung der vorhandenen endogenen Potentiale zu konzentrieren.

Die Region Mosel kann dann mit einem größeren und mit einem sicheren Zukunftsgewinn rechnen, wenn sie nicht von einem Silicon valley träumt, sondern das Moseltal vielmehr als ein wirtschaftlich erfolgreiches Vine valley entwickelt und dabei gleichzeitig auf die Expansion des Tourismus baut.

Mein Rat lautet daher: Setzen Sie das Kapital "WeinKulturLandschaft Mosel", diesen einmaligen, vom Steillagenweinbau geprägten Charakter einer Flußlandschaft mit aller Konsequenz für die Zukunftsentwicklung der Region ein!

Eine, wenn nicht die entscheidende Vorbedingung für den Erfolg einer solchen Entwicklungsstrategie ist es allerdings, dieses Kapital "WeinKulturLandschaft Mosel" zu erhalten. Nur dann kann es auch für die Zukunftsentwicklung eingesetzt werden.

Trotz eines 2000jährigen Weinbaus an den Moselhängen gibt es keine Garantie auf die Dauerhaftigkeit dieses Kapitals.

Drei der vier Komponenten des Image-trägers "WeinKulturLandschaft Mosel" sind variable Größen. Der Weinbau, die Landschaft und die Kultur unterliegen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüssen.

Der Weinbau, die Landschaft und die Kultur an der Mosel werden durch nichts mehr geprägt als durch den Steillagenweinbau!

Der Steillagenweinbau sieht sich seit Jahren einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der seine Wirtschaftlichkeit gefährdet.

Unsere Strukturanalysen zeigen leider sehr deutlich:

Der Steillagenweinbau ist in weit größerem Maß gefährdet, als es die heute noch zumeist intakten Reblandschaften an den Steilhängen der Mosel vermuten lassen.

Wie schnell unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ganze Kulturlandschaften verschwinden können, zeigt uns beispielhaft die Entwicklung am Mittelrhein.

*) Als Tourismuskonzept für das Moseltal vom Europäischen Tourismus Institut Trier im Auftrag der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz erstellt und 1994 vorgelegt.

Mit einem Rückzug des Weinbaus aus den Steillagen an der Mosel würde der Ruf der Mosel als Weinbaugbiet großen, ja existenzbedrohenden Schaden nehmen und es würde das Landschaftselement verloren gehen, das der Region Mosel ihren unverwechselbaren, ihren einmaligen Charakter gibt.

Meine Damen und Herren,

Sie sind es von mir nicht gewohnt, daß ich als Pessimist und als Schwarzseher auftrete. Und das werden Sie auch heute nicht erleben!

Eine von Verantwortung bestimmte Politik kann es sich aber nicht leisten, Probleme zu negieren, sie zu verschweigen oder sie gar gesundbeten zu wollen.

Die Probleme, die den Steillagenweinbau an der Mosel belasten, sind:

- ☐ eine ungünstige Betriebsgrößenstruktur,
- ☐ ein drei- bis zehnfach höherer Arbeitsaufwand gegenüber Flachlagen in anderen Weinbaugebieten,
- ☐ der Absatz von Weinen aus Steillagen zu einem Preisniveau, das, gemessen an den Produktionskosten, zu niedrig liegt.

Zur Abwehr einer wirtschaftlichen wie landschaftlichen Erosion des Steillagenweinbaus an der Mosel müssen das Land und die Region gemeinsam und entschlossen gegensteuern.

Dabei sollten wir eine sehr alte Erfahrung nutzen: Krisen bieten jeweils auch die Chance eines Neubeginns!

Ich bin fest von den Zukunftschancen des Steillagenweinbaus überzeugt. In dieser Überzeugung bestärken mich die Zeichen, die seit wenigen Jahren von mutigen Unternehmern gesetzt werden.

Von Unternehmern, die entgegen aller Resignation in den Steillagenweinbau neu einsteigen, sich dafür sogar die schwierigsten Steillagen auswählen, und die das Qualitätspotential dieser Lagen nutzen, um Spitzenweine zu erzeugen, für die sie überraschend hohe Preise erzielen.

Die Aktivitäten dieser Neueinsteiger und ihre Erfolge fallen besonders auf. Darüber darf nicht übersehen werden, daß es auch eine Reihe junger Winzer aus Traditionsbetrieben gibt, die den gleichen Weg einschlagen.

Die Signale, die von den Neueinsteigern wie von den aktiven Jungwinzern ausgehen, markieren den Weg in die Zukunft des Steillagenweinbaus.

Meine Damen und Herren,

die Zukunft des Steillagenweinbaus ist nicht mit Erhaltungssubventionen zu gewinnen.

Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland weist genügend klägliche Beispiele für diesen Irrweg auf. Mit Erhaltungssubventionen werden nur finanzielle Ressourcen verschwendet und am Ende steht dann doch das wirtschaftliche Aus der subventionierten Wirtschaftszweige.

Die Zukunft für den Steillagenweinbau ist nur zu gewinnen, wenn es gelingt, ihn wirtschaftlich attraktiv zu gestalten, so daß die Winzer ausreichende Einkommen für ihre Familien erzielen können.

Ich bin überzeugt: Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn die Weinwirtschaft an der Mosel bereit ist, völlig neue Wege in der Produktionstechnik zu gehen, um die Produktionskosten deutlich zu senken, wenn sie bereit ist, neue Kooperationsformen zur Arbeitsteilung zwischen Traubenproduktion, sowie Ausbau und Vermarktung der Weine auf der Ebene der Winzer selbst wie bei der Zusammenarbeit zwischen Weinkellereien und Winzern zu entwickeln, und wenn sie bereit ist, sich auf Produkt- und Absatzstrategien zu einigen, mit denen sich die Weine aus Steillagen in einem höheren Preissegment platzieren lassen.

Meine Damen und Herren,

weil die Zukunft der "WeinKulturLandschaft Mosel" mit der Zukunft des Steillagenweinbaus untrennbar verknüpft ist, steht im Zentrum des Integrierten Förderprogramms Mosel die Förderung eines zukunftsfähigen Steillagenweinbaus.

Wir werden ein Bündel an Fördermaßnahmen anbieten, mit dem Anpassungsinvestitionen zur Senkung der Produktionskosten im Steillagenweinbau finanziell unterstützt werden. Die einzelnen Finanzhilfen für die Mechanisierung in Steillagen, für die Bodenordnung und für einzelbetriebliche Investitionen wird später Herr Dr. Brack vorstellen.

Diese Fördermaßnahmen sollen helfen, damit Rationalisierungsreserven im Steillagenweinbau erschlossen werden können. Solche Reserven sind vorhanden, sie sind beachtlich und sie lassen sich mobilisieren.

Auf diesen Nenner kann man die Ergebnisse einer

Untersuchung bringen, die wir heute erstmals der Öffentlichkeit vorstellen.

Mit dieser Untersuchung hatte ich Herrn Dr. Müller beauftragt. Dr. Müller ist Mitarbeiter der staatlichen Beratung und ein Experte in Sachen Steillagenweinbau.

Mit seiner Arbeit hat uns Dr. Müller eine fundierte Bestandsaufnahme des Weinbaus im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer vorgelegt, verbunden mit detaillierten produktionstechnischen und betriebswirtschaftlichen Empfehlungen.

Die Arbeit zeigt in überzeugender Weise, welche Möglichkeiten zur Rationalisierung des Steillagenweinbaus bestehen.

Die Zukunftschancen des Steillagenweinbaus an der Mosel wahren, das bedeutet demnach insbesondere: Mobilisierung der Rationalisierungsreserven, höhere Arbeitsproduktivität, niedrigere Produktionskosten.

Meine Damen und Herren,

die Einführung kostensparender Produktionsverfahren ist für das Überleben des Steillagenweinbaus unerlässlich.

Gleichzeitig gilt aber: Die Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven allein reicht nicht aus, um die Wettbewerbsfähigkeit des Steillagenweinbaus zu sichern.

Hinzu kommen müssen Produkt- und Absatzstrategien, die den Weg in ein höheres Preissegment öffnen.

Die Weinwirtschaft an der Mosel muß endlich den notwendigen Schritt tun und die Position bestimmen, in der sie in Zukunft ihre Weine auf den nationalen wie auf den internationalen Märkten platzieren will.

Der Staat kann der Wirtschaft diese Aufgabe nicht abnehmen. Die Wirtschaft muß ihre Produkt- und Absatzstrategien vielmehr in eigener Verantwortung entwickeln und festlegen.

Der institutionelle Rahmen hierfür ist mit den Weinwirtschaftsräten gebildet worden. Sie sind eingerichtet worden, um die Eigenverantwortung der Weinwirtschaft zu stärken.

Ohne meiner Aussage über die Eigenverantwortung der Weinwirtschaft untreu zu werden, möchte ich doch zwei Ziele ansprechen, die bei der Ent-

wicklung der Produkt- und Absatzstrategien angestrebt werden sollten:

Erstes Ziel

für den Mosel-Riesling, der von den Weinkellereien und den Erzeugergenossenschaften vermarktet wird, sollte - als Pendant zu der Entwicklung von Produktlinien für den Rivaner und den Elbling - sobald als möglich eine Produktlinie mit einheitlicher Identität entwickelt werden.

Diese Produktlinie scheint mir eine unbedingte Voraussetzung dafür zu sein, ein mittleres Preisniveau zu erreichen, das den nicht direktvermarktenden Weinbaubetrieben in Steillagen ein ausreichendes Einkommen sichert.

Ein zweites Ziel könnte in der Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts mit Mindestbedingungen für Lagen- und Produktqualität bestehen, um so die Flotte der Flaggschiffe mit Spitzenqualität zu verstärken.

Meine Damen und Herren,

wenn die Entscheidungen auch von der Wirtschaft selbst getroffen werden müssen, so wollen wir von seiten des Landes doch keineswegs passiv beiseite stehen, sondern die Entscheidungsfindung und die Durchsetzung der Entscheidungen unterstützen.

Dazu biete ich heute an:

1. Ich bin gerne bereit, mich in schwierigen Gesprächsphasen vermittelnd einzuschalten.
2. Das Ressort wird sich, wenn erfolgversprechende Strategien vereinbart sind, für erforderliche Anpassungen im Weinrecht einsetzen.
3. Im Ressort wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen als Voraussetzung zur Bildung neuer Kooperationsformen für die arbeitsteilige Zusammenarbeit von Weinbaubetrieben befaßt.
4. Für die Einführung von neuen Produktlinien und Produktstrategien können Finanzhilfen zur Marketingförderung bereitgestellt werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Initiative hinweisen, die wir in wenigen Tagen ganz in der Nähe, im Kloster Machern starten werden:

Es ist der Wettbewerb um einen Marketing-Preis für Weinerzeuger.

Unter dem Motto "Creativität hat Zukunft" richtet sich dieser Wettbewerb an alle, die bereits erfolgreich Marketingkonzepte geschaffen und umgesetzt haben, und an alle, die neue Konzeptideen entwickeln wollen.

Ich verspreche mir von diesem Wettbewerb zusätzliche Impulse für das Marketing der rheinland-pfälzischen Weinwirtschaft, damit wir unsere Weine mit noch mehr Erfolg vermarkten können.

Meine Damen und Herren,

zu den Aufgaben, die "WeinKulturLandschaft Mosel" als Kapital für die Zukunftsentwicklung zu erhalten, gehört auch die Dorferneuerung.

Die Moseldörfer besitzen ein reiches Erbe an kulturhistorisch wertvollen und bedeutsamen Gebäuden, die ihren Charakter als Weinbaugemeinden prägen. Das Moseldorf mit seinen kulturellen Gütern ist ein integraler Bestandteil der "WeinKulturLandschaft Mosel".

Wie die Komponenten Landschaft und Wein, ist auch das Kulturgut Moseldorf eine variable Komponente, d.h. sie kann durch menschlichen Gestaltungswillen verändert werden.

Ziel der Dorferneuerung an der Mosel muß es sein, das moseltypische Weinbaudorf so zu erhalten und weiterzuentwickeln, daß die regionale Identität verstärkt und die Symbiose zwischen den vier Komponenten Wein, Kultur, Landschaft und Mosel gefördert wird.

Die einzelnen Aufgaben der Dorferneuerung sind dann optimal erfüllt, wenn es gelingt, das Dorf innerhalb der "WeinKulturLandschaft Mosel" zu einem Lebens- und Arbeitsraum sowie zu einem Erlebnis- und Erholungsraum werden zu lassen, in dem sich sowohl die einheimischen Bürger als auch die Touristen wohl fühlen.

Die Region Mosel ist bereits seit Jahren ein herausragender Förderschwerpunkt für die Dorferneuerung. Von insgesamt 90 Gemeinden werden 87 im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms gefördert. Davon sind neun als Schwerpunktgemeinden anerkannt worden.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre reicht der Katalog der Fördermaßnahmen für die Dorferneuerung aus, um die anstehenden Einzelaufgaben finanziell zu unterstützen.

Die Entwicklung der Haushaltslage - das möchte ich an dieser Stelle nicht verhehlen - wird uns allerdings voraussichtlich dazu zwingen, auch bei der

Finanzierung der Dorferneuerung etwas kürzer zu treten.

Ich möchte ausdrücklich betonen: Das Heil der Dorferneuerung liegt nicht allein in der Förderung von Investitionen.

In der Diskussion über die Weiterführung der Dorferneuerung an der Mosel ist immer wieder betont worden, daß es für die Zukunft entscheidend darauf ankomme, den geistigen Input zu verstärken.

Es müssen qualitativ befriedigende Leitbilder entwickelt werden, mit denen sich das Gesamtziel der Erhaltung moseltypischer Weinbaudörfer in der "WeinKulturLandschaft Mosel" verwirklichen läßt.

Um diese Lücke zu schließen, die in der Region selbst gesehen wird, soll das Beratungs- und Informationsangebot für die Moselgemeinden deutlich verstärkt werden. Auch hierauf wird Herr Dr. Brack später näher eingehen.

Ich möchte aber noch ein banales Beispiel herausgreifen für das, was ich mit geistigem Input umschrieben habe.

Können Sie sich eine andere Weinbauregion vorstellen, in der Weinhäuser und Weinstuben außen in vergleichbarem Umfang die Reklame für Bier aufleuchten lassen und innen Getränkearten mit dem Emblem einer Brauerei vorlegen?

Wer auf einer Fahrt von Koblenz nach Trier die Reklamelandchaft der Außenfassaden aufmerksam beobachtet, der muß feststellen:

Es ist noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen, bis die Region dem Anspruch einer WeinKulturLandschaft in vollem Maß gerecht wird.

Meine Damen und Herren,

das Kapital "WeinKulturLandschaft Mosel" durch die Sicherung des Steillagenweinbaus und durch die Dorferneuerung zu erhalten, das ist die eine Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben.

Die andere Aufgabe wird darin bestehen, dieses Kapital für die weitere Entwicklung des Tourismus in der Region zu nutzen.

Gerade diese zweite Aufgabe wird nicht einfach zu lösen sein, denn nach wie vor hält der Trend zum Ferntourismus an. Die Märkte für den Inlandstourismus sind als Folge des boomenden Ferntourismus deutlich enger geworden.

Wer angesichts dieser Marktenge den Tourismus

in einer Region ausbauen möchte, ist gut beraten, wenn er sich mit den Marktanalysen für den Tourismusmarkt der Zukunft auseinandersetzt.

Prof. Steinecke und einige seiner Mitarbeiter vom Europäischen Tourismus Institut in Trier haben auf dem 5. Europäischen Wissenschaftsforum der Internationalen Tourismusbörse Berlin 1996 die Herausforderungen definiert, denen sich nach ihrer Auffassung der deutsche Tourismusmarkt in den kommenden Jahren stellen muß.

Ich kann hier nur in sehr knapper Form die vom ETI genannten Herausforderungen beschreiben.

Erstens:

Touristen erwarten mehr und mehr, daß ihnen im Urlaub über Unterkunft und Verpflegung hinaus zeitgemäße und vielfältige Möglichkeiten zu Geselligkeit, Genuß, Erlebnis und Vergnügen angeboten werden.

Zweitens:

An die Stelle von Konkurrenz und sektoraler Sichtweise müssen Kooperation und Ganzheitsdenken treten.

Drittens muß es eine generelle Zielsetzung sein, vom Einzelangebot zum umfassenden regionalen Tourismusprodukt zu gelangen. Die Tourismusregion muß eine touristische Gesamtdienstleistung erbringen.

Und viertens ist der Tourismus konsequent in die regionale Wirtschaft und Gesellschaft einzubinden. Dazu zählt speziell die Verbindung der Schnittstellen zwischen Tourismus auf der einen und Weinbau, Landwirtschaft und Einzelhandel auf der anderen Seite.

Dazu zählt auch die Verbindung zwischen Tourismus und Umwelt beziehungsweise Kultur.

Meine Damen und Herren,

Die Schlußfolgerung: Es genügt keinesfalls, die "WeinKulturLandschaft Mosel" nur als Rahmen für den Tourismus zu bewahren. Nein, die "WeinKulturLandschaft Mosel" muß für den Tourismus auch erlebbar gemacht werden!

Die vier Komponenten Wein-Kultur-Landschaft-Mosel können mit ihren Wechselwirkungen niemals durch isolierte Einzelaktivitäten von Gastronomie, Weinbau, Landwirtschaft und Kulturveranstaltungen in dem für den Touristen wünschenswerten Maß erlebbar gemacht werden.

Diese Aufgabe kann nur durch eine Kooperation

zwischen Weinbau, Gastronomie und Landwirtschaft unter Einbindung von Umwelt und Kultur befriedigend erfüllt werden.

Wir brauchen also Kooperationsgruppen, die in der Form von Programmangeboten den Touristen komplexe Motiv- und Aktivitätsbündel anbieten. Kernthemen dieser Programmangebote müssen der Wein, die regionale Küche, die Kultur und das aktive Erleben von Natur und Landschaft sein.

In den vergangenen Jahren sind an der Mosel bereits eine Reihe von Gruppeninitiativen entstanden, die eine intensivere Kooperation zwischen Gastronomie/Land- und Weinwirtschaft anstreben. Wir möchten diese Initiativen verstärken und auch mit Fördermitteln unterstützen.

Es ist Neuland, das wir damit in der Förderung betreten. Für völlig falsch halte ich es deshalb, die Förderung bereits zu Beginn an eine detailliert ausgearbeitete Verwaltungsvorschrift zu binden und bis auf das letzte i-Tüpfelchen festzuschreiben, was wie gefördert werden kann.

Wir wollen mit der vorgesehenen Förderung die Kreativität und Phantasie in der Region anregen. Mit einer detailliert festgeschriebenen Verwaltungsvorschrift würden wir das Gegenteil tun - nämlich Phantasie und Kreativität ersticken!

Wir haben uns deshalb entschieden, nur einen Rahmen für die Förderung zu setzen. Innerhalb dieses Rahmens sollen Modellvorhaben verschiedenen Zuschnitts gefördert werden.

Meine Damen und Herren,

ich lege den größten Wert darauf, daß nicht wir es sind, die die Vorgaben für diese Modellvorhaben bis ins einzelne machen. Vielmehr sollen die Menschen in der Region die Gestaltung der Modellvorhaben in eigener Verantwortung vornehmen.

Als Gremium dafür schlagen wir eine Kommission aus Vertretern des Weinbaus, der Landwirtschaft, der Gastronomie, des Tourismus, des Kultursektors und des ETI vor. Diese Kommission soll die Beratung, Bewertung und Auswahl der Modellvorhaben übernehmen.

Meine Damen und Herren,

vorhin sprach ich von den enger werdenden Märkten für den Inlandstourismus. Angesichts dieser Marktenge kommt es in der Zukunft entscheidend darauf an, sich einen möglichst hohen Anteil auf den Teilmärkten zu sichern, die noch wachsen. Zu

diesen wenigen Wachstumsmärkten gehört der Fahrradtourismus.

Die "WeinKulturLandschaft Mosel" bietet ideale Voraussetzungen, um das attraktive Marktsegment Fahrradtourismus als Chance für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs in der Region zu nutzen:

- Eine Strecke von etwas mehr als 200 km auf der deutschen Seite, die eben befahren werden kann.
- Eine Flußlandschaft von einzigartiger Schönheit, die von einem Steillagenweinbau geprägt wird, wie er in diesem geschlossenen Umfang kein zweites Mal mehr in Europa erlebt werden kann.
- Ein vielfältiges, kulturelles und historisch interessantes Angebot.

Das Ziel muß es sein, den Moselradweg zu einer Trumpfkarte für die Tourismusregion Mosel zu entwickeln. Noch hat er nicht in allen Teilen die erforderliche Qualität, um im Wettbewerb mit anderen bekannten Routen Deutschlands oder Österreichs konkurrieren zu können. Sowohl die Wegeführung als auch das spezifische infrastrukturelle Angebot für den Fahrradtourismus sind noch in einem beträchtlichen Maß zu verbessern.

Ich beschränke mich nachfolgend auf den Ausbau des Moselradweges.

Problemstrecken sind diejenigen Abschnitte, auf denen der Radweg heute auf klassifizierten Straßen verläuft. Lokal konzentriert sich dieses Problem auf die Untermosel, den Flußabschnitt im Regierungsbezirk Koblenz. Dort sind es allein 91 km, für die eine klassifizierte Straße als Radweg genutzt werden muß. Häufig besteht auch keine Möglichkeit, durch Wechsel der Moselseite einen Radweg abseits der Straße nutzen zu können.

Das Radfahren auf klassifizierten Straßen stellt bereits heute ein erhebliches Sicherheitsproblem dar. Dieses Problem wird sich aber in Zukunft noch verschärfen, weil wir mit einer weiteren Zunahme des motorisierten Ausflugsverkehrs rechnen müssen. Zugleich streben wir deutliche Zuwachsraten beim Radtourismus an.

Deshalb müssen wir alles tun, damit sich kein negatives Image für den Radtourismus an der Mosel bildet.

Unser Ziel muß es sein, die Radwege an der Mosel, soweit dies die topographischen Verhältnisse

zulassen, von den klassifizierten Straßen wegzunehmen und separate Radwege anzulegen.

Die Gemeinden und Kreise haben sich in den letzten Jahren redlich darum bemüht, diese Aufgabe zu lösen. Oft sind sie dabei jedoch am Widerstand aus den verschiedensten Bereichen wie z.B. des Naturschutzes und der Landschaftspflege gescheitert. Wir können uns diesen Kleinkrieg mit seinen zeitlichen Verzögerungen nicht mehr länger leisten!

Ich habe daher einer Arbeitsgruppe meines Ministeriums, die von der Straßenverwaltung und der Landeskulturverwaltung gebildet wird, den Auftrag erteilt, in engster Abstimmung mit den Gemeinden und Kreisen zügig ein Gesamtkonzept für den Ausbau des Moselradweges auszuarbeiten.

Mein Ziel ist es, die Konfliktpunkte, die bisher auf örtlicher Ebene nicht entschieden werden konnten, auf Ebene der Landesregierung zu klären. Sobald dies geschehen ist, soll - ebenfalls in Abstimmung mit den Gemeinden und Kreisen - ein Zeit- und Finanzierungsplan für den Ausbau des Radweges festgelegt werden.

Die Verbesserung der infrastrukturellen Serviceleistungen für den Radtourismus betrachte ich vornehmlich als eine Aufgabe, die von der Region selbst zu übernehmen ist.

Wirtschaftlich wichtig ist für die Region, daß die Zahl der Radtouristen zunimmt. Noch wichtiger ist es, daß die Radtouristen wieder zufrieden nach Hause fahren. Denn, zufriedene Radtouristen sind Werbeträger und sie sind die Kunden von morgen, die als Weinkäufer und Kurzurlauber zurückkommen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte meine Ausführungen mit drei Feststellungen schließen:

1. Die "WeinKulturLandschaft Mosel" verfügt über ein noch nicht ausgeschöpftes Potential an Ressourcen für die Zukunftsentwicklung im Weinbau und im Tourismus.
2. Das Integrierte Förderprogramm Mosel soll Impulse geben, damit diese Ressourcen noch besser als bisher genutzt werden.
3. Die Aktivität und Kreativität, mit der diese Impulse in der Region aufgenommen werden, und die Kooperationsbereitschaft der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen sind es, die den Erfolg des Programms bestimmen werden.

Die Agrarpolitik der Europäischen Union - Politik für den ländlichen Raum*)

Dr. Joachim Heine, Brüssel

Herr Minister, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren,

es ist nicht zum ersten Mal, daß ich hier in Ihrem schönen Land bin. Vor einigen Jahren bin ich mit meiner Familie im Sommerurlaub hier gewesen und ich kann Ihnen sagen, Herr Minister, wir haben uns auch damals schon, vielleicht bevor es die Dorferneuerung gab, sehr wohl hier gefühlt. Darüber hinaus bin ich mit Ihren Problemen vertraut. Es gibt so manchen Strauß, den ich mit Herrn Dr. Brack ausgefochten habe im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die Sie im Sinne hatten, insbesondere im Zusammenhang mit der Förderung des Steillagenweinbaus.

Als ich vorhin mit Herrn Dr. Brack darüber Erinnerungen austauschte, meinte er, am Anfang hätte es immer große Schwierigkeiten gegeben, aber schließlich hätten wir gute Lösungen finden können und das zeigt nur, daß ich lernfähig bin. Ich habe auch die Absicht, diesen Besuch dazu zu benutzen, zu lernen und werde mir die Gelegenheit nicht entgehen lassen, einmal in eigenem Augenschein zu sehen, was es denn nun mit den Steillagen und den Problemen auf sich hat.

Ich will Ihnen heute freilich nicht speziell dazu etwas sagen, sondern über die Gemeinschaftspolitik für den ländlichen Raum. Lassen Sie mich dazu aber eine Vorbemerkung machen:

Herr Präsident Schmitt hat in seinem Beitrag darauf hingewiesen, daß es noch eine Vielzahl von Wettbewerbsverzerrungen gäbe zwischen den einzelnen Ländern der Gemeinschaft und er hat Beispiele dafür angeführt. Es ließe sich vieles dazu sagen. Ich habe nicht die Absicht, im einzelnen darauf einzugehen, aber eines der Beispiele, das er erwähnt hat, ist sprechend: Es geht um die unterschiedliche Steuerbelastung der Pflanzenschutzmittel in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Ein Problem, das einfach darauf zurückzuführen ist, daß die Steuerharmonisierung innerhalb der Gemeinschaft noch nicht weiter fortgeschritten ist. Im Grunde genommen appelliert er an mehr Gemeinschaft; verstehen Sie mich recht. Wir sind heute überzeugt davon, daß das Prinzip der Subsidiarität dazu führen muß, daß die Mitgliedsstaaten in stärkerem Maße als bisher an der Ausarbeitung gemeinschaftlicher Politiken beteiligt werden müssen. Und so

soll es in der Zukunft auch ganz gewiß sein. Aber es gibt Elemente, die nun einmal nur im Rahmen der Gemeinschaft zufriedenstellend gelöst werden können und dieses ist eines davon. Auf der anderen Seite ist es natürlich unbedingt notwendig, gerade unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität, daß die Regionen ihre Probleme selbst in die Hand nehmen, und das WeinKulturLandschaft Mosel-Programm ist ganz ohne Zweifel ein hervorragendes Beispiel dafür. Die ländlichen Räume in der Union umfassen mehr als 80 % der Fläche und über ein Viertel der Bevölkerung der Union lebt und arbeitet in diesem Gebiet.

Hinter dem Begriff vom ländlichen Raum steckt aber mehr als nur eine Ortsbestimmung. Es handelt sich um ein wirtschaftliches und soziales Grundmodell, um einen wesentlichen Bestandteil unseres europäischen Gesellschaftssystems. In unserem Siedlungsgefüge erfüllen die ländlichen Räume eine Vielzahl von Leistungen. Sie sind multifunktionelle Räume geworden, deren Bedeutung durch Gesellschaft insgesamt immer stärker wächst. Als Wohn- und Wirtschaftsstandort für die Menschen auf dem Land bieten sie Raum für eine Vielzahl von Aktivitäten für die Land- und Forstwirtschaft, für Handwerk, Gewerbe, Industrie und für Dienstleistungsbetriebe.

Als Ausgleichsräume sind sie unentbehrlich für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, für die Schonung der lebensnotwendigen Ressourcen und für die Erhaltung der genetischen Vielfalt. Aufgrund der gepflegten Landschaften und ihrer natürlichen Vielfalt bieten sie darüber hinaus ideale Möglichkeiten zur Entspannung und Erholung. Gleichzeitig bereichern sie unsere modernen Gesellschaften durch die Pflege der Traditionen und des kulturellen Erbes. Alle diese Leistungen, die Sie zu Recht von unseren ländlichen Räumen erwarten, sind aber weder auf Dauer gesichert, noch sind sie zum Nulltarif zu haben.

Der ländliche Raum in der Gemeinschaft steht vor tiefgreifenden Herausforderungen. In vielen ländlichen Räumen sind erhebliche Anpassungsleis-

*) redigierte Mitschrift der Rede am 12. Juni 1997 in Bernkastel bei der Vorstellung des Programms WeinKulturLandschaft Mosel

tungen erforderlich. Lücken in der Infrastruktur und der Versorgung mit Dienstleistungen, unzureichende Angebote an Arbeitsplätzen und der Mangel an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gefährden das soziale und ökologische Gleichgewicht. Die Folgen dieser Entwicklung: Abwanderung, sinkende Attraktivität für Unternehmen, Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt bis hin zu langfristigen ökologischen Problemen kennen wir leider aus vielen Regionen Europas. Nach wie vor steht auch die Landwirtschaft in der Union vor der Notwendigkeit struktureller Anpassung. Die Altersstruktur der Landwirte ist ungünstig und die Hofnachfolge ist in vielen Betrieben noch offen. Die landwirtschaftlichen Märkte werden weltweit mehr und mehr liberalisiert und der Anpassungsdruck steigt durch die Globalisierung der Märkte. Angesichts dieser Herausforderungen dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie die ländlichen Gebiete mehr und mehr gefährdet werden. Wir brauchen auch für die Zukunft attraktive Arbeits-, Lebens- und Erholungsräume, sozial intakte Gesellschaften, kulturelle und landschaftliche Vielfalt, wir brauchen unsere ländlichen Räume, kurz gesagt, in ganz Europa. In der Europäischen Union haben wir deshalb bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Funktionen der ländlichen Räume zu stabilisieren. Seit der Reform der Strukturfonds stehen uns eine Reihe von Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Die finanzielle Ausstattung der Strukturfonds wurde beträchtlich angehoben und macht heute ein Drittel des Gesamtbudgets der Gemeinschaft aus. Entsprechend wurde auch die Ausstattung des Agrarstrukturfonds und damit die Förderung der ländlichen Räume ausgeweitet. Der ländliche Raum profitiert darüber hinaus natürlich auch von Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation wie den flankierenden Maßnahmen der Agrarreform von 1992.

Auch in Rheinland-Pfalz wird die ländliche Entwicklung durch Gemeinschaftsmittel unterstützt. Das 5b-Programm in Rheinland-Pfalz hat Schwerpunkte in den Bereichen Steillagenweinbau, Weinbergssflurbereinigung, Dorferneuerung, Tourismus und Diversifizierung gesetzt. Im Rahmen dieses Programms sind in den Jahren 1994 bis 1999 Gesamtinvestitionen in Höhe von 427 Mio. ECU d. h. etwa 811 Mio. DM vorgesehen. 111 Mio. ECU, also etwas mehr als 200 Mio. DM, werden dabei aus Gemeinschaftsmitteln zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich werden durch die Gemeinschaftsinitiative LEADER 2 z. Zt. neun lokale Aktionsgruppen in Rheinland-Pfalz gefördert, die besonders innovative Maßnahmen durchführen. Für diese Gruppen stehen einschließlich der Reservemittel fast 10,5 Mio. ECU also etwa 20 Mio. DM aus

Gemeinschaftsmitteln zur Verfügung. Natürlich werden auch die klassischen Maßnahmen der Agrarstrukturentwicklung weiterhin durch die Union gefördert. Diese umfassen die einzelbetriebliche Investitionsförderung, die Förderung von Junglandwirten und die Förderung der benachteiligten Gebiete, die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Förderung von Erzeugergemeinschaften. Rheinland-Pfalz hat darüber hinaus zwei anspruchsvolle Agrarumweltprogramme im Rahmen der flankierenden Maßnahmen zur Agrarpolitik vorgelegt.

Das Programm zur Förderung umweltgerechter Landbewirtschaftung fördert den integrierten und den ökologischen Landbau, die extensive Grünlandbewirtschaftung in vier Varianten, die Anlage von Ackerrandstreifen und von Saum- und Bandstrukturen auf den Ackerflächen. Alle diese Maßnahmen wurden in den Jahren 1993 bis 1997 mit rd. 43 Mio. DM aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds gefördert. Ein spezielles Programm für den Steillagenweinbau wird zusätzlich mit Gemeinschaftsmitteln in Höhe von etwa 10 Mio. DM kofinanziert. Hierdurch werden der Einsatz nützlingsschonender Pflanzenschutzmittel, Begrenzungen bei der Düngung und Maßnahmen zum Erosionsschutz unterstützt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es geht nicht darum, die Politik der ländlichen Entwicklung völlig neu zu erfinden. Im Gegenteil, wir verfügen bereits über eine Vielzahl an Erfahrungen und über ermutigende Ergebnisse. Die großen zukünftigen Probleme und Herausforderungen für Europa und für seine ländlichen Räume lassen sich aber nur bewältigen, wenn die Politik der ländlichen Entwicklung immer weiter verbessert und erneuert wird. Im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union muß deshalb die Europäische Gemeinschaft die nachhaltige ländliche Entwicklung stärken und zu einem Hauptanliegen ihrer Politik machen. Es geht darum, eine ausgeglichene Siedlungsstruktur zu wahren, den Menschen auf dem Land neue Chancen zu geben und die vielfältigen Funktionen der ländlichen Regionen zu erhalten und zu entwickeln. Wir brauchen eine Priorität für den ländlichen Raum.

Dies alles hat Agrarkommissar Fischler dazu veranlaßt, frühzeitig mit dem Diskussionsprozeß über die zukünftige Politik der ländlichen Politik zu beginnen und wie schon erwähnt worden ist, im November letzten Jahres hat er Experten, Praktiker, Wissenschaftlicher, Politiker zu einer europäischen Konsequenz über ländliche Entwicklung nach Cork in Irland eingeladen. Die Ergebnisse dieser Arbeits-

tagung wurden in der auch schon zitierten Erklärung von Cork zusammengefaßt, die als Fundament für eine tragfähige Politik der ländlichen Entwicklung dienen kann. Erlauben Sie mir Ihnen kurz die wichtigsten Elemente zu erläutern.

Die Politik der ländlichen Entwicklung soll noch stärker als bisher integrierte Konzepte verfolgen. Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik kombiniert in einem multidisziplinären Ansatz bieten den gefährdeten Regionen eine Perspektive und aktivieren das endogene Potential der ländlichen Gebiete. Durch integrierte Konzepte wird es möglich, die bisher nebeneinander angebotenen Maßnahmen zu einem kohärenten Ganzen, zu einem Programm aus einem Guß, zusammenzufassen. In diesem Sinne ist es besonders wichtig, die Querverbindungen zwischen ländlicher Entwicklung und gemeinsamer Agrarpolitik zu verstärken, damit die neue Politik den vielfältigen Funktionen der ländlichen Räume und der Landwirtschaft gerecht werden kann. Die Entwicklung der ländlichen Gebiete kann auch in Zukunft nicht unabhängig von den Veränderungen der Agrarstruktur verstanden und beeinflusst werden. Gleichzeitig beeinflusst die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Situation in den ländlichen Regionen mehr und mehr die zukünftige Entwicklung der Agrarstrukturen. Es gibt keine lebendigen Dörfer und ländliche Gemeinden ohne die Landwirtschaft. Aber es wird auf die Dauer auch keine Landwirte und Winzer geben ohne attraktive Dörfer und Gemeinden. Neue Absatzchancen auf den Weltmärkten, ein weiterer Anstieg der Produktivität durch technische Fortschritte, aber auch internationale Verpflichtungen und steigende gesellschaftliche Forderungen an die Umweltverträglichkeit und den Tierschutz erfordern in den kommenden Jahren weitere Anpassungen der landwirtschaftlichen Markt- und Preispolitik. Es ist klar, daß solche Reformen Auswirkungen auf alle landwirtschaftlich genutzten Regionen haben werden. Die Politik der ländlichen Entwicklung kann sich deshalb nicht auf bestimmte Problemregionen beschränken, sondern wird in Zukunft für die gesamte Landwirtschaft, ja für die Gesamtheit der ländlichen Räume in der Union erforderlich sein. Kein ländliches Gebiet soll von den Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, angesichts der Vielfalt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in den einzelnen Regionen und der Vielfalt der Umweltsituation muß ein solcher Ansatz maßgeschneidert für jedes einzelne ländliche Gebiet umgesetzt werden.

Die Europäische Union muß den Rahmen für zukünftige Entwicklungsprogramme vorgeben und die Koordination übernehmen. Für die Erarbeitung und die Durchführung der spezifischen Maßnahmen

sollten aber die Mitgliedsstaaten und die Regionen noch mehr als bisher selbst verantwortlich sein. Die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips darf jedoch keinesfalls mit einer Renationalisierung unserer Politik verwechselt werden.

Natürlich ist eine stärkere Konzentration der verfügbaren öffentlichen Mittel notwendig, um noch zielgenauere Wirkungen zu erzielen. Bei der ländlichen Entwicklung wird jedoch ein regionales Verständnis von Konzentration dem strukturellen Wandel und den vielfältigen Funktionen der ländlichen Räume nicht gerecht. Eine thematische Konzentration auf die drängendsten Probleme und jeweiligen Entwicklungsengpässe wird - so meine ich - eher dazu beitragen, das Ziel der nachhaltigen ländlichen Entwicklung effizient zu verwirklichen. Doch kann durch eine regionale Differenzierung der Kofinanzierungssätze entsprechend der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Entwicklungschancen der betroffenen Region dabei ein wirksamer Beitrag zur Kohäsion innerhalb der Gemeinschaft geleistet werden.

Programme für die ländlichen Räume müssen einfach und überschaubar sein, weil überwiegend Landwirte, Kleinunternehmer und Privatpersonen angesprochen werden. Komplexe Verwaltungsvorschriften und aufwendige Verfahren würden diese Träger der ländlichen Entwicklung abschrecken und benachteiligen. Die Beteiligung der Bürger an den Entwicklungsmaßnahmen zählt unserer Ansicht nach zu den wichtigsten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Entwicklungsprozeß. Gerade die großen Erfolge der Gemeinschaftsinitiative LEADER belegen die Bedeutung des Ansatzes und aus dem was ich über Ihre Absichten, Herr Minister, verstanden habe, ist zu schließen, daß Sie genau in dieser Richtung vorgehen.

Für die notwendige Diversifizierung der Erwerbsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen müssen vor allem die Rahmenbedingungen stimmen. Die Europäische Union muß deshalb verstärkt dazu beitragen, moderne Infrastrukturen, die allgemeine und berufliche Bildung oder die Nutzung neuer Technologien auszubauen.

Besonders die Dorferneuerung leistet einen direkten Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und der Lebensverhältnisse in unseren Dörfern. Außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in den Dörfern sollen u. a. durch die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen und durch die Stärkung bestehender Betriebe geschaffen werden. Die Investitionen und Programme sollen eine ländliche Entwicklung voranbringen, die dazu beiträgt, natürliche Ressourcen, Artenvielfalt und kulturelle Iden-

tität der ländlichen Gebiete zu bewahren. Nur durch eine solche nachhaltige Entwicklung können Qualität und Attraktivität der ländlichen Räume für wirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden, ohne die Optionen für künftige Generationen zu gefährden. Eine zukunftsgerichtete Politik der ländlichen Entwicklung hat die Aufgabe, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang und die Entvölkerung der ländlichen Gebiete zu verhindern. Sie soll eine nachhaltige Nutzung aller vorhandenen Ressourcen gewährleisten. Sie soll insbesondere die Umweltleistungen der Landwirtschaft stärken. Sie soll zu einer Diversifizierung der Aktivitäten und der Erwerbsmöglichkeiten beitragen, und sie hat die Funktion, den landwirtschaftlichen Strukturwandel zu unterstützen, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft nachhaltig zu steigern.

Meine Damen und Herren, die Konferenz von Cork hat ihr Ziel erreicht, eine breite Debatte über die Zukunft der ländlichen Entwicklung anzuregen. Seitdem hat die Kommission eine Reihe von Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen erhalten. Darüber hinaus sehe ich das integrierte Förderprogramm WeinKulturLandschaft Mosel als hervorragendes Beispiel für die Umsetzung der in Cork geäußerten Ideen für die Zukunft der ländlichen Räume. Auf europäischer Ebene ist die Debatte über die neue Generation der Strukturfonds ab 1999 inzwischen in vollem Gange und das Kohäsionsforum am April d. J. hat uns mit weit auseinanderliegenden Standpunkten konfrontiert. Kommissar Fischler hat in diesen Debatten immer auf die besonderen Probleme und Chancen der ländlichen Räume und der Landwirtschaft hingewiesen und wird dies auch weiterhin tun. In diesem Diskussionsprozeß sind wir dabei, eine Politik voranzubringen, die konsequent auf das Ziel der nachhaltigen ländlichen Entwicklung ausgerichtet ist und die es uns erlaubt, diesen Ansatz auch auf neue Mitglieder auszudehnen. Unter dem Titel Agenda 2000 wird die Kommission noch vor der Sommerpause Vorschläge vorlegen, wie der gemeinschaftliche Finanzrahmen nach den Jahren 1999 aussehen soll, und diese Vorschläge werden auch die Rahmendaten für die Strukturfonds und die Agrarleitlinie enthalten. Das mögen für manche von Ihnen Ausdrücke wie böhmische Dörfer sein, sie enthalten einen Zündstoff politischer Natur, der in den nächsten Jahren die Diskussion auf politischer Ebene in der Gemeinschaft bestimmt nicht einfacher machen wird.

Meine Damen und Herren, der Physiker und Schriftsteller Georg Christoph Lichtenberg hat einmal über seine große Leidenschaft für den Wein den folgenden Satz geprägt: Man führt gegen den Wein nur die bösen Taten an, zu denen er verleitet, aber er

verleitet auch zu hundert guten, die nicht so bekannt werden. Er hat dabei sicher nicht geahnt, daß dieser Satz einmal auch für die Europäische Agrarpolitik gültig sein würde, die so oft gescholten wird.

In diesem Sinne hoffe ich, daß es uns gemeinsam gelingt, mit der europäischen und der Landespolitik für die ländlichen Räume zu noch mehr guten Taten zu verleiten, als wir dies bisher schon tun. Wenn es uns dann noch gelingt, diese auch bekannt zu machen, wie wir es mit der heutigen Veranstaltung versuchen, um so besser. Ich sagte schon, daß ich vor Jahren mit meiner Familie hier einen Urlaub verbracht habe. Sie können sicher sein, Herr Minister, meine Damen und Herren, daß ich wieder kommen werde. Nicht nur aus Vergnügen, sondern auch aus Neugier, denn ich möchte natürlich sehen, wie es mit Ihrem Förderprogramm vorangeht. Ich bin überzeugt und ich wünsche es, Sie werden guten Erfolg damit haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kulturämter - Moderne Dienstleistungsverwaltungen für den ländlichen Raum*)

Staatssekretär G. Eymael, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Mainz

Die heutige Fachtagung, verbunden mit der Einführung des neuen Amtsleiters für das Kulturamt Bernkastel-Kues, signalisiert ein verändertes Bewußtsein und ein neues Selbstverständnis der Landeskulturverwaltung.

Bisher fanden Fachtagungen immer auf Landes- oder Bezirksebene statt und Amtseinführungen wurden in aller Regel hinter verschlossenen Türen vorgenommen.

Beides auf regionaler Ebene miteinander zu verbinden und hierzu öffentlich einzuladen zeigt, daß die Verwaltung neue Wege gehen will:

Sie versteht sich nicht mehr nur als hoheitliche Behörde, sondern als kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen für den ländlichen Raum.

Sie öffnet sich - auch für bisher eher intern gesehene Personalveränderungen - und beteiligt ihre Kunden und Klienten bei Fachtagungen und der Vorstellung eines neuen Amtsleiters.

Dieser Prozeß der Öffnung und Kundenorientierung wird von mir ausdrücklich begrüßt.

Die heutigen Herausforderungen für Landwirtschaft und Weinbau sind nicht am "Grünen Tisch" und durch Verwaltungsakte zu lösen, sondern durch Moderation und Management vor uns liegender gemeinsamer Aufgaben.

Letzten Endes geht es dabei um die Verbesserung des Standortfaktors "Ländlicher Raum", der in Zeiten wachsenden Wettbewerbsdrucks für Landwirtschaft und Weinbau eine nur gemeinsam mit dem Dienstleistungsunternehmen "Landeskulturverwaltung" zu bewältigende Aufgabe darstellt.

Meine Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund bin ich heute gerne nach Bernkastel-Kues gekommen und möchte Ihnen zunächst die Zukunftsaufgaben dieses Amtes vorstellen:



Abb. 1: Staatssekretär Günter Eymael, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

*) Fachtagung zur Einführung des Amtsleiters des Kulturamtes Bernkastel-Kues am 10. April 1997

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Kulturamtes wird es sein, den Steillagenweinbau an der Mosel zu erhalten.

Der Weinbau ist in Verbindung mit dem Tourismus der Wirtschaftsfaktor Nummer 1 an Mosel, Saar und Ruwer.

Für die Winzer und alle, die vom Weinbau und Tourismus leben, ist der Weinbau die wichtigste Erwerbsquelle.

Nur mit der Erhaltung des Steillagenweinbaus können diese Erwerbsquellen gesichert und die Attraktivität der Mosel als Tourismusregion erhalten werden.

Die Steillagen sind nur dann zu erhalten, wenn ihre Bewirtschaftung für die Winzer rentabel gestaltet werden kann.

Dabei kommt es entscheidend darauf an, und hier sehe ich eine große Chance für die Region, alle Rationalisierungsreserven im Weinbau auszuschöpfen.

Die Probleme sind Ihnen bekannt. Ich will nur Stichworte nennen:

- ☐ Ungünstige Betriebsgrößenstrukturen,
- ☐ zu kleine Besitzstückgröße,
- ☐ 4- bis 10fach höherer Arbeitsaufwand, als in den Flachlagen anderer Regionen,
- ☐ Weine in einem zu niedrigen Preissegment.

Wie kann das Kulturamt hierbei helfen?

Welche Wege zur Strukturverbesserung und zur Senkung der Arbeits- und Maschinenkosten können angeboten werden?

Alle Rationalisierungsreserven bei der Bewirtschaftung der Weinberge müssen ausgeschöpft werden. Lassen Sie mich Beispiele nennen:

1. Auf etwa 2.500 ha Rebflächen mit Hangneigungen zwischen 30 bis 50 % ist eine Umstellung von der Seilzugbewirtschaftung auf die Direktzugbewirtschaftung möglich.
2. Bei etwa 4.000 ha Rebfläche wäre eine Umstellung von der traditionellen Pfahlerziehung auf arbeitssparende Erziehungsformen, beispielsweise die Drahtrahmenerziehung, angebracht.

3. Die Einführung größerer Zeilenbreiten wäre ebenfalls bei 4.000 ha Rebfläche sinnvoll.

4. Moderne Mechanisierungssysteme für Seilzug- und Direktzuglagen könnten deutliche Senkungen der Produktionskosten nach sich ziehen.

Für diese Entwicklungen haben wir im letzten Jahr wesentliche Voraussetzungen geschaffen:

Die Förderung von Investitionen zur Einführung umweltschonender Mechanisierungssysteme im Steillagenweinbau wurde zugelassen.

Damit wird es für die Winzer möglich, mit staatlicher Unterstützung handgeführte Kleinraupen und variable Steillagenmechanisierungssysteme zu erwerben.

Neben der Förderung der Errichtung stationärer Transportsysteme, wie zum Beispiel Monorack-Einschiennenzahnrad-Bahnen und Zweischienn-Bahnen in steilsten Weinbergslagen, wird nun auch für die flacheren Hanglagen eine zukunftsweisende Lösung angeboten.

Grundvoraussetzung für den Einsatz dieser neuen mechanischen Hilfen ist aber eine ausreichende Größe der einzelnen Bewirtschaftungsstücke der Weinbaubetriebe.

Auf Grundstücken mit einer durchschnittlichen Besitzstückgröße von 0,12 ha ist der Einsatz der variablen Steillagenmechanisierungssysteme nicht rentabel.

Es kommt deshalb entscheidend darauf an, für alle geeignete Flächen die Besitzstückgrößen auf mindestens 0,5 ha, besser auf einen Hektar, zu erweitern.

Dies ist nur durch modernes Flächenmanagement möglich, das wir in einer neuen und zukunftsweisenden Verfahrenspalette anbieten wollen:

Zunächst ist der Freiwillige Landtausch zur Verbesserung der Flurverfassung und zur Anpassung der Besitzstruktur möglich.

Wir setzen hierfür bis zu 90 % Zuschüsse zur Finanzierung der Kosten ein.

Dieses Angebotssegment setzt allerdings eine hohe Einvernehmlichkeit der betroffenen Winzer voraus. Das "Dienstleistungsunternehmen Kulturamt" ist hier lediglich als Moderator und Umsetzer bestehender Arrondierungswünsche tätig.

Für darüber hinausgehenden Bodenordnungsbedarf bieten wir beschleunigte Zweitbereinigungsverfahren an, die jetzt in einem Zeitraum von 2, längstens 3 Jahren, den Besitzübergang gewährleisten. Durch die Unterscheidung zwischen Kernlagen, Übergangszonen und Mantelbereichen wird der notwendige Strukturwandel in geordneten Bahnen umgesetzt.

Dabei ist eine intensive Beteiligung der Winzer und der Verbände sowie der Berufsvertretung nicht nur notwendig, sondern von uns ausdrücklich erwünscht.

Mit Flächenmanagement allein ist es aber nicht getan: Die Flächen mit der weithin vorhandenen Pfahlerziehung müssen auf den arbeitswirtschaftlich günstigen Drahtrahmen umgestellt werden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß dann auch größere Gassenbreiten bei der Neuanpflanzung geschaffen werden müssen.

Mit diesen Maßnahmen der Bodenordnung im Verbund mit einem zukunftsorientierten Wiederaufbau und bestimmten baulichen Maßnahmen zur Herstellung der "Direktzugfähigkeit" der Hangtafeln ist eine erhebliche Reduzierung des Arbeitsaufwandes möglich.

Lassen Sie mich hierzu ein Rechenbeispiel vortragen:

Wenn bei einem 5 ha großen Weinbaubetrieb der Arbeitsaufwand von 5.000 Arbeitskraftstunden auf etwa 3.000 Arbeitskraftstunden gesenkt wird, führt dieses bei einem Lohnansatz von 15 DM / je Stunde zu einer jährlichen Kostenersparnis von 23.000 DM.

Die Veränderungen bei Maschinen- und Materialkosten sind hierin enthalten.

Meine Damen und Herren,

der Steillagenweinbau ist, wie ich schon am Anfang meiner Rede ausführte, das landschaftsprägende Element an der Mosel.

Es ist daher geboten, den Steillagenweinbau, vor allem den Terrassenweinbau, auch aus ökologischen, landschaftsästhetischen sowie kulturhistorischen Gründen zu erhalten.

Die Touristen kommen wegen des Weins, vor allem aber auch wegen der Schönheit und Einmaligkeit der Mosel-Landschaft.

Für deren Erhalt gilt es einiges zu tun.

Im Rahmen einfacher Verfahren der Bodenordnung ist es möglich, die landespflegerisch bedeutsamen Flächen wirksam zu schützen und zu entwickeln.

Wertvolle Weinbergsbiotope werden im Rahmen der Bodenordnung gesichert.

Meine Damen und Herren,

Alle diese Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten reichen für die Sicherung angemessener Einkommen der Winzer nicht aus.

Es müssen Produktlinien und Kennzeichen entwickelt werden, mit denen der Steillagenwein sich deutlich von den Weinen aus Flachlagen unterscheidet.

Das muß jeder Verbraucher sofort erkennen können.

Um dies am Markt aber auch durchzusetzen, ist es eine Voraussetzung, daß das Niveau der Steillagenweine gehalten, nach Möglichkeit sogar noch verbessert wird.

Wir werden daher im Rahmen eines integrierten Förderprogrammes Mitte dieses Jahres ein umfassendes Maßnahmenpaket vorlegen.

In diesem Maßnahmenpaket werden auch Wege zur Förderung der besseren Vermarktung der Steillagenweine aufgezeigt.

Meine Damen und Herren,

ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit des Kulturamtes wird es sein, das Flächenmanagement bei dem Bau der Autobahn A 60 zu übernehmen.

Wie Sie alle wissen, geht es um die Schließung einer Lücke im Bereich dieser Autobahn.

Hier können die Dienstleistungen des Kulturamtes ebenfalls sehr wirksam eingesetzt werden.

Nur mit Hilfe des Bodenmanagements der Ländlichen Bodenordnung können die unterschiedlichen Zielvorstellungen

☐ der Straßenplanung,

☐ der Landespflege und

☐ der Landwirtschaft

aufeinander abgestimmt, gelöst und der Landschaftsverbrauch minimiert werden.

Gleichzeitig ist es möglich, die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau dieser Autobahn zu schaffen.

Für diese spezielle Aufgabe setzt das Kulturamt eine sogenannte "Unternehmensflurbereinigung" ein.

Die Bearbeitung dieser Verfahren als Voraussetzung für die Flächenausweisung und damit für den Bau der Autobahn ist für die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Region von erheblicher Bedeutung.

Im Arbeitsprogramm des Kulturamtes ist diesen Verfahren daher hohe Priorität eingeräumt worden.

Meine Damen und Herren,

einen dritten Schwerpunkt bei der Arbeit des Kulturamtes setze ich mit dem Entwicklungsschwerpunkt Hochwald.

Herr Bürgermeister Lieser geht hierauf vertieft ein. Ich möchte ihm nicht vorgreifen.

Es erscheint mir aber wichtig, aus meiner Sicht ganz kurz die neue Philosophie eines derartigen "Entwicklungsschwerpunktes" zu erläutern.

An einem runden Tisch wurden die Maßnahmen für den Entwicklungsschwerpunkt diskutiert.

Mit der breiten Palette der Fördermöglichkeiten des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau können viel besser, als dies früher in einem isolierten Landwirtschaftsministerium denkbar war, die Fördervorhaben aufeinander abgestimmt, und zeitlich und räumlich konzentriert werden.

Meine Damen und Herren,

wie wird das Ergebnis im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald aussehen?

Für die Landwirtschaft werden Rationalisierungsmöglichkeiten durch die Instrumente der Bodenordnung erschlossen.

Das interkommunale Gewerbegebiet Hunsrück-Mosel eröffnet der Wirtschaft neue Perspektiven

Für Naturschutz und Landschaftspflege können vielfältige Maßnahmen umgesetzt werden.

Was hat dies mit dem Kulturamt zu tun?

Bei den Gesprächen am runden Tisch hat es sich gezeigt, daß die Umsetzung aller dieser Maßnahmen durch das "Dienstleistungsunternehmen Kulturamt" vielfältig unterstützt und beschleunigt werden kann.

Der Entwicklungsschwerpunkt Hochwald kann ein Modell für die "Entwicklung ländlicher Raum" werden.

Diese Beispiele können auf die übrigen Gemeinden dieser Region ausstrahlen.

Meine Damen und Herren,

ich denke, daß Sie anhand meiner kurzen Erläuterungen gesehen haben, welche Bedeutung das Kulturamt Bernkastel-Kues in dieser Region für die Entwicklung und Strukturförderung haben wird.

Es ist nun Ihre Aufgabe, sich dieser Dienstleistungen für die Umsetzung Ihrer Interessen zu bedienen.

Ich bin mir sicher, daß Sie erkannt haben, daß es immer häufiger eines modernen Bodenmanagements und einer "schnellen Bodenordnung" auch in dieser Region bedarf.

Ich erwarte auch Ihre konstruktive Mitarbeit.

Meine Damen und Herren,

Sie haben bei meinen Ausführungen feststellen können, daß die Aufgaben eines Amtsleiters in einem Kulturamt auch in Zukunft nicht einfacher, sondern eher vielfältiger werden.

Wir haben uns die Entscheidung über den zukünftigen Leiter dieses Amtes daher nicht leicht gemacht.

Ich glaube, daß wir mit Herrn Vermessungsdirektor **Hans-Hubert Friedrich** die richtige Wahl als Amtsleiter hier in Bernkastel-Kues getroffen haben.

Herr Friedrich wurde im Jahre 1955 in Saarburg geboren.

Nach dem Schulbesuch studierte Herr Friedrich Geodäsie an der Universität Bonn und schloß das Studium als Diplom-Ingenieur für Vermessungswesen ab.

Nach der daran anschließenden Referendarzeit und der zweiten Staatsprüfung für den höheren technischen Verwaltungsdienst trat Herr Friedrich 1982 seinen Dienst in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz an.

Er war bei den Kulturämtern in Adenau und Mayen als planender technischer Beamter eingesetzt.

Im Ministerium für den ländlichen Raum des Landes Thüringen hat er als stellvertretender Abteilungsleiter den Aufbau der dortigen Verwaltung maßgeblich unterstützt.

Hier in Bernkastel hat er als Gruppenleiter der Gruppe "Produkt- und Landentwicklung" Pionierarbeit im Entwicklungsschwerpunkt Morbach geleistet.

Ich bin sicher, daß Herr Friedrich aufgrund seiner fundierten Ausbildung und umfassenden praktischen Erfahrung in Bernkastel die vielfältigen und schwierigen Aufgaben lösen wird.

Über Arbeitsmangel wird er sich nicht zu beklagen haben.

Ich gehe davon aus und erwarte, daß Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Amtes und die anwesenden Vertreter aller Stellen und Behörden mit Herrn Friedrich in der gleichen guten Weise zusammenarbeiten, wie mit seinem Vorgänger, Herrn Berg.

Ihnen Herr Friedrich, wünsche ich einen guten Anfang und einen bleibenden Erfolg bei der Leitung des Kulturamtes Bernkastel-Kues.

Gehen Sie mit dem nötigen Schwung, aber auch mit der erforderlichen Umsicht und Behutsamkeit an die neue Aufgabe heran.

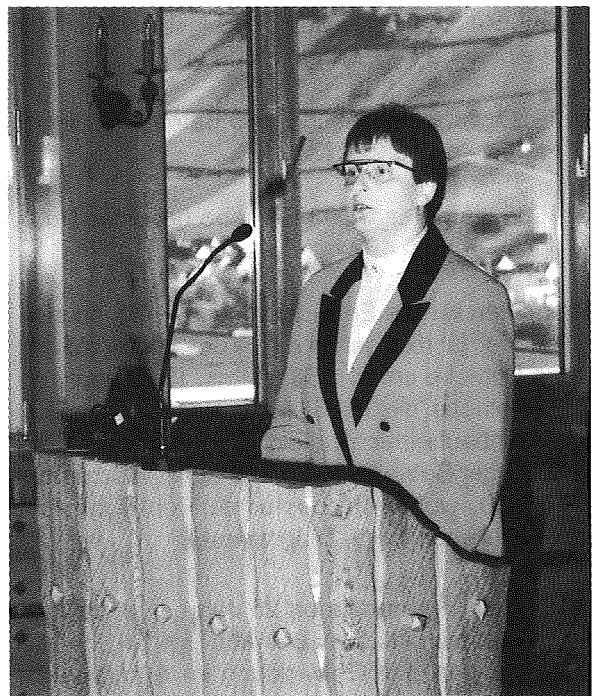
Landwirtschaft und Weinbau im Landkreis Bernkastel-Wittlich*)

Landrätin Beate Läsch-Weber, Bernkastel-Wittlich

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich, mit 1.178 qkm zweitgrößter Flächenlandkreis in Rheinland-Pfalz und mit einer Bevölkerungsdichte von 96 Einwohnern je qkm, verkörpert sehr klassisch den ländlichen Raum mit seinen vielfältigen und reizvollen Landschaften. Er ist der auch landschaftlich schönste Landkreis, den ich in Rheinland-Pfalz kenne. Dies liegt auch daran, daß Landwirtschaft und Weinbau bei uns wichtige Entwicklungsfaktoren sind. Unser Landkreis ist ohne Landwirtschaft und Weinbau nicht denkbar und existenzfähig. Er wäre ein Raum ohne Inhalt.

Die multifunktionale Bedeutung der Landwirtschaft liegt darin:

- für unsere Gesellschaft hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen und die ortsnahe Versorgung unserer Bevölkerung sicherzustellen (ein Landwirt ernährt 90 Mitbürgerinnen und Mitbürger),



*) Fachtagung zur Einführung des Amtsleiters des Kulturamtes Bernkastel-Kues am 10. April 1997

Abb. 1: Beate Läsch - Weber, Landrätin des Landkreises Bernkastel - Wittlich

Ihre Bedeutung liegt:

- in der Vorhaltung lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten und im Erhalt unserer Kulturlandschaft durch Landschafts- und Naturpflege.

Gleiches gilt für den Steillagenweinbau an der Mosel. Unsere Steillagenkulturlandschaft und der Riesling mit seinen Spitzenqualitäten müssen in Zukunft als Alleinstellungsmerkmal der Mosel noch stärker herausgestellt und vermarktet werden. Dazu bietet das vom Wirtschaftsministerium initiierte Förderprogramm Mosel mit seinen Bestandteilen Steillagenweinbau, Radwegeinfrastruktur, Kooperation der Gastronomie mit Landwirtschaft und Weinbau und Dorfentwicklung einen guten Ansatz. Ich setze, sehr geehrter Herr Staatssekretär Eymael, für unseren Landkreis einige Hoffnung in dieses neu aufgelegte Förderprogramm. Wir haben auch unsere Erwartungen.

Ohne Landwirtschaft und Weinbau könnte der ländliche Raum auch seine Funktion als ökologischer Ausgleichsraum und Erholungsgebiet nicht erfüllen.

Kein Wirtschaftszweig war in den vergangenen vier Jahrzehnten jedoch einem so tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen wie unsere bäuerliche Landwirtschaft und der Weinbau.

Dies machen die nachfolgenden Zahlen deutlich:

- 1949 bearbeiteten in unserem Landkreis 13.136 landwirtschaftliche Betriebe einschließlich der Weinbaubetriebe eine Fläche von 44.386 ha.
- 1972 waren dies noch 7.569 Betriebe bei einer Fläche von 43.249 ha.
- 1986 waren es 5.003 Betriebe bei einer Nutzfläche von 36.462 ha.

Betrachten wir die Entwicklung seit 1990, so stellen wir fest: jährlich geht die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um rd. 150 zurück. 1996 waren es 3.468 Betriebe, die 35.861 ha bewirtschafteten. Bei den Weinbaubetrieben allein ist von 1972 bis 1995 die Zahl der Betriebe von 5.208 auf 2.465 zurückgegangen, wobei die bestockte Rebfläche fast gleichgeblieben ist (s. Diagramme).

Allein in den vergangenen 25 Jahren ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 54,2 % zurückgegangen. Die Entwicklung im Agrarbereich ist, und dies gilt sowohl für die bäuerliche Landwirtschaft als auch für den Weinbau, von einer sinken-

den Zahl der Betriebe mit einer steigenden Betriebsgröße gekennzeichnet.

Mit dem anhaltenden Strukturwandel hat die Einkommensentwicklung leider nicht Schritt gehalten. Für viele Landwirte und ihre Familien wird es immer schwieriger, allein von der traditionellen Bewirtschaftung ihrer Betriebe zu leben.

Besonders in der Qualitätssicherung unserer Veredelungsprodukte und in der Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen sehe ich gute Chancen für die Verbesserung der finanziellen Situation.

Ich bin froh, daß es in unserer Region schon einige sehr positive Ansätze gibt. Ich nenne beispielhaft:

- Herkunftssicherungskonzept der Landwirtschaftskammer "Garantierte Herkunft Rheinland-Pfalz" für in Rheinland-Pfalz erzeugtes Rindfleisch,
- Modellprojekt Eifel-Mosel-Hunsrück des Deutschen Landfrauenverbandes. Es zielt darauf ab, die Einkommenssituation von Frauen im landwirtschaftlichen Bereich und im ländlichen Raum durch die kooperative Vermarktung regionaler Produkte zu verbessern;
- Verein "Direktvermarkter landwirtschaftlicher Produkte", ein Zusammenschluß landwirtschaftlicher Direktvermarkter in der Region Trier. 1997 hat dieser Verein seinen zweiten Einkaufsführer herausgegeben, der über 87 Direktvermarkter (aus dem Regierungsbezirk Trier, 12 davon aus unserem Landkreis. Broschüre wurde von der Kreisverwaltung bezuschußt), ihre Leistungen und Produkte informiert.
- Weiterhin nenne ich im touristischen Bereich die Vermarktung von "Urlaub auf Bauern- und Winzerhöfen". Für 1997/98 wurden von dem Marketingservice "Natururlaub bei Freunden" zwei buchungsfähige Kataloge herausgegeben.
- In diesem Zusammenhang denke ich auch an die mit Erfolg praktizierte verstärkte Zusammenarbeit von Gastronomie und Landwirtschaft über die Herausgabe der regionalen Speisekarte "Genuß für Leib und Seele", das Vier-Jahreszeiten-Erlebnis in Gastronomie und Landwirtschaft.
- In der Konzeptionsphase befindet sich derzeit die "Grüne Börse" als zentrale Beratungs- und Informationsdrehscheibe zwischen Produzenten und Konsumenten. Die verstärkte Kooperation

zwischen Landwirten und Verbrauchern soll über Vermarktungs-, Produzenten-, Dienstleistungs- und Spezialitätengemeinschaften erreicht werden. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich hat die "Grüne Börse" für unser Kreiskontingent aus Fördermitteln nach EU LEADER gemeldet.

- ☐ Ebenfalls in der Konzeptionsphase befindet sich das Vorhaben "Offene Weine in der Gastronomie", mit dem der Absatz offener Weine in der Gastronomie durch Optimierung der Darbietungsform und der Qualität verbessert werden soll.

Unsere Landwirte und Winzer sind selbständig handelnde Unternehmer und die aufgezeigten Beispiele der Erschließung weiterer Einkommensquellen zeigen, wie kreativ und ideenreich unsere Unternehmer sind. Diese Einkommenskombinationen bieten ihnen weitere unternehmerische Chancen und damit eine größere Stabilität für die Zukunft.

Die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich selbst nimmt vielfältige Aufgaben im Rahmen der Agrarförderung und der allgemeinen Beratung wahr:

- ☐ Ausgleichszulage in den benachbarten Gebieten,
- ☐ Gasölverbilligung,
- ☐ FUL (Förderung umweltschonende Landbewirtschaftung) und Mittelgebirgsprogramm,
- ☐ Erstaufforstungsprämie,
- ☐ Preisausgleichszahlungen / Stilllegung,
- ☐ Biotopsicherungsprogramm,
- ☐ Extensivierung im Weinbau,
- ☐ Sonderprämie Rindfleischerzeuger,
- ☐ Mutterkuhprämie,
- ☐ Mutterschafprämie,
- ☐ Entschädigungszahlungen aufgrund BSE.

Auch das Kulturred ist wichtige Dienstleistungsbehörde für den ländlichen Raum, für Landwirtschaft und Weinbau.

Mit der Verabschiedung der Leitlinien "Ländliche Bodenordnung" wurden der Landeskulturverwaltung zusätzliche Ordnungs- und Entwicklungs-

aufgaben im ländlichen Raum übertragen.

Vorgesehen ist, die Agrarstrukturverbesserung fortzuführen, um Flur- und Weinbergsareale zu rationell zu bearbeitenden Einheiten zusammenzufassen. Dies ermöglicht eine Senkung des Arbeits-, Maschinen- und Kostenaufwandes. Die Landeskulturverwaltung hat sich dabei für die Zukunft zum Ziel gesetzt, die Verfahrenszeiten für die Ländliche Bodenordnung wesentlich zu verkürzen. All dies trägt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern und Winzer bei.

Die ganzheitliche Ländliche Bodenordnung zielt ferner darauf ab,

- ☐ ein leistungsfähiges Flächenmanagement mit differenzierter Verfahrenspalette für Naturschutz und Landschaftspflege zu entwickeln,
- ☐ wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Renaturierung von Bachauen und zum Hochwasserschutz durchzuführen,
- ☐ die Dorfflurbereinigung zur Unterstützung der Dorferneuerung voranzubringen und
- ☐ die regionale Wirtschaftsentwicklung mit Konversionsprojekten, Freizeit- und Erholungsprojekten sowie
- ☐ die Verkehrsinfrastruktur zu unterstützen (z. B. die derzeitige Durchführung von Bodenordnungsverfahren für den Neubau der A 60, TV vom 04.04.1997).

Um die für die Ländliche Bodenordnung gewährten Fördermittel zu optimieren, wurden räumliche Schwerpunkte gebildet, im Landkreis Bernkastel-Wittlich (Herr Bürgermeister Lieser wird darüber berichten) ist es der Entwicklungsschwerpunkt Hochwald, für den als relevante Entwicklungsziele

- ☐ die Agrarverbesserung,
 - ☐ die Wiederbegrünung der teils ausgeräumten Landschaft,
 - ☐ die Bachauenrenaturierung,
 - ☐ die Dorferneuerung,
 - ☐ die Förderung des Fremdenverkehrs und
 - ☐ die Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes
- festgelegt wurden.

In diesem Zusammenhang will ich Ihnen, Herr Friedrich, als Leiter des Kulturamtes Bernkastel-Kues und als Leiter der Arbeitsgruppe "Regionaler Entwicklungsschwerpunkt Hochwald" für die gute Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung danken.

Zur Verwirklichung der vorgesehenen Bachauenrenaturierung wurden bereits Gewässerpflegepläne bzw. Entwürfe für einige Bachläufe (Schalesbach, Brühlbach und für die Dhron, für die der Landkreis Gewässerunterhaltungspflichtiger ist) erarbeitet.

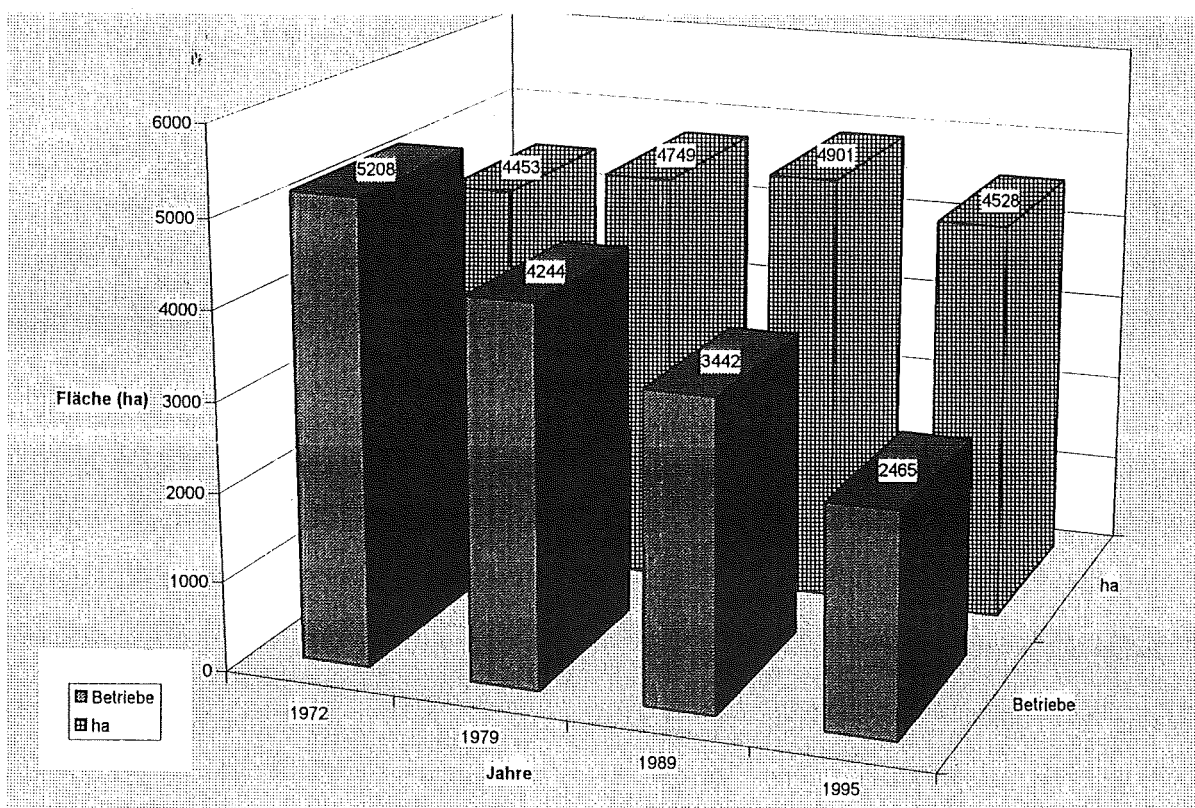
Erwähnen will ich auch, daß im Rahmen der Landschaftsplanung und der Ländlichen Bodenordnungsverfahren in der Gemeinde Morbach erstmals in unserem Landkreis die beispielhafte Umsetzung eines Öko-Kontos praktiziert wird. Hierzu wurden die in der Landschaftsplanung herausgearbeiteten landespflegerischen Entwicklungsflächen zwischen der Gemeinde, dem Kulturamt und der Unteren Landespflegebehörde abgestimmt.

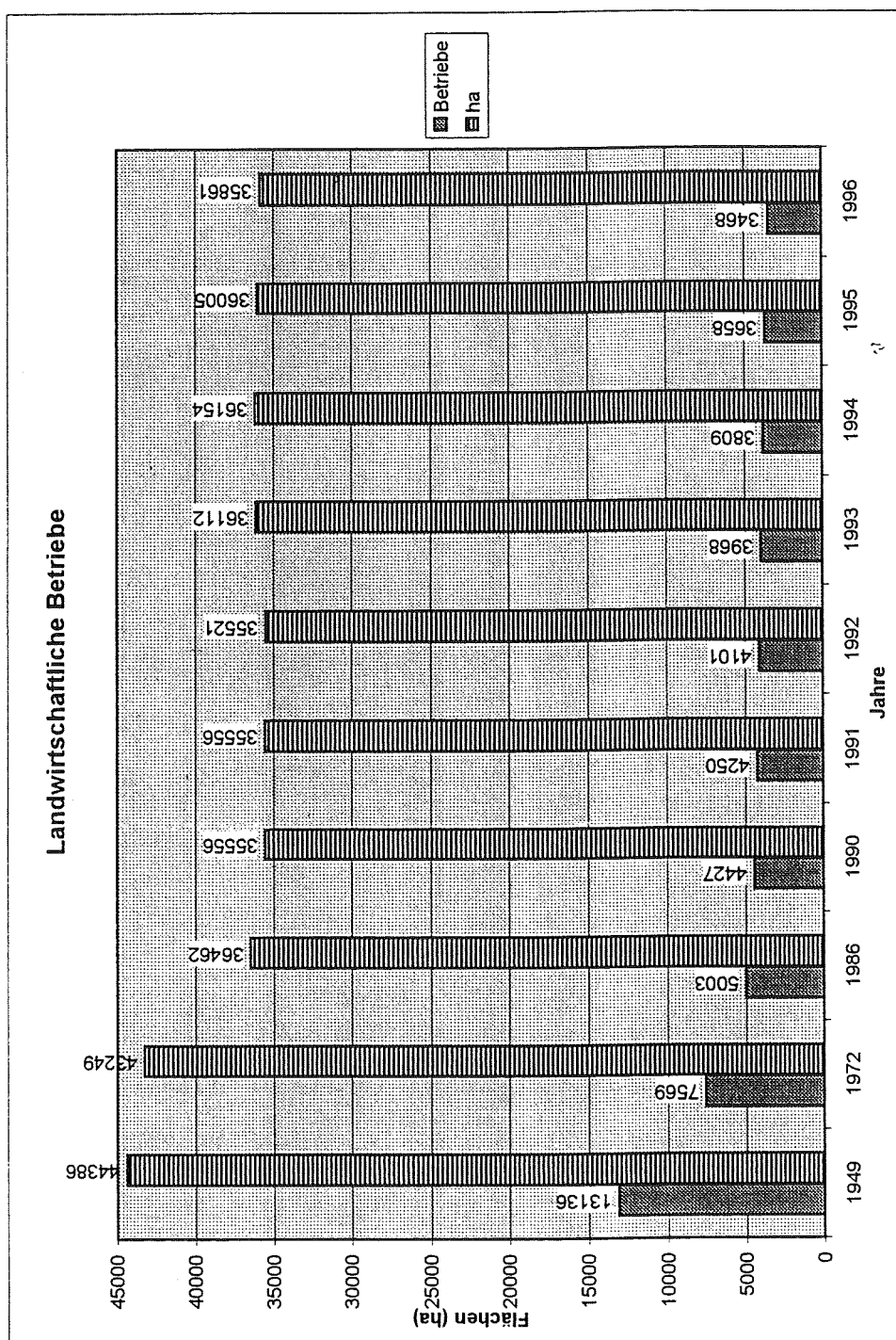
Das Kulturamt Bernkastel-Kues unterstützt die Kreisverwaltung seit Jahren auch bei der Durchführung des Wettbewerbs "Unser Dorf soll schöner werden" auf Kreisebene.

Sehr geehrter Herr Friedrich, der heutige Tag ist in Ihrem Berufsleben ein besonderer Tag, heute werden Sie offiziell, nachdem Sie diese Aufgabe bereits seit Januar wahrnehmen, in Ihr Amt als neuer Kulturamtsleiter in Bernkastel-Kues eingeführt. Ich wünsche Ihnen für diese herausforderungsvolle Aufgabe eine glückliche Hand.

Ich biete Ihnen und Ihrer Verwaltung auch für die Zukunft eine gute und vertrauensvolle Kooperation an. Denn aus persönlichen Gesprächen mit Ihnen weiß ich, unser beider Ziel ist es, mit unserer Arbeit den ländlichen Raum voranzubringen. Denn der ländliche Raum ist kein Biosphärenreservat, sondern ein Raum der Zukunft mit hohem Entwicklungspotential.

Weinbau - bestockte Rebfläche





Landwirtschaftliche Betriebe

	Betriebe	ha
1949	13136	44386
1972	7569	43249
1986	5003	36462
1990	4427	35556
1991	4250	35556
1992	4101	35521
1993	3968	36112
1994	3809	36154
1995	3658	36005
1996	3468	35861

Abgrenzung des Rebgeländes in Rheinland-Pfalz*)

Dr. Karl-Heinz Frieden, Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

1. Einleitung

Die Abgrenzung des Rebgeländes kann durchaus unter verschiedenen Voraussetzungen diskutiert werden. Unter qualitativen und quantitativen Aspekten hat es hierzu in den vergangenen Monaten und Jahren eine Vielzahl von Diskussionen im Zusammenhang mit der Lagenklassifikation gegeben. Diese Abgrenzung beruht auf traditionellen und historischen Gegebenheiten.

Ein klimatologischer Ansatz bietet die Kleinklimakartierung der Weinbergsareale, die seit Ende der 60er Jahre durch die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz durchgeführt wird. Insbesondere Besonnung und Energieeinstrahlung oder auch Frostgefährdung ermöglichen hierbei eine qualitative Bewertung der Rebareale.

Unter topographischen Aspekten ist in der Vergangenheit eine Steillagenabgrenzung durchgeführt worden, die jüngst durch eine Steilstlagenabgrenzung ergänzt wurde. Die Liste möglicher Abgrenzungsformen könnte an diese Stelle noch erweitert werden. Heute geht es jedoch um einen pragmatischen Ansatz, dessen Grundlagen in der Verwaltungsvorschrift des Landes Rheinland-Pfalz vom 02. Dezember 1996 festgeschrieben sind. Nach einer Versuchsphase mit mehreren Testgemeinden soll nun das Rebgelände mit einer Außenabgrenzung (Mantelzone) und einer Innenabgrenzung (Kernzone, Weinbauliche Kerngebiete) versehen werden.



Abb. 1: Dr. Karl-Heinz Frieden, Leiter des Weinbauamtes Wittlich

2. Zielsetzungen der Abgrenzungen

Die Zielsetzungen dieser Abgrenzungen sind:

1. Abgrenzungen des weinbauwürdigen Rebgeländes,
2. Trennung zwischen langfristig zu erhaltenden und sonstigen Rebflächen,
3. geordnete Rückführung der Rebfläche (Chance für aufgabewillige Betriebe),
4. Erhaltung eines geschlossenen Rebareals (Chance für Zukunftsbetriebe),

*) Vortrag anlässlich der Tagung des Kulturamtes Bernkastel-Kues am 10. April 1997

5. Erhaltung einer traditionellen Kulturlandschaft (Fremdenverkehr, Urlauber, Wohnwert der Region),
6. Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens zur Übertragung / Nutzung von Wiederbepflanzungsrechten.

2.1 Außenabgrenzung

Mit der Außenabgrenzung oder Mantelzone wird eine Linie um das vorhandene, anbauwürdige Rebgelände gezogen. Innerhalb dieser Grenzen können Pflanzrechte frei genutzt werden. Die Linienführung soll restriktiv sein. Das heißt, Streuweinberge bleiben außen vor, können aber auch auf Dauer nicht verhindert werden. Die Grenzziehung soll sich an markanten, nachvollziehbaren Punkten und Linien wie z. B. Wegen, Gewässern und Gewanngrenzen orientieren. Eventuell vorhandene Zahnücken im Rebgelände sind mit einzubeziehen im Sinne einer einfachen und begründeten Linienführung.

Durch die Linienführung der Außenabgrenzung soll das rebfähige Gelände um max. 10 % ausgedehnt werden können. Dies bedeutet nicht eine Ausdehnung der bestockten Rebfläche, sondern nur der potentiellen Rebfläche im Sinne der Nutzung von Wiederbepflanzungsrechten. Eine Ausdehnung des Rebareals findet somit nicht statt. Unter gewissen Umständen kann es vorteilhaft sein, das potentielle Rebgelände großzügiger abzugrenzen, damit der Spielraum für die Nutzung und Übertragung von Pflanzrechten vergrößert wird. Darüber hinaus bestehen eher Ausweichmöglichkeiten bei phytosanitären Maßnahmen oder auch durch Einschaltung von langjährigen Brachen infolge Reblausbefall. Zugleich wird jedoch bei einer großzügigen Abgrenzung die Geschlossenheit des Rebareals gelockert. Es bestehen viele Brachflächen mit einer sich unter Umständen daraus entwickelnden Drieschenproblematik. Zudem wird die Einflußnahme auf die Flurordnung und den Rückgang des Rebareals geringer sein.

Die Entscheidung über die Linienführung und die Restriktion der Abgrenzung muß jedoch vor Ort fallen. Welchen Zielen Vorrang eingeräumt werden soll, ist von örtlichen Gegebenheiten abhängig und kann nicht generell vorgegeben werden.

2.2 Innenabgrenzung (weinbauliche Kernzone)

Oberstes Ziel der Innenabgrenzung ist die langfristige Erhaltung eines qualitativ guten und intakten Rebgeländes. Hierbei spielen landschaftsästheti-

sche, betriebswirtschaftliche und anbautechnische Aspekte entscheidende Rollen. Die Innenabgrenzung wird besondere Bedeutung in Steillagen haben, wobei die Steillagenabgrenzung auch im gewissen Sinne eine Vorgabegröße für die Innenabgrenzung darstellt. Die Innenabgrenzung stellt somit eine qualitative Abgrenzung des Rebgeländes dar.

Das Verhältnis von Innen- zur Außenabgrenzung wird im wesentlichen auch von politischen Aspekten abhängen. Insbesondere Förderaspekte dürften den Willen der betroffenen Winzer beeinflussen, Abgrenzungen überhaupt durchzuführen, bzw. die Linienführung davon abhängig zu machen. Als Stichwörter seien hier zu nennen die Einführung von Tauschprämien für diejenigen, die von der Kernzone in die Mantelzone wollen, sowie von Rodungsprämien, die womöglich in folgenden Weinwirtschaftsjahren wieder eingeführt werden. Voraussetzung für die Zahlung solcher Prämien sind jedoch die Erstellung der entsprechenden Abgrenzungen.

3. Verfahren und Zuständigkeit

Die Abgrenzung wird auf Vorschlag der Gemeinden durchgeführt. Sie ist freiwillig. Es bedarf daher der Anregung oder auch des Interesses der Weinbergsbewirtschafter. Zumindest dürften alle an der Außenabgrenzung interessiert sein, da sich hierdurch das Verfahren zur Übertragung von Wiederbepflanzungsrechten erheblich vereinfacht und hinsichtlich der Förderkonditionen noch keine Festlegungen getroffen werden. Den interessierten Gemeinden wird von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz Kartenmaterial mit den Weinlagengrenzen zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden sollen einen Vorschlag für die Abgrenzung, zusammen mit der örtlichen Bauern- und Winzerschaft und den zuständigen Lehranstalten und Kulturämtern, erstellen. Die Landwirtschaftskammer überprüft den Abgrenzungsvorschlag insbesondere hinsichtlich der Weinbauwürdigkeit der eingegrenzten Flächen und hinsichtlich eines Anpassungsbedarfs bezüglich der Weinlagengrenzen. Schließlich wird durch die Landwirtschaftskammer die Abgrenzung festgesetzt und den betroffenen Gemeinden geeignetes Kartenmaterial zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

In der Summe ergeben sich eine Vielzahl von Vorteilen durch diese Abgrenzungen, so daß wir alle gemeinsam das Interesse bei den Kommunen wecken sollten. In einer Reihe von Verbandsgemeinden werden derzeit auch Flächennutzungspläne aufgestellt, in die die Abgrenzungen des Rebgeländes auch mit einfließen können.

Entwicklungsschwerpunkt Hochwald*)

Verbandsbürgermeister Erwin Lieser, Morbach

1. Einleitung

Ich gratuliere Herrn Vermessungsdirektor Hubert Friedrich zur Ernennung und Einführung als neuer Leiter des Kulturamtes Bernkastel-Kues.

Ich danke Herrn Amtsleiter Hubert Friedrich für die Einladung zur Teilnahme an der heutigen Veranstaltung und die Entscheidung zur Durchführung dieser Fachtagung.

Gerne bin ich der Anregung nachgekommen, aus kommunaler Sicht über die Erfahrungen im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald zu informieren.

Im April 1995 wurden die "Leitlinien Ländliche Bodenordnung" vom Ministerrat beschlossen. Es wurden räumliche Schwerpunkte festgelegt. Als Kristallisationskern wurde u.a. der räumliche Entwicklungsschwerpunkt Hochwald gebildet. Als sachliche Schwerpunkte wurden festgelegt:

- ☐ Agrarstrukturverbesserung,
- ☐ Wiederbegrünung der teils ausgeräumten Landschaft,
- ☐ Bachauenrenaturierung,
- ☐ Dorferneuerung,
- ☐ Förderung des Fremdenverkehrs und
- ☐ Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes.

Zur Verwirklichung der Ziele der sachlichen Schwerpunkte mit einem ganzheitlichen Ordnungs- und Entwicklungsauftrag wurde ein Arbeitskreis gegründet, um eine enge räumliche, sachliche und zeitliche Koordinierung der laufenden Planungen der verschiedenen Fachbehörden zu erreichen. Im Arbeitskreis sind die Bezirksregierung Trier, das Kulturamt Bernkastel-Kues, die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt Trier, das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Trier und die verbandsfreie Gemeinde Morbach vertreten.

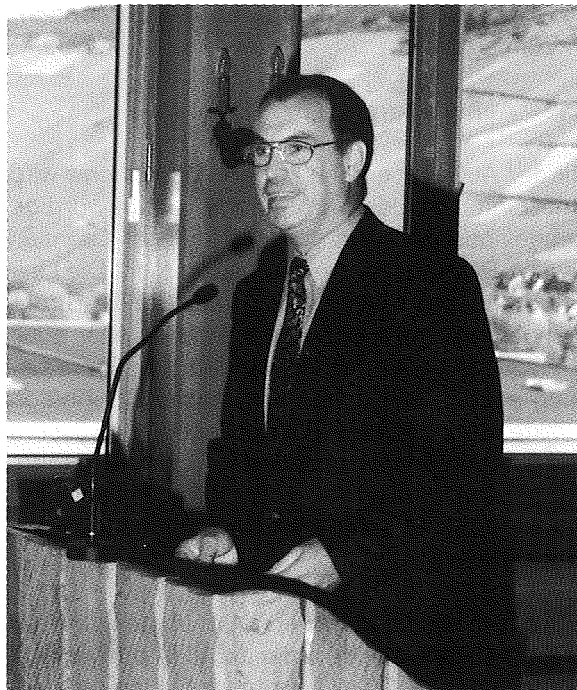


Abb. 1: Erwin Lieser, Bürgermeister der Gemeinde Morbach

*) Vortrag anlässlich der Fachtagung und Einführung des Amtsleiters des Kulturamtes Bernkastel-Kues am 10. April 1997

Aus der Operette "Die Fledermaus" von Johann Strauß kennen wir den bekannten Liedtext "Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist". Gegen den Inhalt dieses Liedtextes zu arbeiten, sind alle Personen im Arbeitskreis bemüht. Es gilt, Verbesserungen und Veränderungen in der Zusammenarbeit kommunaler und staatlicher Dienststellen zum Wohle der Allgemeinheit zu erreichen.

2. Maßnahmenprogramm im Entwicklungsschwerpunkt

In gemeinsamer Arbeit ist ein Maßnahmenprogramm für den Zeitraum von 1995 - 1999 abgestimmt worden, das sukzessive fortgeschrieben wird und folgende Ziele verfolgt:

1. Agrarstrukturverbesserung, Erarbeitung eines landwirtschaftlichen Entwicklungszieles
2. Maßnahmen der Dorferneuerung, insbesondere im Investitions- und Maßnahmen-schwerpunkt Gonzerath
3. Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation (Aktion Blau)
4. Wiederbegrünung der teils ausgeräumten Landschaft
5. Förderung des Fremdenverkehrs
6. Ausweisung des interkommunalen Gewerbeparks Hunsrück-Mosel

2.1 Landwirtschaft

In der Gemeinde Morbach läuft zur Zeit das Bodenordnungsverfahren Morbach, das die Gemarkungen Gutenthal, Hunolstein, Odert, Weiperath und einen Teil der Gemarkung Morbach einbezieht. Durch das Bodenordnungsverfahren kann insbesondere eine agrarstrukturelle Verbesserung erzielt werden durch die Vergrößerung der Schlaglängen, die Vergrößerung und Arrondierung der zu bewirtschaftenden Flächen sowie die Verbesserung der Zuwegung. Darüber hinaus können die Nutzungsansprüche von Landespflege, Wasserwirtschaft und Gewerbe (Gewerbepark HuMos) berücksichtigt werden.

Zeitgleich wird im gesamten Gemeindegebiet eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung durchgeführt (durch die GfL Planungs- und Ingenieurgesellschaft GmbH, Koblenz), die insgesamt 18 Monate in Anspruch nehmen wird. Ziel der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung ist es, die Entwicklungsziele

für die Landwirtschaft zu formulieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie eine Verbesserung der Agrarstruktur erreicht werden kann. Bisher sind 80 Betriebe befragt worden. Die Ergebnisse der Befragungen liegen zwischenzeitlich mit der erstellten Bestandsaufnahme vor und sollen auch im laufenden Bodenordnungsverfahren Morbach soweit als möglich Berücksichtigung finden. Bereits im Vorfeld ist im Verfahrensgebiet die Beratungstätigkeit durch die Staatliche Beratungsstelle intensiviert worden. Daneben wurde eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Kulturamtes Bernkastel-Kues, der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Trier und des Landesamtes für Pflanzenbau und Pflanzenschutz zur Förderprogrammen (FUL) durchgeführt.

Da die Landwirtschaft unmittelbar vom angestrebten interkommunalen Gewerbepark Hunsrück-Mosel (HuMos) betroffen ist, haben die Gemeindeorgane, der Gemeinderat und auch meine Person, wie bereits in der Vergangenheit geschehen, der Landwirtschaft ihre Unterstützung zugesichert. Durch die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe stehen zusätzliche Flächen zur Verfügung, und durch die Arrondierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen kann künftig weitaus ökonomischer gewirtschaftet werden.

2.2 Interkommunales Gewerbegebiet Hunsrück-Mosel -HuMos-

Der Gewerbepark Hunsrück-Mosel (HuMos) ist einer der sachlichen Schwerpunkte in der "Ländlichen Bodenordnung". Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft fallen in der Gemeinde Morbach zahlreiche Arbeitsplätze weg, die durch Ansiedlung von Gewerbe in der Region aufgefangen werden sollen. Mit der Ausdehnung der gewerblichen Wirtschaft wird eine anhaltende positive Bevölkerungsentwicklung erreicht. Da in der Region ein akuter Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen herrscht, wurde ein Zweckverband, bestehend aus dem Landkreis Bernkastel-Wittlich, den Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues, Neumagen-Dhron und Thalfang am Erbeskopf und der Gemeinde Morbach errichtet. Der günstige Zeitpunkt des Bodenordnungsverfahrens Morbach ermöglicht es, Flächen für landespflegerische Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe des Gewerbegebietes auszuweisen.

Zur Zeit befinden sich schon ca. 95 % der rund 50 ha im 1. Teilgebiet des Gewerbeparks im Eigentum des Zweckverbandes. Im gewerblichen Vorbehaltsbereich von rund 60 ha und in der mit den Zielen der Landesplanung konkretisierten Erweiterungsfläche des Gewerbeparks mit rund 30 ha sind mit der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungs-

gesetz Zusammenlegungen der zweckverbandseigenen und gemeindeeigenen Flächen möglich, was auch angestrebt wird.

2.3 Landschaftsplanung

Das Planungsbüro Wrede & Partner aus Trier wurde von der Gemeinde Morbach mit der Erstellung des Landschaftsplanes beauftragt. Diese Planung wird für die Umsetzung des Ökokontos in der Gemeinde Morbach eine besondere Bedeutung erhalten. Die Flächen, die für die Einbuchung auf das Ökokonto in Frage kommen, werden im Rahmen der Landschaftsplanung ermittelt und später im Flächennutzungsplan dargestellt.

Für potentielle Eingriffe in Natur und Landschaft (Wohngebiete, Gewerbegebiete etc.) werden auf der Grundlage der landespflegerischen Planung Kompensationsräume ausgewiesen für alle betroffenen Schutzgüter (Boden, Wasser, Luft, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsbild). Das maximale Risiko muß abgeschätzt werden. Die Anwendung des Ökokontos im Flurbereinigungsverfahren Morbach wurde in einem gemeinsamen Termin mit dem Kulturamt Bernkastel-Kues, den Landespflegebehörden, dem Landschaftsplaner und der Gemeinde Morbach besprochen. Da der Landschaftsplan bis zum Abschluß der laufenden Bodenordnungsverfahren nicht fertiggestellt sein wird, soll die Anwendung des Ökokontos auf der Grundlage einer Vorstufe zum Landschaftsplan (Biotoptypenkartierung in Verbindung mit der Biotopsystemplanung) erfolgen.

2.4 Aktion Blau

Wichtige Ziele im Entwicklungsschwerpunkt Morbach stellen die Renaturierung von Bachläufen und die Ausweisung von Gewässerrandstreifen dar.

Das Ministerium für Umwelt und Forsten hat zur Erstellung von Gewässerpflegeplänen eine erste Finanzhilfe mit einem Fördersatz von 60 % bewilligt. Die Gewässerpflegepläne werden nach den "Grundlagen und Grundsätzen der Gewässerpflegeplanung" des Landesamtes für Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz in enger Abstimmung mit dem Landesamt und dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Trier erstellt. Für den Brühlbach liegt der Gewässerpflegeplan bereits vor. Die Ausweisung von Gewässerrandstreifen kann in den laufenden Bodenordnungsverfahren umgesetzt werden.

2.5 Dorferneuerung im Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt Gonzerath

Das Ministerium des Innern und für Sport hat am 12.03.1996 den Ortsbezirk Gonzerath als Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt der Dorferneuerung in Rheinland-Pfalz anerkannt.

Für die Fortschreibung des alten Dorferneuerungskonzeptes ist nach Abstimmung des erforderlichen Leistungsbildes mit der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich ein Antrag auf Gewährung einer Förderung an die Bezirksregierung Trier gestellt worden. Mit der Konzepterstellung kann in 1997 gerechnet werden. Dabei sollten vor allem die Einbindung des Ortes in die Landschaft, Schaffung von neuem Wohnraum im Ortskern, Konzepte für die Nutzung leerstehender Bausubstanz, die Ortsbildgestaltung, Bachauenrenaturierung und der Fremdenverkehr im Mittelpunkt stehen.

Parallel dazu werden in einem Arbeitskreis "Dorferneuerung Gonzerath" Vorschläge erarbeitet, die den Beschlußgremien vorgelegt und mit der laufenden Dorferneuerungsplanung abgestimmt werden. Die Betreuung des Arbeitskreises hat Frau Hauter von der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Trier übernommen. Bisher haben mehrere Bürgerversammlungen stattgefunden.

Durch Flugblattaktionen und Presseveröffentlichungen wurden und werden die Einwohner Gonzeraths gebeten, sich an der zukünftigen Entwicklung ihres Ortes zu beteiligen. Zahlreiche Beratungen für die Durchführung von privaten Maßnahmen der Dorferneuerung wurden bereits durchgeführt und einige Anträge auf Förderung gestellt.

2.6 Fremdenverkehr

2.6.1 Spezialmuseum Holz

Im Bereich Fremdenverkehr ist die Gemeinde Morbach derzeit dabei, den sanften Tourismus durch vielversprechende Projekte weiter voranzutreiben. In Weiperath entsteht mit Mitteln der Europäischen Union und des Landes Rheinland-Pfalz das Hunsrücker Holzmuseum. Das Holzmuseum stellt eine sinnvolle museale Ergänzung und einen wichtigen Mosaikstein im touristischen Netzwerk des gesamten Hunsrücks dar. Es weist auf die große Bedeutung Morbachs als walddreiche Gemeinde und Standort bodenständiger Holzindustrie sowie als Wirkungsstätte namhafter Künstler der Morbacher Bildhauerei und Schnitzkunst hin.

2.6.2 Vicus Belginum

Zahlreiche Ausgrabungen, die im Rahmen eines Schwerpunktprogrammes der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter der Leitung von Frau Dr. Cordie-Hackenberg vom Rheinischen Landesmuseum in Trier durchgeführt wurden, haben bisher im Gräberfeld "Vicus Belginum" in unmittelbarem Bereich des Stumpfen Turmes im Dreieck der Gemarkungen Hundheim, Hinzerath und Wederath stattgefunden. Es konnten die keltische und römische Siedlungsweise und die damalige Lebensart durch zahlreiche Funde belegt werden. Es ist geplant, Teile der ehemaligen Siedlung nach den Grabungsbefunden zu rekonstruieren. Eine Nutzung als Kultur- und Touristikzentrum für den mittleren Hunsrück steht in der Überlegung. Eine Einbindung in eine angestrebte Raststätte an der künftigen B 50 neu ist denkbar und wäre realisierbar. Ein weiterer Schwerpunkt soll sich aus dem Konversionsprojekt Munitionslager Wenigerath entwickeln.

2.7 Munitionslager Morbach-Wenigerath

Die Konversion im ehemaligen Munitionslager Morbach-Wenigerath wird als eines von fünf vom Land geförderten ökologischen Modellprojekten in Rheinland-Pfalz durch das Forum Konversion & Stadtentwicklung begleitet, das von der Landesregierung zur Begleitung ihrer Konversionspolitik ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des Modellprojektes sollen mögliche Anschlußnutzungen für das von den amerikanischen Streitkräften im Jahre 1995 freigegebene Militärgelände untersucht werden.

Der Planungsprozeß wird durch eine Lenkungsgruppe begleitet, die sich aus Vertretern der Kommunalpolitik, des Forums Konversion & Stadtentwicklung, der betroffenen Behörden und weiteren Fachleuten zusammensetzt. Erste Voruntersuchungen sind durchgeführt. Am 12. November 1996 hat ein Workshop unter Beteiligung externer Fachleute stattgefunden, um Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Anschlußnutzung im Bereich Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr aufzuzeigen. Die Vorstudie, die Ergebnisse des Workshops und Empfehlungen für die künftigen Nutzungen des Geländes werden vom Forum Konversion & Stadtentwicklung zu einem Grobkonzept zusammengefaßt und in Kürze vorgestellt.

Die aufgezeigten Aktivitäten und konkreten Entwicklungsmöglichkeiten für den Lebensraum in der Einheitsgemeinde Morbach mit 19 Ortsteilen und rund 11.000 Menschen werden von den Mandatsträgern und der Bürgerschaft als eine besondere Chance zur Weiterentwicklung im mittleren Hunsrück ge-

wertet. In einem Zeitraum von nur 20 Monaten wurden nach meiner Auffassung in beispielhafter und nachahmenswerter Weise Kräfte im Verwaltungshandeln gebündelt. Ich danke der Landesregierung Rheinland-Pfalz und den Partnern in der Bezirksregierung Trier und in den weiteren Dienststellen, welche im Arbeitskreis vertreten sind und konstruktiv mitarbeiten, für das bisherige erfolgreiche Miteinander und bitte zugleich, weiterhin nachhaltig an der Erreichung der Ziele im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald mitzuarbeiten.

3. Ausblick

Die Erfahrungen in der angesprochenen kurzen Zeit von nur 20 Monaten im Arbeitskreis und im Gemeindebezirk Morbach haben gezeigt, daß durch die beispielhafte Zusammenarbeit der im Arbeitskreis "Entwicklungsschwerpunkt Hochwald" beteiligten Behörden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes schnell umsetzbar sind und mit einer Bündelung des Verwaltungshandelns Fördermittel erreichbar sind, deren Einsatz zu einer hohen Effektivität führen wird.

Am 4. Dezember 1996 hat Herr Staatsminister Rainer Brüderle in einer sehr gut besuchten öffentlichen Veranstaltung in Morbach-Bischofsdhrun die bisher geleistete Arbeit im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald gewürdigt und als beispielhaft gewertet und anerkannt.

In der Hoffnung, Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, mit meinen Ausführungen Informationen über die Erfahrungen aus kommunaler Sicht zum Entwicklungsschwerpunkt Hochwald gegeben zu haben,

☐ bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit

☐ wünsche ich Herrn Amtsleiter Hubert Friedrich mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine erfolgreiche Arbeit und gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten

und danke für eine langjährige, nahezu zwei Jahrzehnte lange, angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Bernkastel-Kues zum Wohle der Bürgerschaft in den 19 Ortsteilen der verbandsfreien Gemeinde Morbach.

Kulturamt Bernkastel-Kues - Unser Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes -*)

Vermessungsdirektor Hans-Hubert Friedrich, Bernkastel'

1. Einleitung

Ich möchte Ihnen in meinem Referat den Beitrag des Kulturamtes Bernkastel-Kues - unseren Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes - vorstellen.

Dabei ist mir besonders wichtig, daß es sich dabei nicht um den Beitrag einer anonymen Behörde handelt - vielmehr sind es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachrichtungen Planung und Vermessung, Landespflege und Bau, Landwirtschaft und Weinbau sowie Verwaltung, die ihren Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes leisten wollen. Dabei stehen vier wichtige Arbeitsziele im Vordergrund:

1. Erhaltung der Kulturlandschaft
2. Stärkung des Weinbaues
3. Landespflegerische und wasserwirtschaftliche Belange
4. Flächenmanagement für Investitionsvorhaben

Ein bedeutender Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Förderung der Regionalen Entwicklung im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald - ich möchte daher besonders darauf eingehen.

Schließlich möchte ich die Rahmenbedingungen für unser Arbeitsprogramm für die Zeit nach dem Jahr 2000 vorstellen.

2. Arbeitsziele des Kulturamtes

Herr Staatssekretär Eymael hat bereits Arbeitsziele der Landeskulturverwaltung und die Zukunftsaufgaben des Kulturamtes Bernkastel-Kues vorgetragen - ich möchte dies für unsere Region noch etwas verdichten.

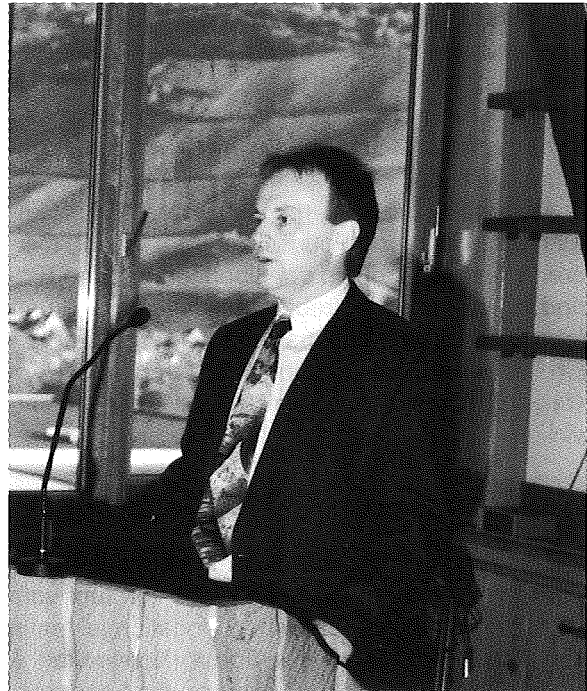


Abb. 1: Hubert Friedrich, neuer Leiter des Kulturamtes Bernkastel-Kues

*) Vortrag anlässlich der Fachtagung und Einführung des Amtseleiters des Kulturamtes Bernkastel-Kues am 10. April 1997

2.1 Erhaltung der Kulturlandschaft

Über die große Bedeutung des ländlichen Raumes als Wirtschaftsraum, als Wohn- und Arbeitsraum, als Ausgleichs- und Erholungsraum braucht man an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen zu machen. Es ist sicherlich keine Frage, daß die Erhaltung der Kulturlandschaft eine hohe gesellschaftliche Bedeutung hat.

Die Erhaltung der Kulturlandschaft wird aber ohne leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe auf Dauer nicht möglich sein.

Die landwirtschaftlichen Betriebe - insbesondere in den Höhengebieten von Eifel und Hunsrück - geraten zunehmend unter Kostendruck. Dies gilt insbesondere nach der Wiedervereinigung und im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sind die landwirtschaftlichen Betriebe gezwungen, alle Rationalisierungsreserven auszuschöpfen. Gerade in der Außenwirtschaft bei der Feldbestellung auf kleinen Parzellen mit kurzen Ackerfurchen bestehen noch erhebliche Einsparungsreserven. Wir haben trotz rückläufiger Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und trotz Förderung des Land- und Pachtflächentausches noch strukturelle Verhältnisse, die modernen Anforderungen der Feldbestellung bei weitem nicht entsprechen.

So haben wir Haupterwerbsbetriebe in Morbach, die rd. 100 ha auf über 65 Parzellen bearbeiten. Dies ist meist darin begründet, daß die Erstbereinigung Anfang dieses Jahrhunderts unter völlig anderen Voraussetzungen durchgeführt wurde und insbesondere auf die tierische Anspannung ausgerichtet war.

Durch Bodenordnung und Anpassung an einen rationellen Maschineneinsatz können in der Außenwirtschaft Arbeitskosten von 30 % und mehr eingespart werden. Damit trägt die Ländliche Bodenordnung direkt und unmittelbar zur Stabilisierung der Einkommen in landwirtschaftlichen Betrieben bei.

Unser Beitrag zur Agrarstrukturverbesserung wird in den laufenden Bodenordnungsprojekten im Bereich der Gemeinde Morbach bzw. Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf und den landwirtschaftlichen Gebieten der Verbandsgemeinde Wittlich-Land und des Südtails der Verbandsgemeinde Daun geleistet. Dabei wollen wir versuchen, die überbetrieblichen Maßnahmen der Bodenordnung noch stärker mit einzelbetrieblichen Förderungs-

maßnahmen zu verknüpfen - ich komme auf diesen Punkt später noch einmal zurück.

Moderne Bodenordnung dient dabei nicht nur der Verbesserung der Landbewirtschaftung, sondern hat gleichrangig den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege Rechnung zu tragen. Die Erhaltung oder die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes hat in modernen Bodenordnungsverfahren - so wie wir sie verstehen - eine hohe Bedeutung. Dabei ist es uns besonders wichtig, daß die berechtigten Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nicht gegen die Landwirtschaft, sondern in Einklang mit der Landbewirtschaftung realisiert werden. Hier meinen wir, gerade die Bodenordnung ist das geeignete Instrument, um die zum Teil gegensätzlichen Nutzungsansprüche zu entflechten und eine tragfähige Konsenzlösung anzubieten.

2.2 Erhaltung eines leistungsfähigen Weinbaues

Der Weinbau hat im Bereich der Mittelmosel - und damit auch für die Arbeit des Kulturamtes - eine herausragende Bedeutung. Die Erhaltung der Kulturlandschaft - also die Erhaltung der Weinbauteillagen - hat hier eine noch höhere Bedeutung als im rein landwirtschaftlichen Bereich.

Eine Stabilisierung oder gar Verbesserung der Einkommenssituation für die Weinbaubetriebe kann nur erreicht werden, wenn die Kosten reduziert und die Erlöse verbessert werden.

Auch für die Weinbaubetriebe gilt, daß der Arbeitsumfang für die Außenwirtschaft deutlich gesenkt werden muß. Dies kann durch eine Bündelung von Maßnahmen

- ☐ Zusammenlegung der Splittergrundstücke
- ☐ Umstellung auf moderne Erziehungsarten
- ☐ Übergang zur Direktzugbewirtschaftung und
- ☐ weitere Mechanisierung mit überbetrieblichem Maschineneinsatz

erfolgen.

Dabei können Einsparungen in Größenordnung von 2.000 bis 5.000 DM je Hektar erzielt werden.

Unser Beitrag zur Erhaltung des Steillagenweinbaues ist die Fortführung der Erstbereinigung - wenn auch mit reduzierten Kosten und zeitlicher Streckung - und die konsequente Zweitbereinigung in den

Weinbaulagen, in denen aufgrund der Altersstruktur der Rebanlagen sowieso ein Umbau ansteht.

Hierzu möchte ich zwei Anmerkungen machen:

Wir erstellen derzeit für die Erstbereinigung in den Weinbaugemeinden Trittenheim, Bernkastel, Graach und Wehlen und für die Zweitbereinigung in Burg und Reil eine Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, die konkrete Vorschläge zur Behebung der festgestellten Strukturmängel entwickelt und die Kosten für vorgeschlagene Maßnahmen aufzeigt. Wir wollen stärker noch als bisher, daß die Winzerschaft und die Gemeinden in diese Entwicklungsplanung einbezogen werden.

Wir sehen es als unsere Pflicht als Fachbehörde an, die strukturellen Mängel und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen - das ist unser Angebot. Ob und in welchem Umfange von diesen Angeboten Gebrauch gemacht wird, bestimmen die Winzer und natürlich auch die Gemeinde selbst.

Meine zweite Anmerkung:

Gerade im Weinbau scheint es gelegentlich eine tiefe Kluft zwischen den mittelfristig aufgebenden Betrieben und den langfristig zukunftsfähigen Betrieben zu geben.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: beide Betriebsgruppen sind uns gleichermaßen wichtig. Nur, man muß auch sehen, daß die Ansätze in den Betrieben völlig unterschiedlich sind:

Die jungen Betriebe sind gezwungen, alle Rationalisierungsmöglichkeiten in der Außenwirtschaft auszuschöpfen, um so Freiräume für die Verbesserung der Vermarktung zu gewinnen. Die aufgebenden Betriebe wollen verständlicherweise keinerlei Investitionen in die Zukunft machen. Wir sind davon überzeugt, daß die Bodenordnung das geeignete Instrument ist, diese Konflikte zu mildern. Es bedarf aber zusätzlich weiterer Fördermöglichkeiten, um den schwierigen Anpassungsprozeß im Weinbau zu bewältigen. Hier - sehr geehrter Herr Staatssekretär - vertraue ich auf das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Weinbau an der Mittelmosel gibt es keine Alternative. Ich möchte aber an Sie alle, die Sie Verantwortung für den Weinbau tragen, appellieren, die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des Steillagenweinbaues jetzt zu ergreifen, damit die zukunftsfähigen Betriebe auch tatsächlich eine Chance haben, am Markt zu bestehen.

2.3 Landespflege und Wasserwirtschaft

Die Umsetzung von landespflegerischen Zielen, wie sie im Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan formuliert werden, ist meist ohne ein entsprechendes Flächenmanagement nicht möglich.

Moderne Bodenordnung dient immer auch der Umsetzung von landespflegerischen Zielen - dies ist heute so selbstverständlich, daß es an dieser Stelle hierzu keiner weiteren Ausführungen bedarf.

Bodenordnungsverfahren unterstützen aber auch die Gemeinden bei der konkreten Anwendung des Ökokontos. Dabei darf neben den landespflegerischen Vorteilen nicht übersehen werden, daß mit der Anwendung des Ökokontos eine deutliche Beschleunigung des Planungsprozesses in der Bauleitplanung erreicht werden kann.

Bodenordnungsverfahren können auch ausschließlich aus landespflegerischen Gründen durchgeführt werden - wie dies zum Beispiel im Bereich des Naturschutzgebietes "Streuobstwiesen bei Wehlen" erfolgt. Durch die Bodenordnung werden die Kernzellen des Naturschutzgebietes in das Eigentum des Landes überführt und die privaten Grünlandflächen so arrondiert, daß eine dem Schutzzweck entsprechende Nutzung möglich wird.

Die Fließgewässer mit einem sehr hohen Artenreichtum haben für die Vernetzung in der Landschaft eine große Bedeutung. Durch die Ausweisung von Gewässerrandstreifen - Stichwort Aktion Blau - kann den Gewässern wieder ausreichend Raum zur Eigenentwicklung gegeben werden. Gerade in der Bodenordnung ist ein verfahrenstechnisch sehr eleganter Weg vorgegeben, um diesen sehr wichtigen Beitrag für die Renaturierung der Fließgewässer zu ermöglichen.

2.4 Flächenmanagement für Infrastrukturmaßnahmen

Überregionale Straßenbauprojekte wie die A 60 oder B 50 haben für die Anbindung des Raumes Bernkastel-Wittlich eine zentrale Bedeutung. Bei der Realisierung ist es Aufgabe des Kulturamtes, die notwendigen Flächen für die Straßentrasse und die landespflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu ordnen.

Dabei werden wir - wenn wir die ganzheitliche Entwicklung des ländlichen Raumes ernst nehmen - in Zukunft mehr noch als bisher gemarkungsübergreifend und nicht nur linear oder sektoral denken müssen. Ich bin davon überzeugt, daß diese ganzheitliche Betrachtung sowohl den Belangen der

Landwirtschaft als auch den Belangen der Landespflege dienen wird und somit die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen wesentlich erleichtern wird.

3. Räumliche und sachliche Schwerpunkte

Mit der Ausweisung eines Entwicklungsschwerpunktes Hochwald im Bereich der Gemeinden Morbach und Thalfang am Erbeskopf wird ein neuer Weg zur Entwicklung des ländlichen Raumes beschritten.

Herr Bürgermeister Lieser hat dies bereits erläutert, ich will aus meiner Sicht einige Gedanken hinzufügen: Ziel des Entwicklungsschwerpunktes ist es, die raumbedeutsamen Planungen von Landwirtschaft, Landespflege, Wasserwirtschaft, gewerbliche Entwicklung, Dorferneuerung, Orts- und Regionalplanung usw. zu koordinieren. Dabei sollen die einzelnen Fachgebiete nicht punktuell wirken, sondern zu einem integrierten Konzept für den Raum Hochwald zusammengefügt werden.

Ich danke an dieser Stelle allen Behörden und Verbänden, die bisher sehr konstruktiv mitgewirkt haben. Ich denke, allen Behördenvertretern hier im Raum ist klar, daß es nicht ganz einfach ist, die unterschiedlichen Fachbereiche in eine gemeinsame Zielstruktur einzubinden. Aber ich denke, insbesondere wir als Fachbehörden sollten uns mehr noch als bisher als einheitliche Landesverwaltung verstehen, die sich gemeinsamen Zielen zur Entwicklung des ländlichen Raumes verpflichtet.

So wird aus isolierten Fachplanungen ein abgestimmtes Programm, in das zumindest mittelfristig die konkreten Maßnahmen eingebunden sind. Dieses Konzept ist im Hinblick auf die neue EU-Förderstrategie ein richtungsweisender Weg.

4. Fortsetzung der Förderprogramme

Vom Kulturamt werden eine Reihe von investiven Förderprogrammen (z. B. für Bahnanlagen, Mauer-sanierung, umweltschonende Mechanisierungssysteme für den Weinbau usw.) betreut. Diese Programme werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fortgeführt.

Eine herausragende Rolle nimmt das einzelbetriebliche Förderprogramm ein, mit dem Investitionen zur Anpassung landwirtschaftlicher Betriebe gefördert werden. In rd. 60 laufenden Bauprojekten werden die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen und Weinbaubetriebe verbessert und die Einkommen stabilisiert.

Alleine in unserem Amtsbezirk werden jährlich in ca. 20 neuen Investitionsprojekten mit Fördermitteln von rd. 1,5 Mio. DM Gesamtbaukosten von über 7 Mio. DM ausgelöst. Diese Investitionssumme kommt, ähnlich wie in der Dorferneuerung, ganz überwiegend der heimischen Bauwirtschaft und den örtlichen Handwerksbetrieben direkt zugute.

Für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, die einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen noch stärker mit den überbetrieblichen Maßnahmen zu koppeln. Es kann nämlich nach unserem Verständnis nicht sinnvoll sein, erhebliche Mittel in arbeitswirtschaftlich sinnvolle Baumaßnahmen (ob Boxenlaufstall, Monorackbahn oder Seilzugmechanisierungssysteme) zu investieren und gleichzeitig in der Außenwirtschaft auf vielen Kleinstparzellen zu wirtschaften.

Es gibt eine Reihe von Instrumenten - vom Flächentausch auf freiwilliger Basis bis zum hoheitlichen Bodenordnungsverfahren - die je nach Ausgangslage eingesetzt werden können. Hierfür ist das Kulturamt der richtige Ansprechpartner.

5. Arbeitsprogramm

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

moderne Bodenordnungsverfahren in Verbindung mit anderen Förderprogrammen dienen neben agrarstrukturellen oder weinbaulichen Zielen immer auch landespflegerischen und wasserwirtschaftlichen Zielen sowie der Umsetzung von Infrastrukturvorhaben oder von gemeindlichen Planungen:

In diesem Sinne sind moderne Bodenordnungsverfahren Dienstleistung für den ländlichen Raum. Es ist offensichtlich, daß die vielfältigen Aufgaben des Kulturamtes nicht gleichzeitig erledigt werden können. Es ist daher notwendig, die Arbeitsziele in eine zeitliche und räumliche Struktur zu bringen. Aus diesem Grunde entwickelt das Kulturamt in Fortsetzung des bisherigen Arbeitsprogrammes ein neues Arbeitsprogramm bis zum Jahr 2005.

In dieses Arbeitsprogramm werden alle Arbeitsziele, die ich bisher erwähnt habe, einfließen. Es ist uns besonders wichtig, und daher erwähne ich das Arbeitsprogramm in diesem Rahmen - daß dieses Programm in den Gemeinden und Verbandsgemeinden und insbesondere mit den Fachbehörden, die ebenfalls im ländlichen Raum arbeiten, abgestimmt wird. Ein sehr wichtiger Teil des Arbeitsprogrammes wird die zeitliche Abfolge der Bodenordnungsverfahren sein. Diese schnelle Taktfolge moderner Bodenordnungsverfahren mit einem Zeitraum von zwei Jah-

ren zwischen rechtlicher Anordnung eines Zusammenlegungsverfahrens und dem Besitzübergang bzw. von fünf Jahren in planungsintensiven Integralverfahren erfordert eine noch präzisere zeitliche Abstimmung zwischen den verschiedenen Planungsträgern.

6. Dienst und Leistung für den ländlichen Raum

Als Arbeitstitel - oder wenn Sie so wollen - als Leitmotiv für die künftige Arbeit haben wir den nicht ganz neuen Begriff "Dienstleistung" gewählt, der aus den beiden Worten Dienst und Leistung besteht - beide Komponenten sind gleichermaßen wichtig.

7. Organisation

Es wurde bereits kurz angesprochen, daß sich die Landeskulturverwaltung durch eine innere Organisationsreform auf die Zeit nach 2000 vorbereitet hat. Das Kulturstamt Bernkastel-Kues hat sich von vornherein bereiterklärt, in einer Pilotphase die Organisationsreform umzusetzen. Daran können Sie erkennen, daß die neue Organisationsform nicht nur von innen gewollt, sondern sogar gefordert ist.

Natürlich bringen solche Reformen gerade in der Startphase zusätzliche Belastungen, und zwar gerade in einer Zeit, wo man sich zusätzliche Belastungen am wenigsten leisten kann.

Dennoch sind wir davon überzeugt, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden: Wir sind noch nicht am Ziel - aber wir haben bereits begonnen.

Ich bitte alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neuen Herausforderungen, die sich aus der Organisationsreform ergeben, offensiv und risikobereit anzugehen auch in dem Bewußtsein, daß nicht alles gelingen kann und nicht alles gelingen wird.

8. Schluß

Der ländliche Raum ist keine Restgröße, die nach Abzug der Ballungs- und Siedlungsräume verbleibt. Der ländliche Raum braucht eine eigenständige Politik - dies ist sicherlich aus den Ausführungen von Herrn Staatssekretär und Frau Landrätin deutlich geworden.

Zur Umsetzung dieser Politik für den ländlichen Raum brauchen wir sicherlich eine noch stärkere Bündelung der raumwirksamen Planungen und eine Zusammenfassung der für die Umsetzung notwendigen Förderinstrumente.

Wir brauchen aber auch Menschen und Institutionen, die sich den Aufgaben des ländlichen Raumes stellen und damit bereit sind, Verantwortung für den ländlichen Raum zu tragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturstamtes stellen sich dieser Herausforderung: Ich freue mich auf die Arbeit mit Ihnen!

Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Ich darf mich zunächst für die freundliche Einladung und die herzliche Begrüßung bedanken.

Ich freue mich, daß ich heute die Möglichkeit habe, in einem regionalen Förderschwerpunkt der Landentwicklung über die Entwicklung und Perspektiven der ländlichen Räume zu reden und zu diskutieren.

Die langfristige Sicherung und nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume verlangen im Prozeß der Globalisierung und Internationalisierung differenzierte Strategien, Leitbilder und Konzepte. Vielmehr denn je sind heute die Intelligenz, der Ein-

fallsreichtum und die Initiative "vor Ort" gefragt, um z.T. übergeordnete abstrakte Strategien auf ihre regionale Relevanz hin zu entwickeln.

Ein Konzept, das diese Forderungen aufgreift und örtliche Initiativen und Entwicklungsvorstellungen berücksichtigt, ist das Konzept "der regionalen Förderschwerpunkte im Bereich der Landentwicklung".

*) Rede von Herrn Staatssekretär Günter Eymael anläßlich einer Veranstaltung im regionalen Förderschwerpunkt Westpfalz in der Ortsgemeinde Frohnhofen am 27. Mai 1997

Einen dieser regionalen Förderschwerpunkte lernen wir mit Hilfe dieser Veranstaltung näher kennen.

Nahezu jeder 2. Bewohner unseres Landes lebt im ländlichen Raum. Es ist daher ein Selbstverständnis der Politik dieser Landesregierung, daß sie der Entwicklung des ländlichen Raumes einen besonderen Stellenwert einräumt.

Schon allein aufgrund dieser Tatsache muß man davon ausgehen, daß die wirtschaftliche Zukunft des Landes entscheidend von der Entwicklung des ländlichen Raumes abhängt.

Die Unterschiede in der räumlichen Entwicklung lassen sich heute nicht mehr auf ein Stadt-Land-Gegensatz reduzieren. Der ländliche Raum bietet eine Reihe von Chancen angesichts der Probleme in den Ballungsräumen, der erhöhten Mobilität von Menschen und Informationen, der Verkürzung der Arbeitszeit, der gestiegenen Lebenserwartung und der neuen Bedürfnisse der Gesellschaft in Bezug auf Qualität und Identität.

Trotz dieser zum Teil positiven Änderungen bleibt nach wie vor festzustellen, daß die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen stehen. Geänderte Rahmenbedingungen, die Sie hier in der Westpfalz deutlich verspüren,

- ☐ der sich verschärfende Strukturwandel in der Landwirtschaft
- ☐ der Abbau und Verlust ziviler Arbeitsplätze beim Militär
- ☐ die arbeitsplatzbedingte Migration
- ☐ große finanzielle Lasten der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten
- ☐ die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und
- ☐ die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen

stellen die Dörfer und ländlichen Gemeinden vor neue Aufgaben und Probleme.

Schwerpunktmäßig treten die vorgenannten Probleme in strukturschwachen ländlichen Räumen auf, die durch eine Addition ungünstiger Faktoren belastet sind.

Meine Damen und Herren,

in der Vergangenheit war es noch zum Teil möglich, die Defizite der strukturschwachen Räume mit Hilfe einzelner bewährter Förderprogramme auszugleichen. Mittlerweile ist dies so nicht mehr machbar.

Die veränderten räumlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie durch die Wiedervereinigung, die europäische Integration und die Öffnung Osteuropas sowie durch den technischen und organisatorischen Wandel in der Wirtschaft herbeigeführt wurden, erfordern zum Teil eine Weiterentwicklung bzw. Ergänzung bestehender Förderprogramme.

Vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses müssen diese Programme aus heutiger Sicht zumindest folgende Ziele zum Inhalt haben:

- ☐ die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und eine nachhaltige Raumentwicklung
- ☐ die Bewahrung von Vielfalt und Eigenständigkeit
- ☐ aber auch die Konzentration insbesondere in den strukturschwachen ländlichen Räumen.

Meine Damen und Herren,

Maßstab für das raumordnerische Handeln ist die verfassungsrechtlich verankerte und im Raumordnungsgesetz des Bundes konkretisierte Verpflichtung, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Will man eine aktive Strukturpolitik für die ländlichen Räume betreiben, so müssen sich Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam diesen Herausforderungen stellen. Maßgeblich wird diese Politik "der nachhaltigen ländlichen Entwicklung" mitunterstützt und gefördert von der Europäischen Union.

Die EU verfügt schon jetzt im Rahmen der verschiedenen Sparten der Gemeinschaftspolitik und ihrer Aktionsprogramme über vielfältige Möglichkeiten, auf dem Verordnungswege und durch finanzielle Maßnahmen zugunsten des ländlichen Raumes einzugreifen.

In einem nicht unerheblichen Maße - vor allem im Bereich der Dorferneuerung - profitiert auch der Landkreis Kusel von den finanziellen Fördermöglichkeiten der EU.

Die Leitlinien der zukünftigen europäischen Politik für die ländliche Entwicklung wurden auf einer Konferenz im November 1996 im irischen Cork neu festgelegt. In der "Erklärung von Cork" wurde in einem 10-Punkte-Programm der Neubeginn der ländlichen Entwicklung festgeschrieben. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf jeden einzelnen dieser Punkte eingehen - vielmehr möchte ich mich auf die Hauptaussage des Programms beschränken.

Als Grundlage für die Planung sollen integrierte und fachübergreifende Entwicklungskonzepte dienen, die Aussagen und Maßnahmen beinhalten zur zukünftigen Entwicklung der Region.

Die regionale Identität bleibt dabei erhalten, da die ländliche Entwicklung maßgeblich von der lokalen und kommunalen Ebene mitgestaltet wird. Die Vorteile des Ansatzes "von unten nach oben" liegen auf der Hand und entsprechen nicht nur dem subsidiären Aufbau Europas sondern stehen auch im Einklang mit unserer verfassungsrechtlich garantierten Planungshoheit der Ortsgemeinde.

Im gleichen Jahr der Erklärung von Cork wurde in Konstanz auf dem 3. Europäischen Dorferneuerungskongress die "Konstanzer Erklärung" verfaßt, die ebenfalls ein Leitbild für die Landentwicklung und Dorferneuerung in Europa festschreibt.

Ein Hauptgedanke dieser Erklärung ist neben der Schaffung florierender Wirtschaftsräume, die Stärkung der sozialen Identität und des Selbstbewußtseins der Dorfbewohner.

In den Dörfern soll mit Hilfe der Dorferneuerung eine Symbiose von alter und neuer Bausubstanz sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren,

ich denke beide Erklärungen sowohl die Erklärung von Cork als auch die Erklärung von Konstanz beinhalten Strategien und Zielvorstellungen, die auch für die Strukturpolitik in unseren ländlichen Räumen von Bedeutung sind.

Als ein Beispiel konkreter Umsetzung dieser sicherlich noch etwas abstrakten Überlegungen möchte ich den regionalen Förderschwerpunkt der Landentwicklung im Bereich Kusel nennen.

Die koordinierte Bündelung verschiedener Förderinstrumente mit entsprechender Ziel- und Prioritätensetzung bilden die Grundlage für den regionalen Förderschwerpunkt.

In diesem Entwicklungsschwerpunkt kommen insbesondere die Förderinstrumente der Dorferneuerung, der Bodenordnung, des Naheprogramms einschließlich der EU-Förderung nach Ziel Nr. 5b und LEADER gebündelt zum Einsatz.

Die Ortsgemeinde Frohnhofen liegt zusammen mit den Nachbargemeinden der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg im großräumig abgegrenzten Naheprogramm mit den Zielen der Unterstützung des Hochwasserschutzes, der standortgerechten Landnutzung und flankierend der Dorfentwicklung, des Fremdenverkehrs und der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Der Entwicklungsschwerpunkt wurde maßgeblich mitbestimmt durch die Initiativen vor Ort, wie z.B. die Anträge der Ortsgemeinden Frohnhofen, Gries und Brücken zur Anerkennung als Schwerpunktgemeinde in der Dorferneuerung oder die Anträge der Ortsgemeinden zur Durchführung von Bodenordnungsverfahren und Förderung des Flächenerwerbs für Uferrandstreifen.

Der Einsatz der verschiedenen Förderinstrumente unterstützt aber auch entscheidend die Bemühungen der Region bei der Förderung des dörflichen Fremdenverkehrs sowie bei der grenzüberschreitenden Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Stellvertretend hierfür möchte ich zwei Beispiele nennen. Zum einen ist dies die Förderung des Diamantschleifermuseums in der Schwerpunktgemeinde Brücken zum anderen das von Herrn Haak sehr eindrucksvoll dargestellte LEADER II-Projekt "Kulinarische Landstraße".

Die gemeinsame Präsentation dieses Projektes zusammen mit den Partnerregionen aus Frankreich und Finnland auf dem Mannheimer Maimarkt ist nicht nur als Werbung für den Fremdenverkehr im Landkreis Kusel zu sehen, sondern auch als ein Modell für die europäische Zusammenarbeit.

Beide Projekte, der gemeinsame Messestand, als auch der Einkaufsführer (Kulinarische Landstraße) werden im Rahmen der EU-Förderung (LEADER II) unterstützt.

Deutlich sichtbar in den Dörfern des Landkreises Kusel sind auch die zahlreichen Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung.

Die Dorferneuerung hat sich landesweit zu einem wesentlichen Baustein ländlicher Strukturpolitik entwickelt. Herr Dipl.-Ing. Weyrich hat einmal die verschiedenen Entwicklungsphasen in der Dorferneue-

rung anhand seiner Heimatgemeinde Frohnhofen dargestellt und klar zum Ausdruck gebracht, welche Impulse und Chancen mit der Schwerpunktanerkennung seiner Ortsgemeinde verbunden waren.

In den Jahren 1991 - 1996 hat allein der Landkreis Kusel aus dem rheinland-pfälzischen Dorferneuerungsprogramm für die Förderung seiner privaten und öffentlichen Dorferneuerungsmaßnahmen über 12 Mio. DM erhalten.

Diese Fördergelder haben nicht nur zur Belebung und Attraktivierung der Ortskerne beigetragen, sie leisten auch einen gewichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze.

Erfreulich und zukunftsweisend ist auch in diesem Zusammenhang die von Herrn Bürgermeister Kehl aufgezeigte gewerbliche Entwicklung im Bereich der Verbandsgemeinde Kusel. Denn entscheidend für das Gemeinwesen "Dorf" sind seine wirtschaftlichen Verhältnisse. Schon seit jeher beeinflusste und prägte die Wirtschaft im näheren und weiteren Sinn das Dorf. Arbeit und Verdienst sind die Grundlage jedes Gemeinwesens. Nur eine positive wirtschaftliche Situation schafft die Voraussetzungen für die Entwicklung und Erneuerung unserer Ortsgemeinden. Heimatverbundenheit kann nur dann entstehen, wenn genügend Arbeitsplätze, Wohnmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen sowie eine ausreichende Infrastruktur vorhanden sind.

Meine Damen und Herren,

der regionale Förderschwerpunkt Landentwicklung im Bereich Kusel zeigt deutlich, daß auch in den strukturschwachen Regionen des Landes neue Perspektiven und Chancen für die Entwicklung und Erneuerung unserer ländlichen Gemeinden bestehen.

Durch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für die Wirtschafts- und Agrarförderung, für die Verkehrspolitik, die Technologieförderung und nunmehr seit letzten Jahres auch für die Dorferneuerung sind die zentralen Instrumente zusammengefaßt worden, die - gebündelt und gezielt eingesetzt - den ländlichen Raum weiter voranbringen können.

Damit ist eine richtungsweisende Entscheidung für ein fortschrittlich organisiertes Strukturministerium getroffen worden.

Die entscheidenden Handlungsinstrumente sind im Interesse einer Politik für den ländlichen Raum zusammengeführt worden.

Die Landesregierung versteht sich als Partner der ländlichen Räume und setzt dabei auf die Ideen und Initiativen der Menschen in den ländlichen Räumen. Fast die Hälfte unserer Bevölkerung lebt im ländlichen Raum - 70 % unserer gesamten Landesfläche und faßt 90 % unserer Ortsgemeinden rechnen zu den ländlichen Gebieten.

Damit prägt der ländliche Raum sowohl im raumordnerischen und wirtschaftlichen als auch im sozialkulturellen Sinne wesentlich unser Bundesland.

Meine Damen und Herren,

wenn man vom ländlichen Raum und den Dörfern redet, werden allzu oft nur deren Schattenseiten dargestellt; der Strukturwandel in der Landwirtschaft, die sozialen und baulich-räumlichen Veränderungen, der Arbeitsplatzverlust. Die heute von Ihnen auf eine sehr ansprechende Art und Weise vorgestellten Maßnahmen und Konzepte zeigen jedoch, daß für die Zukunft der Dörfer berechnete Chancen bestehen. Es ist gerade die ortsspezifische, soziale und kulturelle Situation in den Dörfern mit ihrer Tradition an Festen und Vereinen, mit ihren Bauten und öffentlichen Plätzen die zur selbstgestaltenden Aneignung und zur aktiven Teilnahme an der Entwicklung des Gemeinwesens anregen.

Die aktive Teilnahme und der feste Wille zur Mitgestaltung an einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume waren für mich heute Nachmittag in Frohnhofen deutlich spürbar. Ich bitte Sie daher alle gemeinsam den eingeschlagenen Weg konsequent und mit Ausdauer weiterzuverfolgen.

Interkommunale Zusammenarbeit bei der gewerblichen Entwicklung der Verbandsgemeinde Kusel*)

Verbandsbürgermeister Alfred Kehl, Frohnhofen

1. Vorgeschichte

Nachdem sich bereits in den achtziger Jahren abzeichnete, daß die Vorhaltung von Gewerbegebiete in der Stadt Kusel ihrem Ende entgegen geht, befaßte sich die Verbandsgemeinde mit der Ausweisung eines neuen Industriegeländes. Es galt, Räumlichkeiten im Verbandsgemeindebereich zu finden, die für Ansiedlungswillige attraktiv sein sollten.

Im Gemarkungsgebiet der Stadt Kusel war dies nicht möglich. So fiel die Entscheidung nach längerem Suchen und Verhandeln schließlich auf das Gelände "Erlenhöhe" im Bereich der Gemarkung Konken.

Es zeigte sich sehr wohl, daß der Ankauf, die Erschließung und Vermarktung des vorgesehenen Gewerbegebietes für die Ortsgemeinde Konken finanziell und organisatorisch nicht zu verkraften war. So kam es schließlich in zahlreichen Verhandlungen zwischen den übergeordneten Behörden, der Verbandsgemeinde und den einzelnen Ortsgemeinden, speziell natürlich mit der Ortsgemeinde Konken dazu, daß zwischen der Verbandsgemeinde und der Ortsgemeinde Konken ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen wurde.

2. Inhalt des öffentlich-rechtlichen Vertrages

Im Kern dieses Vertrages geht es um folgende Dinge:

Aus Gründen einer Stärkung der regionalen Infrastruktur und aus Gründen der Schaffung neuer Arbeitsplatzmöglichkeiten ist die Vorhaltung einer größeren und zusammenhängenden Grundstücksfläche zwecks späterer Nutzung als Industrie- und Gewerbefläche innerhalb der Verbandsgemeinde unerlässlich.

Dadurch soll die Möglichkeit zur Ansiedlung kleinerer, mittlerer und auch größerer Industrie- und Gewerbebetriebe geboten werden.

Es liegt im ausschließlichen Interesse einer Verbesserung der derzeit überwiegend ländlichen Struktur, gerade hier in Konken an verkehrsmäßig günstiger Stelle (unmittelbarer Autobahnanschluß)

Gelände zur Neuansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben zu schaffen.

So tragen schließlich alle Gemeinden - einschließlich der Stadt Kusel - durch die Zahlung von Verbandsgemeindeumlage die entsprechenden Kosten für das neue Gewerbegebiet mit.

Die Ortsgemeinde Konken verpflichtet sich in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag, der Verbandsgemeinde alle Aufwendungen zu erstatten.

Die Gemeinde beginnt mit ihren Rückzahlungsverpflichtungen, sobald ihr Erträge aus den Investitionen zufließen. Die Rückzahlungsverpflichtungen an die Verbandsgemeinde enden mit dem Zeitpunkt, an dem die Aufwendungen vollständig getilgt sind. Dies wird sich natürlich über Jahrzehnte hinziehen. Eine wichtige Aufgabe der Ortsgemeinde Konken besteht darin - entsprechend der Vorgaben der Verbandsgemeinde -, für das dargestellte Gebiet einen rechtskräftigen Bebauungsplan aufzustellen.

3. Finanzierung

Natürlich wäre die Verbandsgemeinde Kusel alleine nicht in der Lage gewesen, dieses Gebiet, das immerhin über 20 ha Rohbauland umfaßt, ohne finanzielle Unterstützung von außen zu erwerben und zu erschließen.

Hier kam der Verbandsgemeinde die finanzielle Förderung des Grunderwerbs und der Erschließung aus Strukturhilfemitteln des Landes aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung zugute. Die Grunderwerbskosten wurden dabei mit rd. 20 % gefördert, die Erschließungsmaßnahmen mit 60 %.

Als sehr sinnvoll erwies es sich, nicht das gesamte Gebiet auf einmal zu erschließen, sondern abschnittsweise vorzugehen.

*) Redigierte Textfassung des Vortrags bei der Veranstaltung "Zukunft gewinnen für den ländliche Raum" am 27. Mai 1997

Ein Drittel des Gewerbegebietes ist mittlerweile voll erschlossen. Zur Zeit ist ein Ingenieurbüro damit beauftragt, die weitere Erschließung planerisch vorzubereiten.

4. Die aktuelle Situation

Mit dem Abschluß der Bauleitplanung Ende 1994 wurden die Arbeiten zur Erschließung des ersten Bauabschnitts vergeben, so daß am 20. Dezember 1994 der erste Spatenstich in diesem Gelände erfolgen konnte.

Abgeschlossen wurden die Erschließungsarbeiten für den ersten Bauabschnitt mit der Abnahme des Sicker- und Löschwasserbeckens Ende 1996.

Die Arbeiten für den landespflegerischen Ausgleich stehen noch aus. Diese sollen im Jahr 1997 durchgeführt werden.

Der ursprüngliche Kostenrahmen für die Erschließung, der aus dem Jahr 1993 stammt, wurde nur unwesentlich erhöht. Mittlerweile haben sich im ersten Bauabschnitt drei Betriebe angesiedelt.

Es handelt sich dabei um Unternehmen, die bereits in unserer Region bestanden haben und die Chance der Aussiedlung und damit der Vergrößerung genutzt haben.

Im einzelnen geht es um

- ☐ einen Fleischverarbeitungsbetrieb,
- ☐ ein Unternehmen, das Schädlingsbekämpfungsmittel herstellt und um
- ☐ einen Betrieb, der Videokassetten herstellt bzw. vertreibt.

Insgesamt werden in diesen Betrieben über 70 Arbeitsplätze vorgehalten, davon gut 60 Arbeitsplätze in Vollzeit und der Rest in Teilzeit.

Mittlerweile wurde eine weitere kleine Gewerbefläche im ersten Bauabschnitt verkauft. Es laufen Verhandlungen mit weiteren Ansiedlungswilligen auch für den zweiten Bauabschnitt.

5. Resümee

Die bisherige Erfahrung zeigt, daß trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Flaute die Entscheidung der Verbandsgemeinde durchaus richtig war, ein

größeres Gewerbegebiet vorzuhalten und zu erschließen.

Besonders die günstige Lage an der unmittelbaren Autobahnauf- und -abfahrt erweist sich als positiv. Eine realistische Chance besteht vor allem darin, daß produzierende Betriebe aus unserer Region eine Chance erhalten, auszusiedeln und sich entsprechend zu vergrößern.

Weitgehend problemlos läuft die Kooperation mit der Gemeinde Konken. Bei konkreten Verkaufsverhandlungen ist neben der Verbandsgemeinde Kusel auch die Gemeinde zu hören.

Sehr eng und harmonisch ist auch die Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung.

6. Perspektiven

Bei einem Besuch im Spätherbst 1996 haben uns Vertreter des Wirtschaftsministeriums ermuntert, die weitere Erschließung des Gewerbegebietes in Angriff zu nehmen, zumal konkrete Ansiedlungswünsche vorliegen.

Im Rahmen einer AB-Maßnahme sind wir im Augenblick dabei, über das Gewerbegebiet eine Informationsbroschüre zusammenzustellen.

Wir sind uns bewußt, daß es in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nicht leicht sein wird, auch Interessenten von außerhalb zu gewinnen. Hier bedürfen wir der weiteren Unterstützung der Landesbehörden und der Investitions- und Strukturbank.

Parallel zu unseren Anstrengungen um Gewerbeansiedlung bemühen sich die Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes gerade für Konken in enger Zusammenarbeit mit der Universität Kaiserslautern einen beispielhaften Bebauungsplan zu erarbeiten.

Die ländliche Bodenordnung im Verbandsgemeindegebiet Schönenberg-Kübelberg - Stand und Ausblick -

Vermessungsdirektor Bernd Scholz, Kaiserslautern

Die ländliche Bodenordnung wurde von den im Verbandsgemeindegebiet Schönenberg-Kübelberg für die Kommunalpolitik verantwortlichen Damen und Herren bereits in den sechziger und siebziger Jahren als notwendiges Instrument zur Landentwicklung und Förderung des ländlichen Raumes erkannt und im Konsens mit den vor Ort wirtschaftenden Landwirten zum Einsatz gebracht. Das Kulturamt Kaiserslautern hat hier einen längerfristig angelegten Arbeitsschwerpunkt; in allen sieben Ortsgemeinden des Verbandgebietes wurden und werden Bodenordnungsmaßnahmen durchgeführt, die hinsichtlich ihrer Bearbeitungsintensität entsprechend dem örtlichen Bedarf sorgfältig abgestuft sind.

In der Marktgemeinde Schönenberg-Kübelberg wurde 1980 ein 2.000 ha umfassendes integrales Flurbereinigungsverfahren mit der Einweisung in den Besitz der neuen Grundstücke vollzogen. Für die Feldlage standen die notwendigen Agrarstrukturverbesserungen im Vordergrund; für die in die Bodenordnung einbezogenen Ortslagen von Schönenberg, Kübelberg, Sand und Schmittweiler waren Verbesserungen der Infrastruktur und Förderung der regionalspezifischen Funktionen "Wohnen" und "Erholung" von besonderer Bedeutung. Im Verbund mit dem damaligen Zukunftsinvestitionsprogramm - dem Vorläufer des Dorferneuerungsprogrammes - wurden u. a. der Marktplatz und die Festweise sowie ein Bolzplatz und der Kerweplatz neu angelegt. Daneben wurden bodenordnerisch die Voraussetzungen geschaffen für den Neubau einer Mittelpunktschule sowie für Sportplatz-, Friedhofs- und Kläranlagenerweiterungen. In neun Baugebieten wurden 68 Bauplätze neu ausgewiesen. Die Flächen für den 15 ha großen Ohmbachstausee und die angrenzenden 30 ha Erholungsflächen für Liegewiesen, Campingplätze und Tennisplätze wurden arrondiert. Mit dem Ohmbachsee ist in dieser Region ein großzügiger Freizeit- und Erholungsbereich geschaffen worden, der sich heute auch als wichtiger Wirtschaftsfaktor darstellt.

In der Ortsgemeinde Ohmbach kam die ländliche Bodenordnung in abgestufter Form zum Einsatz. Für die Feldlage wurde zur Verbesserung der Agrarstruktur ein beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren bearbeitet mit Besitzübergang im Jahre

1988. Für die Ortslage wurde eine Dorfflurbereinigung durchgeführt, welche 1991 örtlich vollzogen wurde. Über die Dorferneuerung und die Bodenordnung in Ohmbach wird Herr Bürgermeister Jacquard im Anschluß an meine Ausführungen berichten.

Die Ortsgemeinden Brücken, Gries und Frohnhofen sind in den Jahren 1994 und 1995 als Investitions- und Maßnahmenswerpunkte der Dorferneuerung anerkannt worden.

In der Ortsgemeinde Gries wurde für die Feldlage bereits 1964 eine Zusammenlegung als sogenanntes Vorschaltverfahren durchgeführt. Seit dem vorigen Jahr ist für die Ortslage und die Talauen eine vereinfachte Flurbereinigung vorgesehen. Allerdings sind in der Gemeinde Gries noch Verhandlungen hinsichtlich der Akzeptanz der geplanten Bodenordnungsmaßnahmen notwendig, gegebenenfalls mit dem Ziel einer differenzierteren Abgrenzung des Bodenordnungsgebietes.

In den Ortsgemeinden Frohnhofen und Brücken wurden 1996 Dorfflurbereinigungen eingeleitet, in die auch das Ortsumfeld einbezogen wurde. Wie bereits die Vorgespräche zeigten, war breite Akzeptanz seitens der Grundstückseigentümer zu erwarten. Die Einleitungsbeschlüsse kamen ohne Widerspruch zur Rechtskraft. Die Zielsetzungen beider Verfahren beinhalten neben der Unterstützung der Dorferneuerung und Dorfentwicklung auch Maßnahmen des Naheprogrammes am Kohlbach und Ohmbach, die ich noch kurz aufzeigen will.

In beiden Ortsgemeinden wurden bereits im Vorfeld der Flurbereinigung Verhandlungen zum Grunderwerb geführt, die nunmehr durch das Kulturamt weitergeführt und rechtlich abgewickelt werden. Im Rahmen der Bodenordnung soll längs der Gewässer ein ausreichend bemessener Randstreifen in das öffentliche Eigentum ausgewiesen werden. Damit wird die Möglichkeit einer natürlichen Ge-

*) Referat anläßlich des Besuches von Herrn Staatssekretär Eymael im Landkreis Kusel, Ortsgemeinde Frohnhofen, am 27. Mai 1997

wässerentwicklung gefördert. Aber auch für den privaten Grundstückseigentümer werden durch ein Abrücken seiner Eigentumsflächen vom Gewässer Konfliktfelder beseitigt. Ein durch Wassererosion hervorgerufener Uferabriß beeinträchtigt dann nicht mehr Privateigentum; aufreibende Diskussionen mit dem Gewässerunterhaltungspflichtigen auf Wiederherstellung der Uferböschung gehören der Vergangenheit an. Für die gewässerunterhaltungspflichtige Verbandsgemeinde wird sich zukünftig die Gewässerunterhaltung in anderer Qualität darstellen, nämlich in einer umweltschonenden, weniger arbeitsintensiven und damit auch kostengünstigeren Art und Weise.

Der Grunderwerb für die Gewässerrandstreifen wird mit 80 % öffentlicher Mittel aus dem Naheprogramm gefördert. Die restlichen 20 % sind von der Verbandsgemeinde als Eigenleistung zu erbringen. In Höhe der Eigenleistungen kann eine Anrechnung auf das Ökokonto erfolgen, um damit andere Eingriffe kommunaler Maßnahmen, auch unter dem Gesichtspunkt eines schonenden Landschaftsverbrauches, auszugleichen.

In die vereinfachte Flurbereinigung Frohnhofen sind auch Talauenflächen des Kohlbaches der Ortsgemeinden Altenkirchen und Dittweiler miteinbezogen. In der Ortsgemeinde Brücken wurde 1996 ein eigenständiges Bodenordnungsverfahren zur Umsetzung des Naheprogrammes im Kohlbachbereich im vollsten Einvernehmen mit den beteiligten Grundstückseigentümern durchgeführt. Im Endziel wird durch ländliche Bodenordnung allein am Kohlbach in den vorgenannten vier Ortsgemeinden auf einer Länge von rd. sechs km ein beidseitiger Uferrandstreifen in das öffentliche Eigentum überführt und damit der Gewässerentwicklung im Sinne des Naheprogrammes zu wichtigen Impulsen verholfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und sehe mit Interesse den Ausführungen von Herrn Ortsbürgermeister Jacquard entgegen, der als Moderator entscheidend zum guten Gelingen der Dorfflurbereinigung Ohmbach beigetragen hat.



Abb. 1: Übersichtskarte der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg

Dorfflurbereinigung zur Unterstützung der Dorferneuerung in der Ortsgemeinde Ohmbach*)

Ortsbürgermeister Willi Jacquard, Ohmbach

Es freut mich sehr, daß ich heute die Möglichkeit habe, Sie meine Damen und Herren, über die Dorfflurbereinigung aus der Sicht der Ortsgemeinde Ohmbach zu informieren.

Zunächst möchte ich Ihnen kurz die Ortsgemeinde Ohmbach in der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg vorstellen:

- Erste urkundliche Erwähnung: 977, also 1020 Jahre alt.
- 875 Einwohner mit leichter Steigerungsrate.
- 390 ha Gemarkungsgröße mit 70 ha Wald.

Ohmbach ist eine landschaftlich schön gelegene Wohngemeinde mit zwei landwirtschaftlichen Voll-erwerbs- und einigen Nebenerwerbsbetrieben. Zur Versorgung der Bevölkerung sind eine Bäckerei mit Lebensmittel, eine Metzgerei, ein Blumenladen mit Postagentur, ein großes Autohaus mit Filiale in Kusel sowie kleinere Handwerksbetriebe vorhanden.

Es gibt einen zentralen Kinderspielplatz und eine schmucke Naherholungsanlage in den "Hühnerwiesen". Die Ortsgemeinde ist seit Sommer 1994 Eigentümer und Träger eines zweigruppigen Kindergartens, der zur Zeit von 38 Kindern besucht wird.

Die weithin sichtbare protestantische Kirche mit Turm aus dem 12. Jahrhundert mit einer historischen Orgel sowie die 1970 eingeweihte katholische Kirche prägen das Ortsbild entscheidend mit. Es herrscht ein reges Vereinsleben in unserer Gemeinde.

Nach der Durchführung einer agrarstrukturellen Vorplanung lud das Kulturamt Kaiserslautern zunächst 1984 alle Grundstückseigentümer zu einer Aufklärungsversammlung ein, um sie über ein 350 ha großes beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren im Acker-Grünland-Bereich unserer Ortsgemeinde zu informieren. Bei dieser Versammlung zeigte sich, daß sich der weitaus größere Teil der Grundstückseigentümer gegen ein Verfahren im Außenbereich aussprach, was zu einer Vielzahl von Beschwerden führte. Auch die Ortsgemeinde legte

Widerspruch gegen das Verfahren ein. Nach mehreren Verhandlungen der Orts- und Verbandsgemeinde mit Vertretern des Kulturamtes Kaiserslautern und der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz war klar, daß nur eine ganzheitliche Bodenordnung für die Orts- und Feldlage die notwendige Zustimmung der Eigentümer bringt. Man war schließlich bereit, auch ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren in der Ortslage durchzuführen, was letztendlich bewirkte, daß die Widerspruchsführer einschließlich der Ortsgemeinde, ihre Widersprüche zurückzogen.

Im Jahre 1985 wurde für den Bereich der Ortslage und der Ortsrandlage dann ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren zusätzlich zur Feldlage eingeleitet.

In Ohmbach bestand sehr starkes Interesse an einer Dorfflurbereinigung, da man in dieser Zeit ein Dorferneuerungskonzept erarbeitete, die Ortskanalisation erstmalig herstellte und die Ortsstraßen und sonstigen öffentlichen Verkehrsflächen neu ausbaute.

Die Dorfflurbereinigung hat eine Größe von 95 ha; davon 27 ha bebaute oder bebaubare Flächen und 48 ha landwirtschaftliche Nutzflächen.

363 Teilnehmer mit 1.202 Altflurstücken, deren 764 Neuflurstücke gegenüberstehen, sind im Verfahren beteiligt.

Die Ausführungskosten betragen 410.000 DM, die zu 90 % durch Zuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" abgedeckt werden.

Im Rahmen des Dorferneuerungskonzeptes wurden einige innerörtliche fußläufige Verbindungen und Parkplätze an den Friedhöfen abgemarkt und hergestellt, die ohne eine Bodenordnung kaum realisierbar gewesen wären.

*) Referat anlässlich des Besuches von Herrn Staatssekretär Eymael im Landkreis Kusel, Ortsgemeinde Frohnhofen, am 27. Mai 1997

Vor dem Ausbau aller Straßen und öffentlichen Verkehrsflächen im Rahmen der Dorferneuerung mußte wegen dringend notwendigem Grunderwerb mit fast allen Eigentümern entlang der Straßen hinsichtlich Bauerlaubnis verhandelt werden. Dies war durch die damals bevorstehende Flurbereinigung sehr viel einfacher. Die Entschädigung aller Eigentümer konnte über einen einheitlichen Preis von 10 DM pro Quadratmeter dann in der Bodenordnung erfolgen, der von allen Beteiligten akzeptiert wurde. Die vermessungstechnische und eigentumsrechtliche Behandlung der neu ausgebauten Gemeindestraßen und der Grunderwerb für diese Flächen, für den zentralen Kinderspielplatz, den neuen Kindergarten und die künftige Anlage eines Dorfplatzes, waren bei diesem Verfahren von großer Bedeutung, da die Vermessungen in einem Guß und damit auch kostengünstig bei einer Eigenbelastung von 120 DM pro Grundstück realisiert werden konnte.

In Ohmbach gab es viele Baulücken in den einzelnen Straßen und Gassen, die von ihrem Zuschnitt her nicht hätten bebaut werden können. Es war mir ein besonderes Anliegen dafür zu sorgen, daß viele dieser Baulücken einer Bebauung zugeführt werden, um ein Veröden und Ausbluten des Ortskerns und seiner direkten Umgebung zu verhindern.

Dies ist uns erfreulicherweise in der Dorfflurbereinigung gelungen. Ein großer Teil der ehemaligen Baulücken ist inzwischen geschlossen worden.

Aber auch die Verbesserung der Agrarstruktur kam durch das Zusammenlegungsverfahren und die Dorfflurbereinigung nicht zu kurz.

Die Arrondierung von Flächen an den Standorten landwirtschaftlicher Betriebe in der Orts- und Ortsrandlage tragen vor allem zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Betriebe bei. Die schwere Befestigung von etwa 5 km Feldwegen in beiden Verfahren, die Verbesserung eines Wegeanschlusses an die Feldlage durch die Anlage eines neuen Ortsausganges, die Beseitigung einer gravierenden Engstelle in einer Gemeindestraße, die Neutrassierung eines Hauptwirtschaftsweges zur Reduzierung der Steigungsverhältnisse sowie die Beseitigung einer gefährlichen Einmündung in die L 350 sind weitere Verbesserungen, vor allem für die Landwirtschaft. Als eine der wichtigsten Maßnahmen der Ohmbacher Dorfflurbereinigung betrachte ich die mit den Eigentümern einvernehmlich durchgeführte Umlegung der Flächen im Neubaugebiet "Auf dem Laimersbach". Das Gebiet umfaßt etwas mehr als zwei ha. Im Flächenabzug von 38 % ist auch ein Großteil der ökologischen Ausgleichsflächen enthalten.

Die übrigen Ausgleichsflächen wurden an anderer geeigneter Stelle bereitgestellt, was nur durch die ganzheitliche Bodenordnung möglich war.

Heute ist die Erschließung des Neubaugebietes fast abgeschlossen und die ersten fünf Häuser bereits bezogen. Weitere sind im Entstehen. Alle 19 Grundstücke sind bereits verkauft. Ohne die intensiven Bemühungen der Herren des Kulturamtes zusammen mit der Orts- und Verbandsgemeinde wäre uns die Realisierung dieses Baugebietes nicht gelungen.

Durch den Bau von zwei Rückhaltebecken und zwei Sickerbecken wurde auch ein Beitrag zur Verbesserung der Hochwassersituation in der Ortslage geleistet.

Bei der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" wurden etwa 1.000 Obstbäume, 100 Laubbäume und ca. 1.000 Sträucher an alle Teilnehmer zur Pflanzung ausgeliefert.

Die Planung und der Bau eines kombinierten Geh-, Rad- und Wirtschaftsweges von Ohmbach nach Herschweiler-Pettersheim durch die Talaue des Ohmbaches entsprechend den Zielvorstellungen des großräumigen Radwegenetzes konnte als sehr wichtige Maßnahme verwirklicht werden und wird von unserer Bevölkerung und der der umliegenden Orte sehr gut angenommen.

Dem Problem der wertgleichen Abfindung von Hof- und Gebäudeflächen kommt bei der Flurbereinigung in der Ortslage eine besondere Bedeutung zu. Daher war es vorrangig, die Akzeptanz der Maßnahmen bei den Beteiligten zu erreichen. Hierzu wurden von der Ortsgemeinde zusammen mit dem Kulturamt Einwohner- und Anliegerversammlungen sowie straßenweise Ortstermine durchgeführt, bei denen mit jedem einzelnen Anlieger der Sinn und Zweck der vorgesehenen Maßnahme und die für ihn möglichen Vorteile bei der Neuordnung seiner Grundstücke, wie z. B. eine Grenzbegradigung, die Beseitigung von Überbauten und anderen baurechtswidrigen Zuständen, sowie die Anpassung der neuen Flurstücksgrenzen an die örtlichen Gegebenheiten, besprochen wurden.

Als Ortsbürgermeister war ich intensiv in alle Verhandlungen über die Abmarkung der Hausgrundstücke und anderer wichtiger Entscheidungen eingebunden. Diese Verhandlungen erforderten zunächst zwar einen hohen Zeitaufwand, hatten jedoch den Vorteil, daß das Regulierungskonzept in den meisten Fällen bereits vor Beginn der eigentlichen Vermessungsarbeiten aufgestellt war und diese dann zügig und kostengünstig durchgeführt werden konnten.

Die vorläufige Besitzeinweisung erfolgte im Herbst 1991. Bei der Vorlage des Flurbereinigungsplanes im Frühjahr 1992 wurden 20 Widersprüche vorgebracht. Diese Widersprüche wurden zum Teil nach einer Überprüfung im Einvernehmen mit den Beteiligten erledigt. Lediglich zwei Widersprüche wurden der Spruchstelle vorgelegt, im Rahmen des Spruchverfahrens jedoch zurückgezogen.

Als Fazit der Dorfflurbereinigung in unserer Gemeinde möchte ich folgendes bemerken:

Mit der Dorfflurbereinigung steht den beteiligten Bürgern und der Gemeinde ein wichtiges und kostengünstiges Instrument der Bodenordnung im ländlichen Raum zur Verfügung. Die vollständige Bearbeitung des Verfahrens, die die Planung, das Baurecht, die Bauausführung und -aufsicht, die vermessungstechnische und eigentumsrechtliche Regelung und die Berichtigung der öffentlichen Bücher umfaßt, erfolgt durch die Hand einer Stelle, das zuständige Kulturamt. Was ich mir noch wünschen würde, wäre eine unmittelbare Änderung der Flurkarten und des Grundbuches, was nach meiner Meinung etwas schneller vonstatten gehen müßte.

Die Durchführung des Dorfflurbereinigungsverfahrens in Ohmbach mag nur als ein Beispiel dienen. Ein Beispiel, das für andere Gemeinden mit ähnlicher Problemstellung und ähnlichen Verhältnissen sicherlich nur als Anregung dienen kann. Der Erfolg eines Bodenordnungsverfahrens im sensiblen Bereich der Ortslage ist auch immer davon abhängig, ob es den Mitarbeitern des Kulturamtes zusammen mit der Ortsgemeinde und dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft gelingt, die betroffenen Grundstückseigentümer von dem Sinn und der Notwendigkeit der vorgesehenen Maßnahmen zu überzeugen und deren Bereitschaft zur Mitwirkung zu gewinnen.

Dies, so glaube ich sagen zu können, ist uns gemeinsam bei der Dorfflurbereinigung gut gelungen. Als Ortsbürgermeister und Mitglied des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft wurde ich vom Kulturamt stets über anstehende Maßnahmen und Probleme informiert und so war es uns möglich, die Probleme zur Zufriedenheit der Beteiligten zu lösen.

Ich möchte mich bei den zuständigen Damen und Herren der beteiligten Behörden, insbesondere natürlich bei den Damen und Herren des Kulturamtes Kaiserslautern, herzlich für die außerordentlich gute Zusammenarbeit bei den beiden in Ohmbach durchgeführten Bodenordnungsverfahren bedanken.

Ich weiß, daß ich manchmal auch ein unangenehmer Verhandlungspartner war, muß jedoch sagen, daß man sich von Seiten der Behörden mit der Zeit immer besser auf meine Art, das Verfahren zu begleiten, eingestellt hat.

In nächster Zeit werden weitere Dorfflurbereinigungen in unserer Verbandsgemeinde durchgeführt, u. a. in Brücken, Frohnhofen und Gries. Ich wünsche mir dabei ganz besonders, daß die zuständigen Damen und Herren des Kulturamtes zusammen mit der Teilnehmergeinschaft Brücken und meinem Ortsbürgermeisterkollegen Altherr dafür sorgen werden, daß zur Realisierung eines ordnungsgemäßen Geh- und Radweges zwischen Brücken und Ohmbach die notwendigen Flächen aus der Gemarkung Brücken bereitgestellt werden können.

Ich hoffe, daß danach endlich auch dieser dringend notwendige und sehr stark frequentierte Geh- und Radweg so schnell wie möglich in ausreichender Breite hergestellt werden kann.

Ich wünsche dem Kulturamt und den betroffenen Gemeinden auch bei künftigen Verfahren eine glückliche Hand und die richtigen Entscheidungen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ganzheitliche Dorferneuerungsplanung in der Schwerpunktgemeinde Frohnhofen*)

Thomas Weyrich, Frohnhofen

In der Kürze der mir vorgegebenen Redezeit unsere gesamte Dorferneuerungsplanung vorzustellen, ist eine schwierige Aufgabe, da wir uns in der Ortsgemeinde Frohnhofen schon seit zehn Jahren mit diesem Thema beschäftigen. Ich bitte Sie daher um Verständnis, daß ich die Dorferneuerungsplanung in meinem Vortrag lediglich kurz anreißen kann.

Es kommt mir darauf an, Ihnen zu dokumentieren, warum wir uns der Dorferneuerung als kommunaler Selbstverwaltungsaufgabe angenommen und uns mittels entsprechender Konzepte einen eigenen Handlungsrahmen gegeben haben. Außerdem möchte ich Ihnen veranschaulichen, welche Projekte bisher konkret umgesetzt werden konnten.

Gestatten Sie mir einleitend noch den Hinweis, daß ich in meiner Vortragsgliederung bewußt zwischen 1. und 2. Phase der Dorferneuerung differenziert habe, weil diese sich auch zeitlich und inhaltlich voneinander unterscheiden.

Lassen Sie mich anhand unseres Ortswappens ganz kurz etwas zu dem Thema Wirtschafts- und Sozialstruktur und deren Entwicklung sagen.

Frohnhofen gehört, wie viele andere kleinere Dörfer innerhalb unseres Landkreises, zum Typ der ländlichen Wohngemeinde, mit einer entsprechenden Unterversorgung an Arbeitsplätzen und einem hieraus resultierenden hohen Anteil an Auspendlern. Die Schmiedehämmer im Ortswappen stehen symbolhaft für die im benachbarten Saarland einstmals zahlreich vorhandenen Kohlengruben und Eisenhütten bzw. die heutigen metallverarbeitenden Industriebetriebe, in denen die meisten Frohnhofer Bürgerinnen und Bürger arbeiteten / arbeiten.

Ausgehend von der im Wappen stilisierten früheren Zehntscheune und den Kirschen, möchte ich auf den Problembereich Landwirtschaft zu sprechen kommen.

Die Bedingungen für die Landwirtschaft waren von jeher schlecht. Die Gründe hierfür sind vielschichtig; zu nennen wären insbesondere die problematische topographische Situation, die nicht idealen Witterungsbedingungen und eine fehlende Bodengüte.

Die Konsequenz hieraus war vor allen Dingen ein stetiger Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der Beschäftigtenzahlen.

1987 stand bereits fest, daß der einzige Haupterwerbsbetrieb aufgrund von Nachfolgeproblemen auslaufen würde. Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe hatte sich von 1970 bis 1987 von 12 auf 7 Betriebe nahezu halbiert. Im baulichen Bereich ergaben sich eine Reihe weiterer Folgeprobleme aufgrund einer stetig gestiegenen Zahl leerstehender ehemaliger Landwirtschaftsgebäude.

War der Süßkirschenanbau über Jahre hinweg noch eine willkommene Einnahmequelle, gerade für die Nebenerwerbsbetriebe, so verlor er doch schon Ende der 70er Jahre aufgrund eines Preisverfalles ebenfalls gänzlich seine Bedeutung.

Ich möchte die Problematik nicht näher vertiefen und nachfolgend anhand einiger Dias auf die weiteren Problemfelder eingehen.

Mit drei Bildern möchte ich kurz auf die Situation im Versorgungsbereich eingehen, die sich Mitte der 80er Jahre drastisch verschlechtert hatte.

Sie sehen zunächst die ehemalige Poststelle, dann die ehemalige Bankfiliale und zuletzt das heute noch vorhandene einzige Lebensmittelgeschäft, in das zwischenzeitlich eine Postagentur integriert wurde. Die mangelnde Tragfähigkeit dieser Versorgungseinrichtungen war ausschlaggebend dafür, daß die Poststelle und die Bankfiliale aufgegeben wurden und das einzige, die Grundversorgung sichernde Lebensmittelgeschäft, ebenfalls hätte schließen müssen, wenn sich kein Pächter für die Weiterführung gefunden hätte.

Frohnhofen lebt kulturell und sozial von seinen vielen Vereinen. In unserem Dorf gibt es ca. 12 bis 13 Vereine und Institutionen, wobei eine mehrfache Mitgliedschaft unserer Bürgerinnen und Bürger in diesen Vereinen durchaus üblich ist.

*) Redigierte Textfassung des Vortrags bei der Veranstaltung "Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum" am 27. Mai 1997

Die einzigen früher noch vorhandenen Versammlungsstätten, Gasthäuser mit Sälen, die in den nachfolgenden Bildern zu sehen sind, wurden bereits Mitte der 80er Jahre geschlossen, so daß die Durchführung kultureller Veranstaltungen stark eingeschränkt war. Eingeschränkt deshalb, weil das im nachfolgenden Bild erkennbare ehemalige Dorfgemeinschaftshaus, als Umbau der früheren Grundschule, für uns zu keiner Zeit als zufriedenstellende Lösung gesehen wurde. Ein regelmäßiger Gaststättenbetrieb und die Abhaltung größerer Veranstaltungen waren hier nicht möglich, so daß sich sehr schnell Unterhaltungsprobleme ergaben.

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß ich den einen oder anderen Problempunkt hier gar nicht ansprechen kann. Mit dem vorläufig letzten Bild will ich eigentlich nur dokumentieren, wie umfassend und eigentlich das kleinste Baudetail betreffend die Problemlage war und heute auch noch teilweise ist. Gleiches oder Ähnliches gilt im übrigen auch für den Bereich der Freiraum-Grüngestaltung.

Zusammenfassend möchte ich hier noch einmal folgendes feststellen:

Anlaß und Ausgangspunkt für die Dorferneuerungsplanung in der ersten Phase der Dorferneuerung waren eine Reihe von Problemfeldern und Detailproblemen, die zur Konsequenz hatten, daß unsere Gemeinde zunehmend an Attraktivität verlor, was sich sehr deutlich anhand einer Betrachtung der Einwohnerentwicklung belegen läßt. Zielsetzung für eine Erneuerungsplanung mußte es sein, diesen Mißständen entgegenzutreten und Lösungen für die Probleme aufzuzeigen und umzusetzen.

Neben der klassischen Erneuerungsplanung war auch eine Entwicklungsplanung, das heißt die Ausweisung neuer Bauflächen erforderlich, um modernen Wohnbedürfnissen Rechnung tragen zu können. Aus diesem Grunde wurde parallel zur Dorferneuerungsplanung auch ein Bebauungsplan für ein ca. 2,5 ha großes Neubaugebiet erstellt.

Als nächstes möchte ich Ihnen zeigen, was wir konkret in der ersten Phase der Dorferneuerung getan haben, um die anstehenden Probleme zu lösen.

Anhand eines von uns selbst entwickelten Kriterienkataloges war zunächst ein geeignetes Ingenieurbüro zu finden, das Anfang des Jahres 1987 mit der Erarbeitung einer Erneuerungs- und Entwicklungsplanung beauftragt wurde.

Mit einem Grobkonzept wurde zunächst die Anerkennung als Dorferneuerungsgemeinde entsprechend den damaligen Verwaltungsvorschriften be-

antragt. Dieses Grobkonzept bestand aus einem Textteil und vier Einzelplänen, wobei über Zielformulierungen hieraus ein zunächst ungeordneter Maßnahmenkatalog entstand.

1988 wurde Frohnhofen durch Bescheid des Regierungspräsidenten als Dorferneuerungsgemeinde anerkannt.

1989 konnte der Gemeinderat dann ein "vorläufig" endgültiges Erneuerungs- und Entwicklungskonzept beschließen, das aus dem Grobkonzept, einem ergänzenden Textteil, einem Gesamtkonzept mit einem nach sachlichen und zeitlichen Prioritäten geordneten Maßnahmenkatalog und - als Plan Nummer 7 - den gezeichneten planerischen Zielvorstellungen bestand.

Ich möchte Ihnen nun beispielhaft einige Dorferneuerungsprojekte in unserer Gemeinde vorstellen. Ich darf aber schon gleich darauf hinweisen, daß die Projekte, die ich zeige, nicht alle mit Dorferneuerungsmitteln gefördert wurden, sondern daß hier eine Vielzahl unterschiedlicher Fördertöpfe und Förderinstrumentarien zum Einsatz kamen. Die von mir bewußt gewählte "Vorher - Nachher" - Gegenüberstellung erspart, bis auf wenige Ausnahmen, die detaillierte Kommentierung.

Ich darf Ihnen zunächst ein kommunales Straßenbauprojekt vorstellen, den dorfgerechten Ausbau der Gemeindestraße Hungasse. Wie erkennbar wurde als Ausbauart eine Teerdecke mit Natursteinpflasterrinnen und Pflasterquerbändern gewählt und zusätzlich Hochgrün und eine Fassadenbegrünung gepflanzt. Die Gesamtkosten der Maßnahmen beliefen sich auf rd. 200.000 DM, wobei die Maßnahmen über Ausbaubeiträge der Anlieger, Dorferneuerungsmittel und einen Gemeindeanteil finanziert wurde.

Auch bei privaten Bauvorhaben zeigte sich bereits in der ersten Phase der Dorferneuerung zunehmend eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen der Baugestaltung, wobei, wie in den drei letzten Dias ersichtlich, nicht immer planerische Wunschvorstellung und tatsächliche Realisierung konform sein müssen. Wichtig ist letztendlich ein einigermaßen positives Ergebnis.

Das größte und wohl wichtigste Dorferneuerungsprojekt war der Neubau unseres Bürgerzentrums in der Ortsmitte. Wie Sie vielleicht schon selbst gesehen haben, ist dieses Gebäude multifunktional genutzt. Integriert ist ein Feuerwehrgerätehaus, die Gemeindebücherei und ein Schützenhaus mit Wettkampfbahnen für Luftgewehr und Luftpistole. Finanziert wurde dieses rd. 1,8 Mio. DM teure Bauvorha-

ben mit Investitionsstockmitteln des Landes, Mitteln des Landkreises, der Verbandsgemeinde, einem Anteil des Schützenvereins sowie den Eigenmitteln der Gemeinde. Offiziell eingeweiht wurde das Bürgerzentrum im Jahre 1995.

Zeitlich und inhaltlich kann hier auch die Grenze zwischen der ersten und zweiten Phase der Dorferneuerung gezogen werden.

Ich möchte damit überleiten zum zweiten Gliederungsteil meines Vortrages und damit zur zweiten Phase der Dorferneuerung kommen, in der wir uns aktuell befinden.

Aufgrund geänderter Rahmenbedingungen war es zunächst notwendig, neue Planungen zu erstellen. Wichtig war hierbei vor allen Dingen, unsere Bürgerinnen und Bürger nochmals für den Dorferneuerungsgedanken neu zu motivieren und den künstlich geschaffenen Ortsmittelpunkt nicht nur entsprechend zu gestalten, sondern auch mit Leben zu füllen. Die neue Verwaltungsvorschrift VV-Dorf hatte es uns ermöglicht, in einem vereinfachten Verfahren als Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt der Dorferneuerung im Jahre 1995 anerkannt zu werden. Damit war die Basis zur Beantragung von Zuschußmitteln und zur Vergabe weiterer Planungsaufträge geschaffen.

Ein Ingenieurbüro wurde deshalb mit der Erarbeitung einer Strukturplanung für den Ortsmittebereich beauftragt.

Daß wir als Gemeinde auch in der zweiten Phase der Dorferneuerung Projekte realisieren konnten, haben Sie alle selbst beim Zutritt zu unserem Bürgerzentrum gesehen. Die Umfeldgestaltung des Bürgerzentrums und die neue Buswartehalle auf der gegenüberliegenden Straßenseite sind Projekte, die erst vor kurzem abgeschlossen wurden.

Weitere kommunale Bauprojekte befinden sich in einer frühen Planungsphase, so daß ich es mir ersparen möchte, Ihnen diese detaillierter vorzustellen. Ebenso verzichte ich auf die Vorstellung einiger zwischenzeitlich realisierter privater Bauprojekte.

Worauf ich aber noch zu sprechen kommen will, sind unsere Aktionen im Sozial- und Kulturbereich. Um unsere Ortsmitte und vor allen Dingen unser Bürgerzentrum mit Leben zu füllen, haben wir in Zusammenarbeit mit unseren Vereinen und örtlichen Aktionsgemeinschaften ein Veranstaltungsprogramm entwickelt, das in einem jährlich erscheinendem Veranstaltungskalender abgedruckt ist. Gemeinsam mit unseren Vereinen und Institutionen wird nach sehr langer Pause nun jährlich wieder

ein Dorffest abgehalten, von dessen Erlös Material und Gegenstände wie zum Beispiel eine Großkaffeemaschine, Teller und Bestecke beschafft werden, die dann auch jeweils der Gemeinde und den einzelnen Vereinen kostenlos zur Benutzung zur Verfügung stehen. Das Dorffest ist zwischenzeitlich zu einem echten Besuchermagnet geworden, wie Sie auf den Bildern des Kinderspielfestes, Flohmarktes und der Computerbörse sehen.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß wir die Dorferneuerung nie als unnötige Last, sondern stets als Chance begriffen haben, als Chance unser Dorf weiter zu entwickeln und den Bewohnerinnen und Bewohnern in vielen Bereichen eine Lebensqualität zu schaffen und zu sichern, die die Dörfer wesentlich von den Städten unterscheidet.

Mit der Zeit haben sich die Inhalte der Dorferneuerung und die Schwerpunkte verändert. Sie hat neue Zielrichtungen bekommen und auch wir als Gemeinde haben uns diesen Veränderungen angepaßt.

Dabei war es nicht der Zwang der neuen Richtlinien und Vorschriften, sondern die von uns neu wahrzunehmenden Aufgaben und Interessen haben sich quasi als logische Schlußfolgerung und Abfolge der von uns zuvor durchgeführten Maßnahmen und Projekte ergeben. Mit dem Dorferneuerungskonzept hatten und haben wir ein Handlungsprogramm, das uns als Gemeinde irgendwie ständig motiviert hat, die erforderlichen Entwicklungsaufgaben im Dorf anzugehen.

Neben der eigentlichen Dorferneuerungsplanung gab / gibt es eine Reihe von Planungsverfahren und sonstigen Maßnahmen, auf die ich aus Zeitgründen hier nicht eingehen kann, die jedoch gerade für die Umsetzung konkreter Dorferneuerungsprojekte auch in unserer Gemeinde sehr oft unabdingbar waren. Zu nennen wären hierbei insbesondere der Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", die Dorfflurbereinigung, das Naheprogramm und aus dem Bereich der Fachplanungen die Verkehrswegeplanung.

Ich möchte damit überleiten zum Nachfolgeredebeitrag mit dem Thema "Bürgerbeteiligung und Dorfmoderation" und darf ausgehend von unseren Erfahrungen, die wir gemacht haben, feststellen, daß die Bürgerbeteiligung ein unverzichtbarer Bestandteil für jede Erneuerungs- und Entwicklungsplanung sein muß und daß nur durch eine breite Akzeptanz bei den Bürgern eine erfolgreiche Umsetzung der Planung möglich ist.

Für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit darf ich mich bedanken.

Dorfmoderation in der Schwerpunktgemeinde Frohnhofen*)

Dieter Zenglein, Frohnhofen

Dorfmoderation in Frohnhofen, einer der kleineren Gemeinden des Kreises Kusel mit rund 500 Einwohnern, das war zunächst einmal auch für den Moderator selbst ein gewisses Abenteuer. Oberste Maxime war und ist es dabei, die Einschätzung der Dorfbevölkerung zu ihrem Lebensraum Dorf herauszuarbeiten und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit dem Gemeinderat, bzw. dem erweiterten Dorferneuerungsbeirat, "Leitbilder" für die dörfliche Entwicklung zu entwerfen, neue Motivation zu einer positiven Erneuerung des Dorfes zu geben.

Das geschieht zum einen durch eine Unmenge an Einzelgesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, dann aber auch gezielt durch

- ☐ Organisation von Veranstaltungen zur Dorferneuerung
- ☐ Einrichtung von Arbeitsgruppen / -kreisen zu Schwerpunktthemen
- ☐ Unterstützung von örtlichen Initiativen.

Grundgedanke der Moderation ist es ja, über die Mittlerinstanz des Moderators möglichst viele soziale Gruppen einzubeziehen in den Prozeß der Dorferneuerung. Gemeinsam sollen dann Ideen zur Lösung örtlicher Probleme entwickelt werden.

Ein aktuelles Dorferneuerungskonzept liegt für Frohnhofen vor mit den Schwerpunkten:

- ☐ Erhaltung und Steigerung der Attraktivität des Ortsbildes (Ortskern, Bausubstanz, Ortseingänge)
- ☐ Erhaltung und Erweiterung des örtlichen Freiflächenpotentials (Streuobstwiesen, innerörtliche Begrünung)
- ☐ Stärkung der angestrebten Erholungsfunktion der Gemeinde im Rahmen einer touristischen Infrastruktur des Kreises Kusel (Kirschbaumblüte im Mai).

Es gab hinsichtlich der Aufgabenstellung bei Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit keine eingehenden straffen inhaltlichen Vorgaben. Die Moderation konnte sich so ganz den Einschätzungen und Bedürfnissen der Bürger anpassen.

Der Moderator hat sich dabei an folgenden Grundsätzen zu orientieren:

1. Er soll im Rahmen der Dorferneuerung möglichst viele Teilbereiche (Ökonomie, Ökologie, kulturelle, soziale Aspekte) und Bevölkerungsgruppen ansprechen;
2. er darf keine vorgefertigten Konzepte vorlegen; moderieren heißt hier vielmehr: Unterstützen, beraten, motivieren. Der Moderator hat also im wesentlichen die Ideen und Bedürfnisse der Bevölkerung aufzugreifen und er soll mithelfen, diese auf Durchführbarkeit zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu realisieren.
3. Ganz wesentlich ist der Aspekt der Kooperation; d. h.: der Moderator hat zusammenzuarbeiten mit allen an der Dorferneuerung beteiligten Gruppen. Er soll Hilfestellung leisten, damit diese Gruppen auch miteinander ins Gespräch kommen.
4. Grundsätzliches Motto sollte sein: "Das, was schon da ist, nutzen und 'dorfverträglich' gestalten".

Wie in vielen Parallelfällen im Kreis Kusel (etwa in Brücken, Nanzdietschweiler, Gries) wurde der Ablauf der Moderationsarbeit in die Abschnitte

- ☐ Kontakt- und Informationsphase
- ☐ Arbeitsphase
- ☐ Abschlußphase

untergliedert.

Zur Informationsphase gehörte die Teilnahme an einer jährlich stattfindenden Versammlung der Vereinsvertreter und eine knappe Vorstellung der Moderationsphase in diesem Gremium mit der Bitte um Mithilfe und Anknüpfen von Kontakten.

Im Ort selbst wurden, teils mit dem Ortsbürgermeister, wichtige Ortspunkte besichtigt, die bei der Dorferneuerung eine Rolle spielten.

*) Referat anlässlich des Besuchs von Herrn Staatssekretär Eymael im Landkreis Kusel, Ortsgemeinde Frohnhofen, am 27. Mai 1997

In einer Bürgerversammlung wurde nochmals die Dorferneuerung sowie das Konzept einer Moderation vorgestellt und an Hand von Fragebögen Bürgeransichten zu den komplexen Problemen / Schwächen und Stärken / Besonderheiten in der Gemeinde gesammelt. Diese Fragebögen wurden auch per Handzettel in den Haushalten ausgeteilt. So konnten erste Themenschwerpunkte festgelegt werden, die die Bürger interessieren.

In der ersten Phase der Moderation, der Informationsphase, wurde zunächst einmal eine Analyse der Dorfgeschichte durchgeführt. Es liegen hierzu bereits Vorarbeiten des Moderators aus anderem Zusammenhang vor. Es ist daran gedacht, diese neu gewonnenen Einsichten zur Dorfgeschichte und sozialen Struktur Frohnhofens in Form einer Broschüre zum Abschluß der Moderation auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auch Frohnhofen gehörte dabei zu denjenigen Dörfern, welche durch die Entstehung der Gruben und Eisenindustrie des benachbarten Saarlandes etwa seit Ende des 19. Jahrhunderts eine entscheidende soziale Veränderung durchgemacht haben. Die meist kleinbäuerlichen Betriebe, die früher dem Dorf das Gepräge gaben, wurden damals von Bergmannsbauernhäusern abgelöst, was sich bis heute noch in der Bausubstanz der älteren Ortsteile niederschlägt. Traditionell ist dabei in unserer westpfälzer Region das sogenannte "Einfirsthaus" - Wohnung, Stall und Scheune unter einem Dach - dominierend. Der Moderator hat in dieser Phase zu jedem Haus, das vor 1945 entstand, eine Detailuntersuchung vorgenommen. An Hand der im Kreis- und Verbandsgemeindearchiv vorfindlichen Unterlagen und Pläne, sowie durch Bürgerbefragung, wurde das Baujahr der Häuser, ihre Besitzgeschichte und der derzeitige bauliche Zustand festgehalten. Die Ergebnisse wurden auf Karteikarten fixiert und werden zur Zeit kartographisch ausgewertet. Im Laufe meiner Recherchen fand ich auch im privatem Besitz das alte Frohnhofer Lagerbuch - ein Vorläufer des Grundsteuerkastasters - aus dem Jahre 1721. Im Extremfall konnte so, dank der guten Überlieferungslage in Frohnhofen, die Baugeschichte eines Hauses von 1721 bis in die Gegenwart dokumentiert werden.

Insgesamt ist in der Westpfalz - anders als etwa im vorderpfälzischen oder rheinhessischen Raum - leider immer noch die Tendenz zu beobachten, daß die traditionell überkommene Bausubstanz in breiten Bevölkerungskreisen nicht die Wertschätzung genießt, die sie verdient. Die "Modernisierungswelle" der 50er und 60er Jahre hatte hier eine tiefgreifende Erschütterung traditioneller Lebens- und Denkweisen der ländlichen Bevölkerung zur Folge, wie sie sich im Umgang mit der überlieferten Bausubstanz widerspiegelt.

Es ist nicht zuletzt auch Aufgabe des Moderators, durch Einzelgespräche und Vorträge bei den Besitzern von Altbauten im Ortskern das Bewußtsein wieder wachzurütteln, für den Wert und die Einzigartigkeit dieser Gebäude. Er muß dafür Sorge tragen, daß sie diese Elemente ihrer gewachsenen Dorfgemeinschaft annehmen und Stolz darüber empfinden. Auch ist eine Begehung des Ortes geplant, bei der auf spezifische Besonderheiten der Frohnhofer Dorfstruktur an Ort und Stelle eingegangen werden kann.

Schwerpunkt der zweiten, der Arbeitsphase sind öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen zu aktuellen Themenschwerpunkten.

Diese mehr theoretischen Ausführungen werden durch Aktivitäten aus der Dorfgemeinschaft unterstützt. Aus dem bereits bestehenden Dorferneuerungsbeirat heraus, an dem neben den Gemeinderäten auch Vereinsvertreter und interessierte Bürger teilnehmen, konnten so Arbeitsgruppen gebildet werden, bei denen - je nach Themenschwerpunkt - der feste Kern von Aktiven durch weitere interessierte Mitbürger ergänzt wird.

So sind für den Sommer zwei Vorträge des Moderators vorgesehen, die sich mit "Bausubstanz in Frohnhofen früher und heute" und mit "Streuobstanbau im Kohlbachtal - Geschichte und ökologische Bedeutung" beschäftigen werden. Beide werden sich auf während der Moderationsphase aufgenommenes Dia-Material stützen. Gerade im Vortrag "Bausubstanz" wird es Aufgabe sein, bedeutsam auf die Bausünden vergangener Jahrzehnte einzugehen und die positive Funktion der gewachsenen Ortskerne für das Gesamtgefüge des Dorfes herauszuarbeiten.

Im Vortrag Streuobstwiesen soll auf die Einmaligkeit dieser Landschaft mit ihren ausgedehnten, planlagenartigen Süßkirschenbeständen und den noch intakten, aber allmählich überalterten dornnahen Streuobstwiesen hingewiesen werden. Die früher eigenständige Vermarktung durch eine Obstbaugenossenschaft ist zusammengebrochen, die letzten Jahre haben zudem witterungsbedingt große Ernteaufschläge gebracht, so daß ein Ende dieser Nebennutzung absehbar ist. Hier gilt es, zusammen mit interessierten Obstbauern und Vertretern der zuständigen Kreisbehörde, die Möglichkeiten einer Förderung und Wiederbelebung des Streuobstbaus zu erörtern. Natürlich muß hier der örtliche Obst- und Gartenbauverein einbezogen werden. In Zusammenarbeit mit diesem und eventuell auch dem Landfrauenverein sollen im Herbst Veranstaltungen wie Apfeltessen, Bestimmen alter Obstsorten durch einen Gartenbaufachmann, Obstkel-

tern, Latwegkochen usw. durchgeführt werden. Damit können zum Teil uralte Traditionen des Dorflebens neu geweckt werden, die sonst vom Untergang bedroht wären.

In enger Zusammenarbeit mit interessierten Bürgern und Vereinen ist eine Renovierung alter, für das Dorf einst bedeutenden Einrichtungen vorgesehen, z. B.

- ☐ die Renovierung des alten Dorfbrunnens in den Erlenwiesen
- ☐ Wiederherrichtung der alten Pumpstation der örtlichen Wasserversorgung ("Basseng")
- ☐ die Pflanzung eines Dorfbaumes (an Stelle der früheren, weithin bekannten, aber nicht standortgerechten "Frohnhofer Ficht")
- ☐ die Wiederherstellung, bzw. der Ausbau der alten Fußpfade rund ums Dorf zur Verbesserung der fußläufigen Anbindung.

In Gesprächen mit älteren Bürgern konnte der Moderator in Erfahrung bringen, daß noch in den 20er Jahren in Frohnhofen fast vor jedem Bauernhaus ein Hausbaum (Nußbaum, Roßkastanie, Linde) zu finden war. In einer gemeinsam mit dem Obst- und Gartenbauverein zu initiierten Aktion "Ich pflanze einen Hausbaum" soll versucht werden, hier die - immer noch recht erfreuliche - Durchgrünung des Dorfes noch zu verbessern.

Ein in Beratungsgesprächen und Bürgerversammlungen immer wieder genanntes Schwerpunktthema war das der Verkehrsproblematik.

Frohnhofen leidet, wie viele andere Orte auch, am Durchgangsverkehr, hier speziell auf der St. Wendelerstraße, an Rasern, an Verkehrslärm. Die Breitenbacher Straße, obwohl gesperrt für den Durchgangsverkehr, wird als kurze Verbindungsstrecke nach Breitenbach mißbraucht.

Planungsziele der Dorferneuerung sind hier etwa die Rückgewinnung des Straßenraumes als multifunktionaler Arbeits-, Abstell-, ja Aufenthalts- und Begegnungsraum der Bewohner.

Anfänge hierzu können gemacht werden durch

- ☐ die Schaffung einer ablesbaren klaren Straßenhierarchie, etwa durch die bauliche Absetzung von Straßeneinmündungen
- ☐ Straßenraumbegrünung: sowohl entlang der St. Wendelerstraße wie auch entlang der Binder-

straße und Neuer Weg sieht das Dorferneuerungskonzept straßenbegleitende Großbaumpflanzungen vor.

- ☐ Neuregelung und Entzerrung des flächigen Problempunktes Einmündung der Binderstraße in die St. Wendelerstraße. An dieser überdimensionierten Einmündung soll, in Absprache mit dem Straßenbaulastträger, eine Veränderung vorgenommen werden.

Es gibt daneben auch eine "innere Erschließung" des Dorfes, durch zum Teil schon jahrhundertealte Fußwege:

- ☐ der Klauspfad, der jeweils von der Hungasse und der Breitenbacher Straße ("Glahm") her zwischen Gärten und durch Wiesen zum alten Dorfbrunnen am "Neuwieser Bach" hinunterführt; auch er bedarf einer dringenden Renovierung,
- ☐ der (bereits ausgebaute) Stillpfad zwischen Binder- und St. Wendelerstraße,
- ☐ Pfade im Pferch bzw. Bawert, eigentlich drei, erhalten ist nur der längere, der an Ohligers Haus im Pferch von der Ortsstraße gleichen Namens abzweigt und durch die Gärten im Bawert zur Breitenbacher Straße / "Glahm" führt.

Die vorhandenen Fußwege sind in ein vorhandenes, innerörtlich gut vernetztes Fußwege- und Straßen-System eingebunden. Das innerörtliche Fußwegenetz kann durch die auf der Dorferneuerung aufbauende Dorfflurbereinigung ergänzt, bzw. ausgebaut werden.

Notwendig wäre es, vom neuen Bürgerzentrum aus, das ja mehr und mehr als neuer Dorfmittelpunkt angenommen wird, die erforderlichen Fußwegeverbindungen im Nord-Süd-Verlauf zu den bestehenden innerörtlichen Straßen herzustellen. Die Grundstücksbereitstellung erfolgt dann durch die Dorfflurbereinigung. Das innerörtliche, in Frohnhofen gottseidank noch vorhandene, Fußwegenetz wird so attraktiver, wird reaktiviert und sichert eine gute Erreichbarkeit der neu geschaffenen Ortsmitte.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Dorfmoderators liegt somit der Beratung bei der ökologischen Neu- bzw. Umgestaltung des Dorfmittelpunktes um das neue Bürgerzentrum am Kohlbach. Etwa der Idee einer Umgestaltung der bisher teils als Viehkoppel genutzten, teils aus aufgegebenen Gärten ohne Folgenutzung bestehenden angrenzenden Parzellen durch Anlage eines Dorfplatzes mit Dorfbaum, eventuell einem Dorfbrunnen, einem "Wappenstein" und Sitzbänken.

Unter dem Aspekt, daß das Dorf ja nicht nur aus dem bebauten Siedlungsareal besteht, sondern ebenso eine umfangreiche Gemarkung von 387 Hektar dazugehört, hat der Dorfmoderator zwei Exkursionen über die Frohnhofer Gemarkung vorgesehen, auf denen jeweils an besonderen Punkten kleinere Vorträge über die Geschichte der Gemarkung an Hand etwa der Flurnamen, über archäologische Funde und Kleindenkmäler, wie mehrere hundert Jahre alte wappengeschmückte Grenzsteine, Reste einstiger Landwehren und botanische sowie geologische Erläuterungen stehen. Eine Gemarkungskarte mit Wegenetz und Flurnamen wird an die Teilnehmer ausgegeben. Eine dieser Exkursionen fand bereits statt und erfreute sich eines regen Zuspruchs, durchaus auch von Neubürgern. Die zweite Exkursion soll nach Möglichkeit zusammen mit dem zuständigen Revierförster durchgeführt werden, um auf der walddreichen Frohnhofer Gemarkung etwa die Besonderheiten naturnahen Waldbaus auch dem interessierten Laien zu verdeutlichen.

Schließlich sollen in einer dritten Exkursion die Grenzen der Gemarkung begangen werden und so eine alte dörfliche Tradition wiederbelebt werden, die bis zum Ende der Feudalzeit auch in Frohnhofen ausgeübt wurde.

In Zusammenarbeit mit dem rührigen Pfälzerwaldverein, Ortsgruppe Frohnhofen, wurden Vorschläge zur Verbesserung des Wanderwegenetzes ausgearbeitet und zwar innerhalb der kleinräumlichen Einheit Kohlbahtal. Es wird zur Zeit vom Moderator eine entsprechende Karte für den "Kirschenland-Wanderweg" vorbereitet, auf der auch örtliche Besonderheiten wie der Dorfbrunnen, die ehemaligen Kalköfen am Alten Holzgehäu, die Kohlbauquelle mit ihren botanischen Besonderheiten, die keltischen Hügelgräber im Heidenbösch und die Hoheits-Grenzsteine im Ackerswald berücksichtigt werden sollen. Die genaue Planung der Routenführung erfolgt dann in enger Zusammenarbeit mit dem Pfälzerwaldverein.

Im Rahmen eines Arbeitskreises wird auch über die Möglichkeiten zur Einrichtung einer touristischen Infrastruktur zu reden sein.

Die begünstigte Lage der Gemeinde im Kohlbahtal, dem größten zusammenhängenden Streuobstgebiet des Kreises Kusel (Süßkirschenblüte im Mai) ist hier ein wesentlicher Standortvorteil. Auch der mitten im Wald gelegene Entenweiher mit PWV-Hütte, die umfangreichen Waldungen um die Kohlbauquelle, ein Zeltplatz und die Nähe zum Ohmbachsee mit seiner touristischen Infrastruktur wären hier zu nennen. Schwerpunkt der Moderation muß es

hier sein, auf die Schaffung von Fremdenzimmern und den Ausbau der Gastronomie hinzuwirken. Auch ein Vortrag eines fachkompetenten Referenten, etwa Herrn Dipl.-Ing. Weyrich, der sich ja schon etliche Jahre beruflich mit der Tourismusentwicklung im Kreis Kusel beschäftigt, ist in diesem Rahmen vorgesehen.

Zwei kleinere Ausstellungen über "Bauen und Ökologie" sowie "Unser Wasserhaushalt - Probleme und Chancen", die etwa am Dorffest in Frohnhofen eröffnet werden könnten, sollen die Bürger für diese Themenbereiche sensibilisieren.

Für das Dorffest wird ein Fotowettbewerb ausgeschrieben: Frohnhofen aus der Sicht heimischer Hobbyfotografen, wobei die Vorgaben so gering wie möglich bleiben sollen, um einen möglichst breiten Interessentenkreis zu erreichen.

Parallel dazu organisiert der Moderator eine Fotoausstellung: "Frohnhofen früher und heute" mit einer Sammlung älterer Fotos aus privaten Haushalten, zumeist Ansichten von einzelnen Häusern, Dorfansichten und Dorfleben, etwa "Kerb" und Arbeit in der Landwirtschaft. Hier kann bewußt das frühere und heutige Aussehen eines Hauses gezeigt werden, ohne daß zunächst groß gewertet werden muß, die Bilder sprechen für sich. Die Anlage einer solchen Bildersammlung hat sich als gutes Mittel zur Stärkung der Dorfgemeinschaft und zur Einbindung der Bevölkerung in den Prozeß der Dorferneuerung und Identifikation mit deren Zielen erwiesen.

Es muß eigentlich nicht gesondert erwähnt werden, soll hier aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben, daß während der gesamten Moderationsphase Beratungsgespräche mit Privatpersonen und Vereinsvertretern stattfinden, sobald sich hierfür eine Bedürfnis zeigt. Das Interesse an privater Förderung im Rahmen der Dorferneuerung, das in Frohnhofen bisher eher gering war, soll aber auch durch gezielte Ansprachen einzelner Hofbesitzer mit ortsbildprägender Bausubstanz und Verteilung von Informations-Broschüren über Fördermöglichkeiten, Zuschüsse etc. gesteigert werden.

Um auch die Schuljugend einzubinden, ist ein Gespräch mit Vertretern der zuständigen Grundschule Altenkirchen vorgesehen; in einer Art "Projektwoche" könnten dabei die Schüler an Grundgedanken und -intentionen der Dorferneuerung am Beispiel der Schwerpunktgemeinde Frohnhofen herangeführt werden.

Soviel zu einigen wesentlichen Aspekten der Dorfmoderation in Frohnhofen, die hier natürlich nur angerissen werden konnten.

Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte im Kreis Kusel - Modellprojekt kulinarische Landstraße -*)

Arno Haak, Kusel

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Fremdenverkehrs-Zweckverbandes im Landkreis Kusel gründeten Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte am 30.04.1996 eine Erzeugergemeinschaft zur Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte im Landkreis Kusel GdbR.

Neben einer Reihe von Beweggründen war vor allen Dingen für die Gründung der Erzeugergemeinschaft ausschlaggebend, das LEADER 2 Programm der EU und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, für die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte Konzeptionen zu entwickeln, die in einem 5b-Gebiet, wie dem Landkreis Kusel als förderungswürdig anerkannt werden.

In der Folge der Gründungsversammlung versuchten die Mitglieder der Erzeugergemeinschaft unter Mitwirkung des Fremdenverkehrs-Zweckverbandes des Landkreises Kusel sowie der Mitarbeiterinnen der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft in Kaiserslautern ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, das vor allen Dingen dem Anspruch gerecht wird, wie in der Präambel im Gesellschaftsvertrag formuliert:

"Im Rahmen der Durchführung des EU-Förderprogramms LEADER 2 Rheinland-Pfalz und zur Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produkte verfolgen verschiedene landwirtschaftliche Direktvermarkter im Landkreis Kusel das Ziel, durch Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte und Entwicklung kooperativer Vermarktungsinitiativen, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Touristikorganisationen des Landkreises Kusel, den Bekanntheitsgrad und das Bewußtsein der Verbraucher für die im Landkreis hergestellten Produkte zu fördern".

Letztendlich entschieden wir uns, unter Mitwirkung von Fachleuten, das Projekt "Die kulinarische Landstraße" zu entwickeln und mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten durchzuführen.

Nach mehreren Monaten der Vorarbeit ist es uns gelungen, am 26. April 1997 während des Mannheimer Maimarktes die kulinarische Landstraße im Kuseler Musikantenland der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Es weist folgende Rahmenbedingungen auf:

Um die Produkte der landwirtschaftlichen Erzeuger aus ihrer Anonymität herauszuholen, bedarf es einer zusammenhängenden Darstellung, dem Verbraucher, wie bei einem Markenprodukt üblich, eine Herkunfts- und Qualitätsdefinition zu geben.

Dies ist nicht nur in der Satzung der Erzeugergemeinschaft beschrieben.

Um ein Großteil der Produkte dem Verbraucher näher zu bringen, mußte eine Form gefunden werden, die es ihm ermöglicht, diese Produkte auch genießen zu können während er für eine kurze Zeit im Landkreis Kusel unterwegs ist.

Von daher haben wir eine verbindende Komponente mit in das Projekt aufgenommen und zwar die intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit gastronomischen Betrieben.

Alle gastronomischen Betriebe, die an dem Projekt der kulinarischen Landstraße teilnehmen, bieten ihren Gästen über eine separate Karte "Die kulinarische Landstraße, Spezialitäten aus der Region", erzeugt durch Mitglieder der Erzeugergemeinschaft und beworben im Einkaufsführer kulinarische Landstraße im Musikantenland Kusel.

Alle Ortsgemeinden im Landkreise Kusel, die einen Hotel- und Restaurationsbetrieb oder einen Betrieb der Erzeugergemeinschaft in ihrer Gemeinde haben, werden in ein geplantes Leitsystem miteinbezogen, das durch Hinweisschilder an Straßen, Hotels, Restaurants und Bauernhöfen auf die kulinarische Landstraße hinweisen.

In dem Einkaufsführer ist weiterhin eine aufklappbare Karte des Landkreises Kusel installiert, aus der der Betrachter entnehmen kann, welche Kreis-, Land- oder Bundesstraßen im Landkreis Kusel ihn an Hotels, Restaurants, Bauernhöfen vorbeiführen, die am Projekt "kulinarische Landstraße" beteiligt sind.

*) Kurzreferat anlässlich des Besuches von Herrn Staatssekretär Eymael im Landkreis Kusel, Ortsgemeinde Frohnhofen, am 27. Mai 1997

Das Modellprojekt "kulinarische Landstraße" startete am 26. Mai 1997,

- ❑ mit sechs Hotels, zehn Restaurants, sechs Erzeugern (Rind und Schwein), zwei Erzeugern (Damwild), einem Erzeuger (Pferd), 1 Erzeuger (Geflügel), drei Erzeugern (Schaf und Ziege), zwei Erzeugern Getreideprodukte, einem Erzeuger Honigprodukte, einem Weinbaubetrieb, einer Stutenmilchfarm, sechs Brennereibetrieben;
- ❑ zwei landwirtschaftlichen Betrieben mit Urlaub auf dem Bauernhof, einer Interessengemeinschaft Korb vom Kuseler Land (bäuerliche Geschenkkörbe mit selbsterzeugten landwirtschaftlichen Produkten aus dem Landkreis Kusel);
- ❑ sowie dem Fremdenverkehrs-Zweckverband Kusel, der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt der Landwirtschaft in Kaiserslautern.

Die kulinarische Landstraße stellt sich in den nächsten Wochen und Monaten der Öffentlichkeit vor durch Messen, Bauernmärkte im Kreis und außer-

halb, Gemeinschaftsauftritte sowie der Mund-zu-Mund-Werbung mit den Privatkunden.

Die Erzeugergemeinschaft landwirtschaftlicher Produkte im Landkreis Kusel GdbR hat mit allen anderen Projektteilnehmern vereinbart, ein einheitliches Signet zu verwenden, das eine Verbindung herstellt zum Kuseler Musikantenland, um zu erwartende Synergieeffekte nutzbar zu machen.

Wir hoffen, mit diesem Projekt einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Landwirtschaft in unserer Region, zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und zu einem weiteren Ansteigen der Gästezahlen in unserem Landkreis beitragen zu können.

Ich würde mich sehr freuen, wenn in nächster Zeit sich weitere Betriebe aus der Landwirtschaft oder der Gastronomie unserem Projekt "kulinarische Landstraße" anschließen, weil wir jetzt am Start zu einer möglichen Entwicklung stehen. Die Chance ist jetzt. Sie ist schneller vertan, als sie geschaffen wurde. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung.

Beteiligung von Naturschutzverbänden in Bodenordnungsverfahren

Baudirektor Dr. Claus-Rainer Hess, Mainz

Bereits Anfang der Achtziger Jahre wurden umweltpolitische Forderungen laut, die nach § 29 BNatSchG anerkannten Naturschutzverbände in Verwaltungsverfahren, die Auswirkungen auf Natur und Landschaft haben können, stärker zu beteiligen (1). Für den Bereich der Bodenordnung im Bundesland Rheinland-Pfalz wurden die gesetzlichen Mitwirkungsrechte durch eine Verwaltungsvorschrift im April 1985 erweitert (2).

Befürchtungen, diese Regelung werde eine immense Verzögerung der Bodenordnungsverfahren nach sich ziehen (3), haben sich - abgesehen von Einzelfällen - nicht bewahrheitet. Vielmehr ist festzustellen, daß sich die erweiterte Beteiligung der Naturschutzverbände prinzipiell bewährt und vielfach zu einer Verbesserung der Planung geführt hat. Diese Erfahrungen waren ausschlaggebend dafür, an der erweiterten Verbandsbeteiligung im wesentlichen festzuhalten, als von Seiten der Politik und des landwirtschaftlichen Berufsstandes die zu lange Dauer vieler Verfahren beklagt und Vereinfachungen und Beschleunigungen der Verfahrensabläufe gefordert wurden.

1. Reorganisation der Verfahrensabläufe

Die Verfahrensdauer der Bodenordnungsverfahren hat sich im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte erheblich verlängert. Wesentliche Ursachen sind die infolge der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen gestiegene Planungsdauer und -intensität, Verzögerungen durch Einflüsse von Fremdplanungen, intensivere Abstimmungsgespräche und Arbeitsvorgänge zur Neueinteilung des Grundbesitzes, erhöhte Ansprüche an die Qualität der technischen Unterlagen sowie erhebliche Verzögerungen durch Zustimmungsvorbehalte, zusätzliche Termine und umfassendere Abstimmungsverfahren.

Bei der Verkürzung der Dauer von Bodenordnungsverfahren hat die Wahl der Verfahrensart besondere Bedeutung. Die Leitlinien "Ländliche Bodenordnung"

1) BMI, 1981

2) MinBl. 1985, S. 211

3) Kraffert, NLKV, H. 8/1987

(4) sehen daher vor, anstelle der sehr zeit- und arbeitsaufwendigen Bodenordnungsverfahren nach §§ 1, 37 FlurbG vermehrt beschleunigte Zusammenlegungsverfahren nach § 91 FlurbG und vereinfachte Flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG durchzuführen.

Durch Weiterentwicklung der Automation, Delegation von Aufgaben auf die unteren Flurbereinigungsbehörden, verstärkte Anwendung von Verfahrenskombinationen, Zusammenfassung von Abstimmungsterminen usw. soll die Dauer der Verfahren von der Anordnung bis zum Besitzübergang um etwa zwei Jahre heruntergesetzt werden. Erste Erfahrungen belegen, daß dieses Ziel nicht unrealistisch ist.

Zur Abstimmung komplexer Regelungsbereiche (z.B. infrastrukturelle Maßnahmen, Prüfung der Umweltverträglichkeit) war es in der Vergangenheit unumgänglich, in den Verfahrensablauf zusätzliche Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren einzuführen. So waren zum Beispiel vor der Reorganisation bei einem einfachen Zweitflurbereinigungsverfahren mit kleineren Ausbaumaßnahmen die untere Naturschutzbehörde und die Wasserwirtschaftsverwaltung in kurzer zeitlicher Abfolge je sechsmal zu Verhandlungsterminen einzuladen. Bei Planänderungen und Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung kamen weitere Termine hinzu. Entsprechend häufig wurden auch die Naturschutzverbände beteiligt (5), die vielfach nicht in der Lage waren, zu den zahlreichen Terminen einen Vertreter zu entsenden. Diese Erfahrungen waren Anlaß dafür, bei der Reorganisation der Verfahrensabläufe auch das Verfahren für die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände zu straffen.

2. Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung

Vor der Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens wird in der Regel eine projektgebundene Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) durchgeführt, die an die Stelle der früher üblichen Agrarstrukturellen Vorplanung (AVP) getreten ist. In der AEP werden die entwicklungsbestimmenden Vorgaben der Land- und Forstwirtschaft aufgezeigt und Vorschläge für die Durchführung agrarstrukturverbessernder Maßnahmen erarbeitet. Dabei wird auf die Erhaltung und Entwicklung einer vielfältig strukturierten Kulturlandschaft nicht zuletzt auch aus agrarökologischen Gründen großer Wert gelegt.

Landespflegerische Erhebungen werden im wesentlichen auf der Grundlage vorliegender Planungen durchgeführt (u.a. Biotopkartierung, Landschaftsplanung in der Bauleitplanung, Planung vernetzter Biotopsysteme, Gewässerpflege- und -entwicklungs-

pläne). In Einzelfällen werden auch eigene Erhebungen (z.B. Biotoptypenerfassung und -bewertung) durchgeführt. Diese Erkenntnisse bilden zusammen mit den Stellungnahmen der Naturschutzbehörden und der Naturschutzverbände die Grundlage für die Entwicklung landespflegerischer Zielvorstellungen für das Planungsgebiet.

Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen der Naturschutzverbände war in der Vergangenheit so bemessen, daß für örtliche Erhebungen und Kartierungen mindestens eine Vegetationsperiode zur Verfügung stand. Diese Regelung wurde aufgehoben; stattdessen werden die Naturschutzverbände nunmehr über die Durchführung der AEP unterrichtet und zu einem Ortstermin eingeladen. In diesem Ortstermin werden mögliche Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung sowie die landespflegerischen Ziele und Maßnahmen erörtert, die in die AEP übernommen werden sollen. Dieser Termin ist aus Sicht der Naturschutzverbände insofern äußerst bedeutsam, als hier im Vorfeld der Planung die Möglichkeit besteht, "Insiderwissen" mitzuteilen und die sich hieraus für die Gestaltung des AEP-Gebietes ergebenden Konsequenzen zu erörtern. Die Möglichkeit, sich schriftlich zu äußern, besteht im übrigen weiterhin. Hinweise zu einem möglichen Bodenordnungsverfahren, zur zweckmäßigen Abgrenzung des Verfahrensgebietes, zur Verfahrensart usw. müssen der Flurbereinigungsbehörde allerdings spätestens zwei Wochen nach dem Ortstermin vorliegen, um in der AEP, deren Bearbeitungszeit im Zuge der Reorganisation auf drei Monate beschränkt wurde, berücksichtigt zu werden.

Die Neuregelung der Verbandsbeteiligung bei der Aufstellung der AEP bedeutet zweifelsohne eine Schlechterstellung im Vergleich zur früheren Regelung insbesondere in zeitlicher Hinsicht; Erhebungen vor Ort sind praktisch nicht mehr möglich. Es stellt sich allerdings die Frage, ob umfassende Erhebungen vor Ort, wie sie in der Vergangenheit von den Naturschutzverbänden nicht selten durchgeführt wurden, überhaupt noch erforderlich sind, um landespflegerische Zielvorstellungen zu formulieren und die Umweltverträglichkeit absehbarer Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zu beurteilen. Die Frage wurde auf der Verwaltungsseite verneint. Als Begründung wurde einmal angeführt, daß das Ausbauvolumen bereits in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen und eine weitere Reduzierung in den künftig vermehrt durchzuführenden beschleunigten Zusammenlegungsverfahren und vereinfachten

4) MWVLW 1995

5) Emig, RdL 1985, S. 169

Bodenordnungsverfahren zu erwarten sei. Andererseits liegen inzwischen landespflegerische Daten und Planungen flächendeckend vor. Dies gilt in Rheinland-Pfalz für die landesweit abgeschlossene Biotopkartierung ebenso wie für die Planung vernetzter Biotopsysteme und - weitgehend - die kommunale Landschaftsplanung. Erste Erfahrungen deuten darauf hin, daß die vorliegenden Grundlagen in der Regel ausreichen, um den landespflegerischen Teil der AEP ohne aufwendige Erhebungen in der Örtlichkeit zu bearbeiten.

In begründeten Fällen können die Flurbereinigungsbehörden von der Durchführung einer projektgebundenen AEP absehen. Dies gilt zum Beispiel für Bodenordnungsverfahren nach §§ 91 oder 86 FlurbG, in denen die Ziele aus agrarstruktureller Sicht eindeutig vorgegeben sind und die Durchführung der AEP verwaltungsökonomisch nicht sinnvoll wäre. Um eine umweltverträgliche Durchführung eines beabsichtigten Bodenordnungsverfahrens sicherzustellen, wurde aber festgelegt, daß der landespflegerische Teil der AEP in jedem Fall unter Beteiligung der Naturschutzbehörden und der Naturschutzverbände zu bearbeiten ist.

3. Bodenordnungsverfahren

Die Beteiligung der Naturschutzverbände in Bodenordnungsverfahren bleibt im Vergleich zur früheren Regelung nahezu unverändert. Nach wie vor erhalten die Verbände nach Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens einen Abdruck des Flurbereinigungs- bzw. Zusammenlegungsbeschlusses. Auch bleibt die Möglichkeit bestehen, bereits zu Beginn des Planaufstellungsverfahrens, also zum Zeitpunkt der Erörterung der allgemeinen Grundsätze zur zweckmäßigen Neugestaltung des Verfahrensgebietes, die zur Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sinnvollen und notwendigen Hinweise und Vorschläge in den Planungsprozeß einfließen zu lassen. In einem sog. "Grünen Termin", der unmittelbar vor dem Termin nach § 38 FlurbG anberaumt wird, erörtert die Flurbereinigungsbehörde mit den Naturschutzverbänden die Ergebnisse der landespflegerischen Bestandsaufnahme und -bewertung sowie die landespflegerischen Planungsgrundsätze und Entwicklungsziele für das Verfahrensgebiet.

Dieser Erörterungstermin mit den Naturschutzverbänden ist auch für den Fall vorgesehen, daß die Flurbereinigungsbehörde auf die Durchführung des Termins nach § 38 FlurbG verzichtet und stattdessen die Träger öffentlicher Belange (TÖB) über schriftliche Stellungnahmen an der Aufstellung der Planungsgrundsätze und Entwicklungsziele betei-

ligt. Im Falle eines hohen Koordinierungsbedarfs kann die Flurbereinigungsbehörde am Grundsatztermin mit den TÖB festhalten. Unabhängig davon, wie sich die Flurbereinigungsbehörde entscheidet, ist sichergestellt, daß die umweltrelevanten Belange von den Naturschutzverbänden gegenüber der planenden Behörde zu einem Zeitpunkt vorgebracht und erörtert werden, in dem noch keine detaillierte und damit zumeist auch schon mehr oder weniger "zementierte" Planung vorliegt. Die Effizienz dieses Termins kann erheblich gesteigert werden, wenn hieran auch die untere und obere Landespflegebehörde beteiligt werden. Hier erzielte Lösungen bilden die Basis für eine beschleunigte Weiterführung des Bodenordnungsverfahrens.

In Verfahren mit Aufstellung eines Wege- und Gewässerplanes nach § 41 FlurbG übersendet die Flurbereinigungsbehörde den Naturschutzverbänden einen Auszug aus dem Plan (Text und Karte) mit dem Hinweis, daß der Plan bei der Flurbereinigungsbehörde eingesehen werden kann. Die Naturschutzverbände haben Gelegenheit, zu dem Plan innerhalb eines Monats schriftlich Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahmen werden zeitnah vor der Anhörung der Träger öffentlicher Belange (Termin nach § 41 Abs. 2 FlurbG) mit den Naturschutzverbänden erörtert. Darüberhinaus werden die Stellungnahmen der Naturschutzverbände zusammen mit dem Plan der oberen Flurbereinigungsbehörde vorgelegt, die ihrerseits entsprechend § 41 Abs. 3 FlurbG einen Planfeststellungsbeschluß erläßt oder den Plan nach § 41 Abs. 4 FlurbG genehmigt.

In Verfahren mit Planfeststellung stellt die obere Flurbereinigungsbehörde den Naturschutzverbänden einen Abdruck des Planfeststellungsbeschlusses mit Rechtsbehelfsbelehrung zu. Wird auf eine Planfeststellung verzichtet und der Plan stattdessen genehmigt, teilt die Flurbereinigungsbehörde den Naturschutzverbänden mit, daß der Plan von der oberen Flurbereinigungsbehörde genehmigt worden ist. Bei wesentlichen Änderungen und Erweiterungen des Wege- und Gewässerplanes erfolgt die Beteiligung der Naturschutzverbände wie bei der Planfeststellung (s.o.). Entscheidungen der Planfeststellungs- bzw. Genehmigungsbehörde werden den Naturschutzverbänden formlos mitgeteilt.

In Verfahren, in denen die Aufstellung eines Wege- und Gewässerplanes nicht vorgesehen ist, werden die vorgesehenen Maßnahmen der Bodenordnung in der Regel in einem Ausbauplan dargestellt. Dieser wird den Naturschutzverbänden vor Bekanntgabe des Flurbereinigungs- bzw. Zusammenlegungsplanes schriftlich oder in einem Termin zur Kenntnis gegeben. Sofern ein Erörterungstermin stattfindet, wird von der Flurbereinigungsbehörde eine Nieder-

schrift erstellt, die den Naturschutzverbänden übersandt wird. Diese Regelung gilt für alle genannten Erörterungstermine und entspricht der bislang geübten Praxis.

4. Umweltverträglichkeitsprüfung

Nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) unterliegen die Schaffung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sowie die Änderung, Verlegung oder Einziehung der vorhandenen Anlagen der Umweltverträglichkeitsprüfung, soweit dafür eine Planfeststellung nach § 41 FlurbG erforderlich ist (Nr. 14 der Anlage zu § 3 UVPG). Das Bundesland Rheinland-Pfalz führt eine Umweltverträglichkeitsprüfung in allen Bodenordnungsverfahren mit Ausnahme des freiwilligen Landtauschs durch und entspricht damit den gesetzlichen Forderungen des BNatSchG bzw. den hieraus entwickelten Naturschutzgesetzen der Länder. So fordert das rheinland-pfälzische Landespflegegesetz (LPfIG), vor Zulassung eines Eingriffes anhand einer Darstellung der vorgesehenen Veränderungen zur Umweltverträglichkeit darzulegen, daß Beeinträchtigungen soweit als möglich vermieden und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch bestimmte Maßnahmen ausgeglichen werden (§ 5 Abs. 4 LPfIG). Hieraus folgt ohne Zweifel, daß Maßnahmen der Bodenordnung unabhängig von der Art der behördlichen Zulassung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen sind (6). Darüberhinaus fordert der Planungsausschuß für Agrarstruktur und Küstenschutz in den Grundsätzen für die Förderung der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) eine Überprüfung, ob und wie die vorgesehenen Bodenordnungsmaßnahmen umweltverträglich durchgeführt werden können (7).

Den Naturschutzverbänden ist es also unbenommen, sich bereits zum Zeitpunkt der AEP bzw. auch kurz nach Einleitung des Bodenordnungsverfahrens zu Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu äußern. Vorliegende Stellungnahmen zeigen allerdings, daß häufig überzogene Forderungen nach Untersuchungen einzelner Umweltfaktoren erhoben werden, die nach dem UVPG nicht entscheidungserheblich bzw. für den Verfahrensträger nicht zumutbar sind. Bodenkundliche und/oder klimatologische Gutachten in Bodenordnungsverfahren mit nur geringem Ausbauräumen dürften regelmäßig nicht entscheidungserheblich und damit unvereinbar mit § 6 Abs. 3 u. 4 UVPG sein. Auch die Naturschutzverbände müßten zugestehen, daß die vorliegenden landespflegeischen Daten aus Biotopkartierung, Biotopsystemplanung und kommunaler Landschaftsplanung im Regelfall ausreichen, vorgesehene Eingriffe in Natur und Landschaft beurteilen und angemessene Kompensationsmaßnahmen festlegen zu können.

5. Fazit

Auch nach der Reorganisation und Beschleunigung der Verfahrensabläufe in der Bodenordnung hält das Bundesland Rheinland-Pfalz an einer umfassenden Beteiligung der nach § 29 BNatSchG anerkannten Naturschutzverbände fest, die trotz einiger Änderungen nach wie vor weit über die im BNatSchG vorgesehenen Beteiligungsfälle hinausgeht. In allen Verfahrensarten - Ausnahme: freiwilliger Landtausch - erfolgt eine verfahrensbegleitende Beteiligung, die bereits bei der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) einsetzt.

In der Vergangenheit litt die Effektivität der Verbandstätigkeit häufig darunter, daß in den Bodenordnungsverfahren nicht realisierbare Forderungen erhoben und gesetzlich normierte Bestimmungen einseitig ausgelegt wurden. Hierzu gehört u.a. das Abwägungsgebot, das die Flurbereinigungsbehörden verpflichtet, landwirtschaftliche und landespflegerische Zielsetzungen gegeneinander abzuwägen und zu einem Kompromiß zusammenzuführen. Die finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung landespflegerischer Planungen wurden in der Vergangenheit erheblich verbessert. Gleichwohl ist es - insbesondere in Gebieten mit negativer Bodenbilanz - schwierig bis unmöglich, die erforderlichen Grundstücke bereitzustellen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Verfahrensbeteiligten von Sinn und Notwendigkeit geforderter Naturschutzmaßnahmen häufig nicht überzeugt sind und ihnen ablehnend gegenüberstehen. Hier kommt den Naturschutzverbänden die Aufgabe zu, gemeinsam mit der Verwaltung durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung auf ein verändertes Bewußtsein hinzuwirken.

In Rheinland-Pfalz sind bislang insgesamt 10 Verbände nach § 29 BNatSchG anerkannt worden. Entsprechend vielfältig fallen die Stellungnahmen aus; auch widersprüchliche Forderungen werden erhoben. Diesen Zustand zu ändern, muß kurzfristiges Ziel aller Beteiligten sein. Hilfreich wäre es, wenn die Naturschutzverbände auf Länderebene übergeordnete Verbandseinheiten oder Arbeitsgemeinschaften bilden würden. Zudem muß die Schulung der für den Bereich der Bodenordnung zuständigen Verbandsmitglieder ausgeweitet werden, um einen halbwegs gleichen Wissenstand zu erreichen, der ein wichtiges Merkmal für eine noch wirkungsvollere Verbandsbeteiligung darstellt.

6) Hess, RdL 1985, S. 85

7) Bundestagsdrucksache 13/4349

Anforderungen moderner Rübenanbauverfahren an künftige Flurstrukturen

- "Runder Tisch" diskutiert praxisbezogene Aspekte der Ackerzweitbereinigung -

Leitender Regierungsdirektor Dr. Willy Schuy, Worms

Wenn über Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Ackerbaus diskutiert wird, rückt der Aspekt "Senkung der Produktionskosten" zunehmend in den Vordergrund, wie auch eine Reihe neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen hierzu belegt. Leider schenken die Landwirte diesem Thema nicht immer die notwendige Beachtung. Aus gutem Grund hat daher beispielsweise auch der Verband der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer bei seinen Fachversammlungen in den letzten Jahren das Thema "Kosteneinsparung bei der Rübenanbau" in den Vordergrund gestellt.

Einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Produktionskosten im Ackerbau kann besonders im hiesigen, von der Erbsitte der Realteilung geprägten Raum die ländliche Bodenordnung mit dem Instrument der Ackerzweitbereinigung liefern. In Rheinhessen als einem der agrarischen "Gutstandorte" Deutschlands müssen neuerliche Bodenordnungsmaßnahmen zur Anpassung an die geänderten agrartechnischen Erfordernisse in nächster Zeit in größerem Stil erfolgen, will man den Anschluß an andere, vergleichbare Regionen mit besseren Flurstrukturen nicht verpassen. Um diese Ackerzweitbereinigungsverfahren bedarfsgerecht durchführen zu können, ist es für das ausführende Kulturamt wichtig, die Anforderungen der Praxis an die künftigen Flurstrukturen (Schlaggrößen, Furchenlängen, Wegenetze ...) zu kennen. Aus diesem Grunde fand auf Anregung des Kulturamtes Worms bei der Südzucker AG in Offstein ein Meinungsaustausch zu diesem Themenbereich statt. Am "Runden Tisch" saßen rund 30 Teilnehmer: Landwirte, Vertreter von Rode- und Transportgemeinschaften und Lohnunternehmen sowie Vertreter des Verbandes der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer, der Südzucker, der Landwirtschaftskammer und des Kulturamtes Worms. Nach Begrüßung durch den Direktor der Gebietsdirektion West der Südzucker AG, Manfred Kröhl, wurde in einführenden Kurzvorträgen das Thema zunächst aus verschiedener Sicht beleuchtet.

Ernst Wechsler, Vorsitzender des Verbandes der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer formulierte die Vorstellungen seitens des Verbandes an die künftigen Flurstrukturen:

- Die erfolgreichen Bemühungen der Vergangenheit zur Reduzierung der Festkosten beim Zuckerrübenanbau (u. a. durch verstärkte Nutzung überbetrieblicher Zusammenarbeit einschließlich Maschinenringe, Gründung von Rode- und Transportgemeinschaften) können durch die schlechten Flurstrukturen in weiten Teilen Rheinhessens nicht im gewünschten und notwendigen Umfang realisiert werden. Ungünstige Wegenetze, unwirtschaftliche Schlaggrößen und -formen in Verbindung mit zu geringen Furchenlängen bedingen höhere Kosten. Die Schaffung angepaßter, zeitgemäßer Flurstrukturen wird auch von den Rode- und Abfuhrunternehmen gefordert. Dies ist spätestens dann ein Thema, dem sich die Landwirtschaft ernsthaft stellen muß, wenn aus Kostengründen z. B. Mindestabfuhrmengen je Schlag festgelegt werden sollten.
- Ziel muß sein, zu größeren Wirtschaftseinheiten zu gelangen (5 ha und mehr) mit längeren Furchen und einseitigem Anschluß an einen bedarfsgerechten, befestigten Weg. Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles sind Bodenordnungsverfahren (unter Einbeziehung des "Freiwilligen Landtausches"). Dabei muß das Hauptziel Agrarstrukturverbesserung sein und bleiben. Soweit "ökologische" Ziele im Rahmen der Bodenordnung umgesetzt werden (müssen), hat dies in jedem Falle "landwirtschaftsverträglich" zu erfolgen.

Anschließend legte der Leiter des Kulturamtes Worms, Dr. Willy Schuy, die Möglichkeiten der Bodenordnung zur Verbesserung der Flurstrukturen dar:

- Rund 95 % des rheinhessischen Ackerlandes sind erstbereinigt (i. d. R. "klassisch"). Diese Verfahren liegen teilweise 60 und mehr Jahre zurück. Verfahren, deren Besitzübergang vor mehr als 30 Jahren erfolgte, gelten betriebswirtschaftlich als abgeschlossen. Bei diesen erfolgte die Neuordnung noch nach den Erfordernissen tierischer Zugkräfte, was bedeutet: Furchenlängen zwischen 150 und maximal 200 m, durchschnittliche Besitzstückgrößen zwischen 1 und maximal 2 ha, zu engmaschiges Wegenetz (wobei meist jeder zweite Weg befestigt wurde). Die rasante Weiter-

entwicklung der Agrartechnik in den letzten 30 Jahren (Stichwort: moderne Rübenanbauverfahren) erfordert eine bedarfsgerechte Anpassung der Flurstrukturen. Damit angesprochen ist die Notwendigkeit der Ackerzweitbereinigung in Rheinhessen als neue "Generationsaufgabe".

- Das Kulturamt Worms hat konkrete Vorstellungen bezüglich der Durchführung künftiger Ackerzweitbereinigungen. Die Verfahren müssen sich an den Grundsätzen "einfach - schnell - umweltschonend - kostengünstig" orientieren. Diese sind in Rheinhessen umsetzbar durch

- den Einsatz der angemessenen Verfahrensart (schwerpunktmäßig beschleunigte Zusammenlegungen ohne komplette Neuvermessung),
- Verzicht auf schwere Wegebefestigungen in größerem Umfang,
- Verdoppelung der Furchenlängen durch Herausnahme entbehrlicher unbefestigter Zwischenwege und gleichzeitig
- straffe Zusammenfassung des zersplitterten Grundbesitzes.

Verfahren dieser "neuen Art" dürfen von der Einleitung bis zum Besitzübergang nicht länger als 2 bis maximal 3 Jahre (je nach Schwierigkeitsgrad im Einzelfall) dauern. Die Ausführungskosten sollten im Normalfall die Schwelle von 1.200 DM / ha nicht überschreiten. Bis zu diesem Betrag gewährt das Land 90 % Zuschuß. Lediglich die restlichen 10 % (120 DM / ha) haben in diesen Fällen die Verfahrensteilnehmer in Eigenleistung aufzubringen. Bei teuren Verfahren mit umfangreichen Wegebefestigungen wird für den die 1.200 DM / ha-Schwelle überschreitenden Anteil als Bemessungsgrundlage für die Eigenleistung der durchschnittliche Hektarwert der Gemarkung herangezogen. Verpächter können weitere finanzielle Vergünstigungen bis zur völligen Kostenfreistellung in Anspruch nehmen.

Schließlich ging Karl Riedesser von der Landwirtschaftskammer Bad Kreuznach der Frage nach, wie weit angepaßte Flurstrukturen zur Kosteneinsparung beim Rübenanbau führen. Anhand von Modellrechnungen für einzelne Betriebe hat er den Zusammenhang zwischen Schlaggrößen und Kosten der Bewirtschaftung untersucht. Die vorgetragenen Ergebnisse (unterschiedlich je nach Betriebsform und -typ) sind beeindruckend:

- deutliche Gewinnsteigerung,

- erhebliche Einsparung beim Arbeitsaufwand,
- qualitativ verbesserte Erträge,
- Erhaltung von Marktanteilen durch Schaffung größerer Wirtschaftseinheiten.

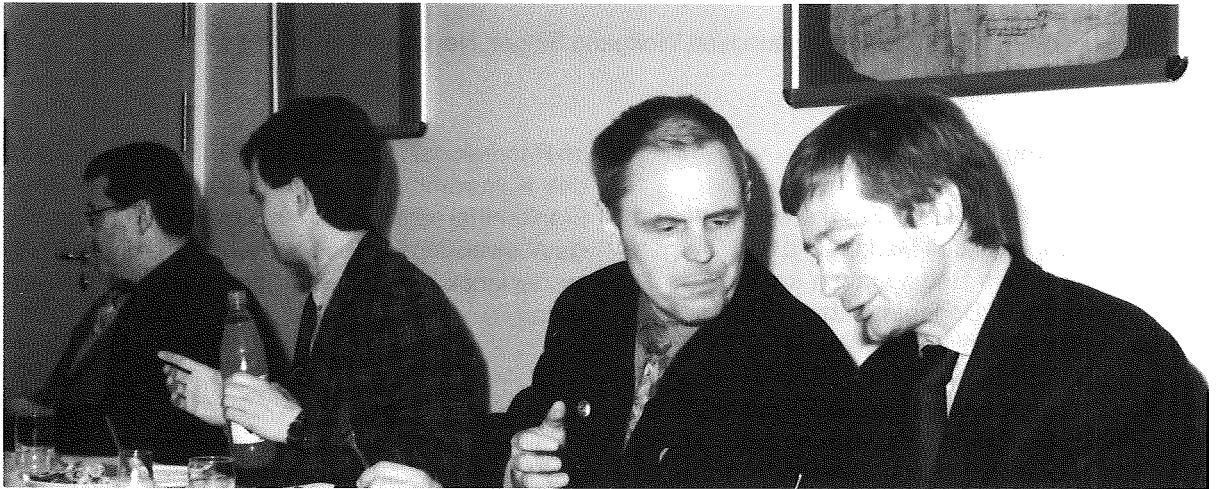
Mit den Vertretern der Praxis wurde anschließend insbesondere über optimale künftige Schlaggrößen, Furchenlängen, Wegenetze sowie die Verbesserung der Akzeptanz von Bodenordnungsverfahren vor Ort diskutiert. Es bestand weitestgehend Konsens über das Erfordernis einer großräumigen Ackerzweitbereinigung in Rheinhessen. Dabei muß sich - als eine simple Erkenntnis - die Neuordnung der Gemarkungen an den jeweiligen örtlichen Ansprüchen der Landwirtschaft ausrichten (z. B. unterschiedliche Furchenlängen je nach überwiegender Anbauart; bedarfsgerechte Wegebefestigung, d. h. auch Schotterung anstelle schwerer Befestigung).

Das Resümee der Erörterungen formulierte abschließend der Geschäftsführer des Verbandes der Hessisch-Pfälzischen Rübenanbauer, Christian Land:

- Aus ökologischer Sicht müssen Ackerzweitbereinigungen durchgeführt werden; die Einsicht der Landwirtschaft in diese Notwendigkeit muß noch verbessert werden.
- Ängste aus Sicht der Landwirtschaft gegenüber Bodenordnungsverfahren bestehen in möglichen Flächenverlusten durch Ansprüche Dritter (insbesondere Kommunen) sowie einer "Störung" des Pachtmarktes mit der Folge befürchteter höherer Pachtpreise nach der Bodenordnung.
- Die Interessen von "Ökonomie" und "Ökologie" müssen in der Bodenordnung auf dem Wege des Kompromisses unter einen Hut gebracht werden (Umsetzung ökologischer Ziele in landwirtschaftsverträglicher Art und Weise).
- Die Diskussion mit Praktikern "am runden Tisch" zu Fragen der Ackerzweitbereinigung in Rheinhessen wird begrüßt und soll fortgesetzt werden mit dem Ziel, deren Ergebnisse in die Praxis hinauszutragen nach dem Motto "global denken, lokal handeln".

Direktor Kröhl von der Südzucker AG forderte das Kulturamt Worms auf, trotz aller Probleme und Schwierigkeiten bezüglich der Frage der Ackerzweitbereinigung "am Ball" zu bleiben, sich durch die zum Teil noch sehr kontroverse Diskussion innerhalb der Landwirtschaft zu diesem Thema nicht entmutigen zu lassen und weiterhin die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten. "Die Weichen für die Zukunft müssen jetzt gestellt werden".

Einige Teilnehmer des "Runden Tisches"



v.L. Ernst Wechsler, Christian Lang, Dr. Willy Schuy, Manfred Kröhl



Kulturamt



Praktiker

Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Almengraben-Studernheim

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt a. d. W.

1. Einleitung

Die Region Ludwigshafen / Frankenthal zählt zum Intensivanbaugebiet des Marktfruchtbaus. Die günstigen klimatischen Bedingungen im Bereich der Rheinauen und die Bodenfruchtbarkeit haben zum Anbau von Sonderkulturen geführt.

Die Nachfrage nach Ackerland auf Pachtbasis in der Gemarkung Studernheim ist relativ groß. In Studernheim gibt es derzeit 12 Haupterwerbslandwirte.

Der Zustand des Wegenetzes ist relativ gut. Fast alle Grundstücke können über befestigte Wege erreicht werden. Teile des Gebietes der Gemarkung Studernheim sind stark parzelliert. Eine Zusammenfassung von Grundstücken bei teilweisem Einzug von Wegen kann zu einem großen agrarstrukturellen Erfolg führen.

Im Jahre 1993 wurde vom Gewässerverband Isenach-Eckbach ein Gewässerpflege- und Entwicklungsplan für den Unterlauf der Isenach im Bereich des Rheins aufgestellt. Demnach sollen die Bachauen renaturiert und durch Landankauf mit einem Gewässerrandstreifen versehen werden. Außerdem ist eine "Grüne Verbindung der Isenach zum Altrhein" vorgesehen.

2. Der Ruf nach Flurbereinigung

Im Januar 1994 wandte sich der Naturschutzbund Deutschland (NABU) mit der Bitte an das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, in der Gemarkung Studernheim ein Flurbereinigungsverfahren mit landschaftspflegerischer Zielsetzung einzuleiten. Begründet wird dies damit, daß entlang des Grabensystems Gewässerrandstreifen fehlen. Dies führe oft dazu, daß von den Landwirten die Gräben zugefüllt und mit bewirtschaftet werden oder daß Standorte von Bäumen und Büschen, wenn diese abgängig sind, in die landwirtschaftliche Nutzung übergehen. Die ehemals intakte Vernetzungsstruktur ging so im Laufe der Jahre verloren. Auch die Stadt Frankenthal -Untere Landespflegebehörde- kam sehr schnell zu der Einsicht, daß der Interessenskonflikt Landwirtschaft und Landespflege nur mit dem Instrument der Flurbereinigung gelöst werden kann. Im Laufe des Jahres 1994 kamen so die ersten Kontakte des Kulturamtes mit dem Planungs- und Umweltausschuß der Stadt Frankenthal zustande.

Im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung hatte das Kulturamt in Zusammenarbeit mit der Stadt Frankenthal sehr schnell ein Konzept erarbeitet, wie die Ausweisung von Biotopschutzflächen im Einklang mit der landwirtschaftlichen Intensivnutzung erfolgen kann.

3. Vorverhandlungen

Die Landwirte stellten sich anfangs gegen ein Flurbereinigungsverfahren. Durch privaten Tausch und Pachtgrundstücke konnten sie schon ohne Neuordnung der Grundstücke große zusammenhängende Flächen bewirtschaften. Im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung konnte erst nach langen Verhandlungen Einigung mit den Landwirten erzielt werden. Eine Einigung war aber nur dadurch möglich, daß schon vor Einleitung

- ☐ ein relativ konkretes insbesondere mit allen beteiligten Behörden und den Haupterwerbslandwirten ausgehandeltes Wege- und Gewässernetz erarbeitet wurde,
- ☐ schon sichergestellt wurde, daß die erforderlichen Landespflegeflächen unentgeltlich von der Stadt Frankenthal zur Verfügung gestellt wurden,
- ☐ die Kosten schon hinreichend genau ermittelt wurden.

4. Das Vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Almengraben-Studernheim

Mit Beschluß des Kulturamtes Neustadt a. d. W. vom 1.3.1996 wurde das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Almengraben-Studernheim mit einer Verfahrensfläche von 155 ha nach § 86 FlurbG angeordnet. Studernheim ist ein Stadtteil der kreisfreien Stadt Frankenthal.

Die für das Planungsgebiet angestrebte Entwicklung als eines Landschafts- und zugleich Wirtschaftsraumes kann am wirkungsvollsten mit den Zielsetzungen der kommunalen Flächennutzungsplanung in einem Bodenordnungsverfahren umgesetzt werden. Durch gezielte Flächenausweisungen der Flächen der Stadt Frankenthal können die landespflegerischen Zielvorstellungen mit den ökonomischen Er-

fordernissen wie Zusammenlegung und günstige Flurstücksform flächenhaft in Einklang gebracht werden. Durch die Neuanlage von weiträumigen landespflegerischen Vernetzungsstrukturen sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Erholungswert der Landschaft verbessert werden.

Mit dem vorgesehenen überregionalen Biotopverbund soll ein stabiles Agrarökosystem aufgebaut, auf Dauer gesichert und ein Beitrag zum Artenschutz geleistet werden.

Durch den Wegfall von Wegen können die Schlaglängen an die zukünftigen Bewirtschaftungsbedürfnisse angepaßt werden. Da im Verfahren noch keine bodenordnerischen Maßnahmen durchgeführt wurden, ist zumindest in Teilen des Verfahrensgebietes eine nachhaltige Verbesserung der Agrarstruktur zu erwarten.

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Zuge des Verfahrens sind nicht vorgesehen.

Die landespflegerischen Maßnahmen orientieren sich im wesentlichen an folgenden, im Gewässerpflegeplan aufgestellten Zielen:

1. Erhaltung der vorhandenen Landschaftselemente
2. Schaffung eines vernetzten, überregionalen Biotopverbundsystems
3. Verbesserung der Gewässerschutzfunktion
4. Aufwertung des Orts- und Landschaftsbildes

Die Fläche zur Schaffung der Biotopvernetzung stellt die Stadt Frankenthal unentgeltlich zur Verfügung.

Es handelt sich dabei um eine Fläche von ca. 15 ha. Die Flächenbereitstellung erfolgt fast ausschließlich auf landwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Die Beseitigung von Landschaftselementen ist nur geringfügig und die vorgesehenen Maßnahmen sind aus der Sicht der Landespflege mit einem nur minimalen Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 4 Landespflegegesetz verbunden. Deshalb wurde mit der fachaufsichtlichen Prüfung nach 2.6.2 PlafeFlurb vom 16.10.1996 (zugleich fachaufsichtliche Prüfung nach 2.6.1 PlafeFlurb) unter Bezugnahme auf Punkt 3 des Schreibens des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 6.12.1994 dem Kulturstamt die Genehmigung erteilt, auf die landespflegerische Bestandsaufnahme und Bewertung zu verzichten.

5. Besonderheiten bei der Planung

Die Planung stand weitestgehend unter dem Stern der knappen Mittel, das heißt, es mußten die Rahmenbedingungen eingehalten werden, die im Aufklärungstermin gegeben wurden:

- ☐ die Eigenleistung der Beteiligten wird von Dritten übernommen
- ☐ den Beteiligten darf kein Landabzug entstehen.

Ein Großteil des Verfahrensgebietes liegt in Wasserschutzgebieten, die im Jahre 1967 festgelegt wurden. Die in den Wasserschutzgebieten festgelegten Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung hätten eine Neuordnung nach wirtschaftlichen Grundsätzen nicht unwesentlich erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Zum Glück werden die Festsetzungen des Wasserschutzgebietes gem. § 14 LWG im Jahre 1997 durch Zeitablauf außer Kraft gesetzt, da die Brunnen zur Trinkwasserversorgung nicht mehr genutzt werden.

Der Vorstand der Teilnehmergeinschaft hatte nun, nachdem die Vorteile eines Flurbereinigungsverfahrens bekannt waren, neue Vorstellungen zur Optimierung der Gewannenstruktur und zur Gestaltung des Flurbereinigungsgebietes. Die Verhandlungen mit dem Vorstand gestalteten sich als nicht ganz einfach, da den Neugestaltungswünschen aus finanziellen Gründen Grenzen gesetzt wurden. Schließlich kam der Vorstand zu der Einsicht, daß es falsch war, die Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens davon abhängig zu machen, daß die Beteiligten, außer der Stadt keine Kosten tragen dürften. Damit waren den Wünschen der Landwirte enge Grenzen gesetzt.

Da die vom Vorstand gewünschten Änderungen mit erhöhten Ausführungskosten verbunden waren, mußte erneut mit der Stadt wegen der Bereitstellung von finanziellen Mitteln als Ersatz für die Eigenleistung der Beteiligten verhandelt werden. Die Stadt Frankenthal war schließlich bereit, die Eigenleistung der Beteiligten in Höhe von 40.000 DM zu übernehmen. Da dies immer noch nicht ausreichend war, wurde mit der Jagdgenossenschaft verhandelt, die weitere 10.000 DM zur Verfügung stellt. Parallel dazu wurde mit der Bezirksregierung verhandelt. Dabei wurde folgendes vereinbart:

Gemäß Punkt 9.6.2 der VV-FördFlurb vom 25. Nov. 1995 werden konkret benannte Ausbaumaßnahmen zu 100 % aus Landeshaushaltsmitteln finanziert, da sie in unmittelbarem Zusammenhang mit Maßnahmen zur Neuausweisung, Sicherung und Wiederher-

stellung von Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege stehen.

Nicht zuletzt wegen der erforderlichen Verlegung von Bewässerungsleitungen sind die geplanten Ausführungskosten trotz weitestgehend unverändertem Wegenetz mit 3.300 DM pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche relativ hoch.

Ein weiteres Problem gestaltete sich mit den 15 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die die Stadt Frankenthal unentgeltlich zur Neuausweisung der Landespflegeflächen zur Verfügung stellt. Diese Pachtflächen werden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen, so daß bei einem sofortigen Nutzungsentzug für die Landwirtschaft Härten entstehen würden.

Im Plan nach § 41 FlurbG werden deshalb landespflegerische Flächen mit unterschiedlichem Besitzübergang ausgewiesen. Der Verlust von Pachtflächen wird durch die zeitliche Entzerrung somit für die Landwirtschaft verträglicher gestaltet.

6. Zusammenfassung

Das vorgestellte Modell ist das Ergebnis von verbindlichen Verhandlungen vor Einleitung des Verfahrens. Das Gelingen des Verfahrens ist insbesondere dem gegenüber Kompromissen aufgeschlossenen landespflegerischen Sachbearbeiter der Stadt Frankenthal zu verdanken.

Voraussetzung zum Gelingen einer solchen Planung ist überhaupt die Bereitschaft, andere Denkmodelle aufzugreifen und der Wille zum Erfolg. Einvernehmliche Vorstandsbeschlüsse kamen nur dadurch zustande, daß mit einzelnen Vorstandsmitgliedern und dem Vorsitzenden vor der Sitzung schon die Details vorbesprochen wurden.

Das vorgenannte Beispiel zeigt auch sehr deutlich, wie wichtig es ist, daß zukünftig der Planer schon bei der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung mit eingebunden wird.

Abschluß der Weinbergsflurbereinigung Wachenheim*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Ihrer Einladung, mit Ihnen heute den Abschluß der Flurbereinigung in Wachenheim zu feiern, bin ich gerne nachgekommen.

Das ist in der Tat ein Grund zum Feiern. Sie haben Recht, wenn Sie Ihre Freude über das gelungene Werk auf diese Weise öffentlich zum Ausdruck bringen. Sie möchten bewußt machen, daß Sie nun das erreicht haben, was andere Gemeinden als Ziel noch vor sich haben.

Für die Landesregierung spreche ich Ihnen hierzu herzliche Glückwünsche aus.

Die Rebflurbereinigung in den Gemeinden der Pfalz ist ein Generationenwerk. Wer heute damit beginnt, muß wissen, daß erst die nächste Generation die Früchte der Neuordnung in vollem Umfang genießen kann. Am Beginn eines solchen Großprojekts müssen also Frauen und Männer stehen, die Weitsicht, Tatkraft und Mut haben, sich in das Abenteuer einer Flurbereinigung zu begeben. Diese Menschen hatten Sie gottseidank hier in Wachenheim.

Wenn wir heute auf die Anfänge der Flurbereinigung in Wachenheim zurückblicken, so ist das Datum 7. Juni 1967 ein Meilenstein.

Das war der Zeitpunkt der förmlichen Einleitung durch Beschluß des Landwirtschaftsministeriums.

Mit dem Einleitungsbeschluß war der Startschuß gegeben für die Neuordnung von 635 ha Rebflächen, die gemäß Beschluß der Aufbaugemeinschaft vom 4. März 1968 in zehn Aufbauabschnitten durchgeführt werden sollte.

Eigentlich hätte das Verfahren schon zehn Jahre früher eingeleitet werden sollen. Anträge des Weinbauvereins und der Stadt Wachenheim lagen damals schon vor. Vermutlich lag es am ausgeprägten Demokratieverständnis der Bürger von Wachenheim, daß es dann doch anders kam.

Die Mehrheit fühlte sich von der kleineren Gruppe der Initiatoren überfahren und stoppte vorerst das Projekt. Erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte das Vorhaben dann erst nach einer "Schamfrist" von zehn Jahren.

*) Rede des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael

Trotz dieser Verzögerung gebührt den Wachenheimern die Anerkennung, daß sie die ersten waren, die an der Mittelhaardt, an der Weinstraße mit der Durchführung der Flurbereinigung begonnen haben. Die Wachenheimer waren die Vorreiter, sie gaben das Beispiel für die Nachbargemeinden.

Als aber die Beschlußlage klar war, ging es Schlag auf Schlag: Alle drei Jahre wurde ein Flurbereinigungsprojekt in bester Zusammenarbeit mit dem planmäßigen Wiederaufbau durchgeführt. Das war eine Energieleistung ohne Beispiel. Diese straffe Vorgehensweise stellte höchste Ansprüche an die Winzer, die einmal Jahr um Jahr entweder mit dem Abräumen der Weinberge oder mit der Neuanlage der Rebflächen befaßt waren und zum anderen andauernden finanziellen Belastungen ausgesetzt waren.

Man fragt sich heute mit Verwunderung, wie das ganze Vorhaben so nahezu reibungslos ablaufen konnte. Der Schlüssel dafür lag - wie ich weiß in einem beispiellos guten Zusammenspiel zwischen Teilnehmer- und Aufbaugemeinschaft und den beteiligten Stellen, insbesondere dem Kulturstadtrat und dem Reblauskommissar.

Durch die Neuordnung der Rebflächen wurden die Bewirtschaftungs- und damit die Erzeugungsbedingungen nachhaltig verbessert.

Das Wegenetz wurde von Grund auf neu konzipiert; Wegebefestigungen wurden im erforderlichen Umfang vorgenommen, notwendige Bodenverbesserungen durchgeführt. Damit waren die Voraussetzungen für eine großzügige Zusammenlegung von Eigenland und Pachtland geschaffen, respektable Besitzstücke konnten gebildet werden. Auf diese Weise ist das Ziel einer rationellen Bewirtschaftung erreicht worden.

Vorhandenen Gewässern wurde Raum gegeben, Wendewege wurden seitlich angelegt, Regenwasser wird nun den Wasserläufen unmittelbar zugeführt oder aber in Rückhaltebecken kleineren und größeren Volumens aufgenommen und so abgepuffert. Die Rückhaltebecken haben erst wieder ihre Bewährungsprobe bei den Unwettern in jüngster Zeit bestanden. Damit ist aktiver Hochwasserschutz für Wachenheim selbst wie auch für angrenzende unterliegende Ortschaften (z. B. Friedelsheim) gegeben.

Entsprechend der veränderten Gesetzeslage wurde in den einzelnen Abschnitten zunehmend dem Naturschutz und der Landschaftspflege Rechnung getragen.

Ein Mehr an landespflegerischen Leistungen gegenüber den gesetzlich vorgegebenen Ausgleichsverpflichtungen konnte realisiert werden durch zusätzlichen Landankauf für Ökozwecke und durch die Anlage von vernetzten Biotopstrukturen.

Dem von der Winzerschaft hin und wieder beklagten Flächenverbrauch sollte in der Betrachtung aber eine dadurch insgesamt eintretende Aufwertung des Landschaftsraumes in ökologischer und ästhetischer Hinsicht entgegengesetzt werden. Ein angenehmes Landschaftsbild ist eines der besten Werbeargumente für den Touristen. Diese besondere Leistung sollte aber auch von der Bevölkerung gewürdigt und honoriert werden.

Auf zwei Besonderheiten will ich noch eingehen:

1. Villa rustica

Die Tatsache, daß man in Wachenheim angenehm und gut leben kann, schätzten auch schon die Römer. Sie hatten sich hier ab dem ersten Jahrhundert nach Christus niedergelassen; man wußte nur nicht mehr genau wo.

Die Planierdrause brachte es an den Tag!

Im Aufbauabschnitt 5 (1979 / 1980) stieß man auf die unterirdischen Reste einer großen römischen Villa, die nun größtenteils vom Amt für Vor- und Frühgeschichte in Speyer freigelegt worden ist. Die Entdeckung und die Flächenausscheidung erfolgte im Flurbereinigungsverfahren in gutem Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern. Inzwischen ist diese Villa rustica zu einer touristischen Attraktion geworden. Durch einen Rundweg kann man auf den Spuren der Römer bis zu der römischen Villa auf dem Weilberg bei Ungstein wandern.

2. B 271 neu

Kein Projekt hat die Flurbereinigung so intensiv begleitet wie die B 271 (neu). Bereits im Jahre 1967 - also vor Bearbeitung des ersten Abschnittes - wird die Planung dieser Ostumgehung schon erwähnt. Der Trassenverlauf war über lange Jahre unsicher.

Dieser Umstand drohte die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren östlich der Bahnlinie zu blockieren. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen und der Straßenbauverwaltung gelang es aber immer wieder, die Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. So wurden z. B. im Flurbereinigungsabschnitt 11 noch vor der Rechtskraft der Planfeststellung für die B 271 (neu) mit Mitteln der Straßenverwaltung die erforderlichen Flächen für den Straßenbau angekauft und in der Trasse ausgewiesen. Der Auf-

bauplan blieb im Zeittakt und der Straßenbau konnte beginnen.

Ohne das erforderliche Zusammenwirken der Straßenbauverwaltung mit dem Kulturamt wären die Voraussetzungen für den Straßenneubau nicht so glatt und reibungslos verlaufen und bleibende Nachteile für die Winzer unvermeidlich gewesen.

Das, was ich exemplarisch für das Zusammenspiel des Kulturamtes mit der Straßenverwaltung dargestellt habe, trifft für die Abstimmung mit anderen Fachstellen in jedem Flurbereinigungsverfahren mit einem integralen Ansatz (Agrarstruktur, Infrastruktur, Wasserwirtschaft und Landespflege) zu.

Das Flurbereinigungsgesetz allein stellt das rechtliche Instrumentarium bereit für eine umfassende Neuordnung des ländlichen Raumes. Flurbereinigungsverfahren bedeuten somit - wie hier in Wachenheim auch - aktive Unterstützung der Strukturpolitik. Sie sind daher für die Entwicklung des ländlichen Raumes unverzichtbar.

Jede abgeschlossene Flurbereinigung ist ein Symbol gegen Pessimismus und Resignation. Sie setzt ein Zeichen dafür, daß hier Leute am Werk sind und waren, die nicht lamentieren, nicht resignieren. Hier braucht man Leute, die entschlossen sind, die Geschicke ihrer Heimatregion selbst mitzugestalten und die Weichen für eine lebenswerte Zukunft stellen zu helfen.

Sie haben mit Beharrlichkeit und Fleiß hier in Wachenheim Beispielhaftes geleistet, darauf dürfen wir getrost anstoßen.

Weinbergsflurbereinigung Mainz-Laubenheim

Kulturamt Worms

1. Ausgangssituation

Wie viele rheinhessische Weinbergslagen wiesen auch diejenigen in Mainz-Laubenheim erhebliche agrarstrukturelle Mängel auf, die einer rentablen Bewirtschaftung der Weinbergsgrundstücke entgegenstanden.

Das Wegenetz entsprach in keiner Weise den Anforderungen an eine moderne Weinbergsbewirtschaftung.

Die Bewirtschaftung wurde durch starke Besitzzersplitterung, geringe Grundstücksgrößen, ungünstige Grundstücksformen und oft zu kurze Rebzeilen erschwert.

Wegen der Stadtnähe bestand außerdem ein besonderes Interesse daran, dieses Gebiet auch zu Zwecken der Naherholung zu nutzen.

Das Verfahren wurde mit Beschluß vom 19.3.1990 eingeleitet.

2. Auswirkungen der Bodenordnung ... für den Winzer

Im Flurbereinigungsgebiet wurden zur Verbesserung der weinbaulichen Infrastruktur von der Teilnehmergemeinschaft neue Wege mit einer Gesamtlänge von 7,2 km hergestellt, wovon 3,3 km befestigt wurden.

Neue Gräben wurden angelegt, um das Oberflächenwasser bei Starkregen von der Ortslage fern zu halten. Zwei neue Regenrückhaltebecken verhindern, daß das gesammelte Oberflächenwasser zu schnell abfließt.

Durch Geländemodellierungen wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Besitzstücke der einzelnen Teilnehmer großzügig zusammenzulegen.

Durch die Zusammenlegung wurden aus vorher 284 Wirtschaftsstücken 128, was einem Zusammenlegungsverhältnis bei den Wirtschaftsstücken von 2,2:1 bedeutet. Die durchschnittliche Größe der

Wirtschaftsstücke vergrößerte sich dabei von 0,23 ha auf 0,41 ha.

Damit konnten die Voraussetzungen für einen rationalen Weinbau geschaffen und die Wettbewerbsvoraussetzungen in dem verschärften internationalen Wettbewerb verbessert werden.

Von den Teilnehmern wurden für die Maßnahmen erhebliche finanzielle Mittel abverlangt (Abb. 1-3). Ferner mußten sie 16,2 % ihrer Nutzfläche für die gemeinschaftlichen Anlagen unentgeltlich hergeben.

... für Natur und Landschaft

Neben den reinen agrarstrukturverbessernden Maßnahmen wurde auch den Erfordernissen des Naturschutzes Rechnung getragen.

Als Ausgleich für die mit der Flurbereinigung verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft und zur Abrundung wurden insgesamt 4,7 ha gemeinschaftliche landespflegerische Anlagen ausgewiesen, die mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt, den einheimischen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum bieten.

Auch die Stadt Mainz erwarb im Zuge des Verfahrens neben den bereits schon früher erworbenen Flächen noch ca. 1 ha als Landespflegefläche.

Zusätzlich wurden Flächen in Größe von 3,1 ha aus Landeshaushaltsmitteln erworben und auch die neuen Gräben und Rückhaltebecken bepflanzt, wodurch sich die Gesamtfläche, die der Landespflege zur Verfügung steht, noch erheblich vergrößert.

... für Naherholung

Durch die Neuanlage der Landschaftselemente und durchgehende Grünstreifen wurde das Landschaftsbild nachhaltig verbessert.

Der überregional als Wanderweg bekannte Rheinhöhenweg mit Blick auf das Main-Main-Gebiet, Odenwald und Taunus wurde teilweise neu gestaltet.

Am Hangfuß wurden die Voraussetzungen für den Bau eines Radweges zwischen Mainz und Nackenheim geschaffen.

Verfahrenseinleitung	1990
Besitzübergang	1994
Fläche	75 ha
Rebfläche	52 ha
Wegeabzug	16,2 %

Abb. 1: Allgemeine Daten

Ausführungskosten	2.512.000 DM
davon entfallen u.a. auf:	
Wegebau	940.000 DM
Mauerbau	300.000 DM
Gewässerbau	545.000 DM
Planierungen	319.000 DM
Anpflanzungen	71.000 DM

Abb. 2: Kosten

Kosten	2.510.000 DM
Zuschuß	1.900.000 DM
Darlehen	74.000 DM
Belastungen der Beteiligten	10.800 DM / ha Rebfläche

Abb. 3: Finanzierung

Stand und Weiterentwicklung der Bürokommunikation und Büroautomation in Rheinland-Pfalz*)

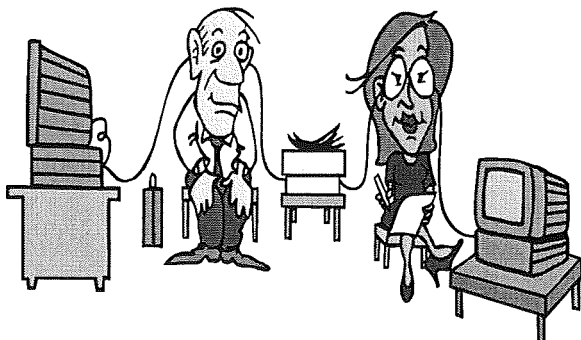
Obervermessungsrat Martin Schumann, Mainz

1. Einleitung

Im Rahmen der Bürokommunikation und Büroautomation besteht das Ziel, mittelfristig alle im Büro anfallenden Tätigkeiten mit Hilfe der Datenverarbeitung zu erledigen und in ihrem Ablauf zu vereinfachen, zu verbessern und kostengünstiger auszuführen.



Unter „Büroautomation“ versteht man Datenverarbeitungslösungen für die Bearbeitung von verschiedenen Bürovorgängen, wie z.B. Textverarbeitung oder Ablagevorgänge, aber auch Textbereiche innerhalb verschiedenster Fachanwendungen (z.B. Vermessung, Verwaltung, Landespflge, Bautechnik). Die „Bürokommunikation“ hat die Herstellung automationsgestützter informationstechnischer Beziehungen innerhalb und außerhalb der Organisationseinheit „Kulturamt“ zum Ziel.



2. Hardware

Die Hardware-Ausstattung der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz basiert auf dem Client-Server-Konzept. Für jedes Kulturamt wurde ein Server mit 256 MB RAM und dem DEC UNIX Betriebssystem installiert. Die lokale Vernetzung (LAN) erfolgt mit Pathworks. Bis zum Ende des Jahres 1997 wird jeder Mitarbeiter einen PC-Arbeitsplatz (Client) zur Verfügung haben. Für besondere Anwendungen (z.B. graphische Anwendungen) ist es vorgesehen, entsprechende Workstations in dieses Netz einzubinden. Bei den Clients handelt es sich i.d.R. um PC's mit einem Pentium oder einem 486-er Prozessor. Neben einem Hochleistungsdrucker (HP5Si-MX) stehen pro Amt ca. 5-10 weitere Laserdrucker (i.d.R. HP4M Plus) zur Verfügung.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen wird die Software vollständig auf dem Server zur Verfügung gestellt. Als Standarddatenbank wird eine ORACLE-Datenbank verwendet. Auf den Clients wird Windows 95 verwendet.

Die überörtliche Vernetzung (WAN) ist z.Zt. über das ISDN-Netz der Telekom realisiert.

Für verschiedene Tätigkeiten außerhalb des Dienstgebäudes (z.B. Grundbuchvergleich, Planwunschtermin) stehen Laptops zur Verfügung.

3. Software

Als Standardsoftware steht den Mitarbeitern Windows 95 mit dem Standardofficepaket und den nachfolgend aufgeführten Programmen zur Verfügung. Dies sind:

- ☐ Word (Textverarbeitung)
- ☐ Excel (Tabellenkalkulation)
- ☐ Power Point (Präsentation)
- ☐ Exchange (Nachrichtenübermittlung)
- ☐ Schedule+ (Kalender)

*) Vortrag bei der LVT-Fortbildungsveranstaltung am 26. Juni 1997 in Worms

Damit diese Hilfsmittel möglichst effektiv eingesetzt werden können, werden z.Zt. folgende Entwicklungen betrieben bzw. konzipiert.

3.1 Dateiablage

Eine einheitliche Dateiablage für alle Kulturämter ist als Bestandteil der gesamten Datenstruktur und für eine funktionierende Bürokommunikation unumgänglich. Als Grundlage hierfür wurde der Generalaktenplan des Ministeriums überarbeitet und mit Schreiben vom 15.04.97 in der überarbeiteten Form in Kraft gesetzt. Dieser Aktenplan bildet die Basis eines Auskunftsystemes, daß unter dem Programm Folio Views u.a. die Bereitstellung aller für die Bodenordnung bedeutsamen Richtlinien in digitaler Form vorsieht.

Für die Verfahrensakten in den Bodenordnungsverfahren hatte bisher jedes Kulturamt seine eigene Aktenstruktur. Diese basierte auf dem in der GoKa vom 25.09.92 festgelegten Rahmen, der als Grundlage die Bearbeitung eines Bodenordnungsverfahrens in den verschiedenen Büros hatte.

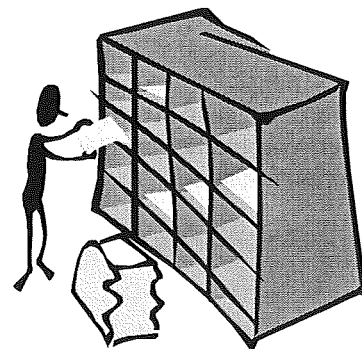
Mit Schreiben vom 04.06.97 wurde eine einheitliche Aktenordnung für die Verfahrensakten in Bodenordnungsverfahren in Kraft gesetzt. Diese Aktenordnung soll eine möglichst redundanzfreie Führung aller Akten ermöglichen. Weiterhin basiert diese Aktenordnung auf der Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren in Teams.

Diese Aktenordnung wurde so konzipiert, daß eine mittelfristig vorgesehene automatische Vorgangsbearbeitung integriert werden kann. Eine dieser Aktenordnung identische Struktur wird als Verzeichnisstruktur für jedes Bodenordnungsverfahren auf dem Server angelegt. Damit ist gewährleistet, daß alle im Amt erstellten Schreiben, Vermerke usw. in identischer Struktur auch abgespeichert werden können.

In einem nächsten Schritt werden einheitliche Ablage- und Datenstrukturen für die übrigen Daten festgelegt. Hierunter fallen einerseits die Daten von anderen, bei den Kulturämtern bearbeiteten Verfahren (z.B. landwirtschaftliche Verfahren, Wirtschaftswegebau außerhalb der Flurbereinigung, Steillagenförderung, Stellungnahmen zu Planungen Dritter usw.), andererseits zählen hierzu alle zur internen Verwaltung benötigten Daten.

Diese einheitlichen Strukturen sind im Hinblick auf die fortschreitende Automation und auf den Zukunft verstärkten Austausch von Daten in digitaler Form unerlässlich.

Zur Zeit werden sämtliche Akten noch in Papierform geführt. Da die in den Ämtern erzeugten Schreiben, Vermerke usw. unter der gleichen Struktur als Dateien ebenfalls vorgehalten werden, wird hiermit in Zukunft die Suche nach Vorgängen deutlich erleichtert. Weiterhin wird die Bearbeitung eines Vorganges durch verschiedene Bearbeiter ermöglicht. Längerfristig ist die Einführung des papierlosen Büros, zumindest für gewisse Teilbereiche, anzustreben.



3.2 Word-Komponenten

In dem großen Bereich der Textverarbeitung werden zur Zeit zwei wichtige Komponenten einer funktionierenden Büroautomation erstellt.

Einerseits wurden für alle wichtigen, regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten von der Arbeitsgruppe "Muster und Vordrucke" neue Muster und Vordrucke entworfen, die die bisherige "Muster- und Vordruckmappe" ersetzen sollen. Diese Muster und Vordrucke werden demnächst als Worddateien bzw. Dokumentenvorlagen zur Verfügung gestellt.

Die zweite größere Entwicklung betrifft das Erstellen von Briefen, Kurzbriefen, Faxmitteilungen, Gesprächsnotizen und Vermerken. Hierzu wurden Makros konzipiert, die die Erstellung und Bearbeitung dieser Schriftstücke wesentlich erleichtern. Die wichtigsten Komponenten dieser Makros werden im folgenden kurz aufgeführt:

- ☐ Direkter Zugriff zu verschiedenen Adressdateien.
- ☐ Einsatz als Einzelbrief, Serienbrief und Verteiler möglich.
- ☐ Automatische Vorbereitung des Bearbeiters und der Telefonnummer.
- ☐ Sinnvolle Muster und Vordrucke werden bei Bedarf aufgrund des Aktenzeichens angeboten.

- ☐ Unterstützung der Herstellung der Verfügungsangaben.
- ☐ Angaben für die Dateinfo werden aus dem "Be-treff", "Bezug" und "hier" des Briefes vorberei-tet.
- ☐ Speicherung (einschl. Pfad) wird automatisch vorbereitet.

3.3 Adressdateien

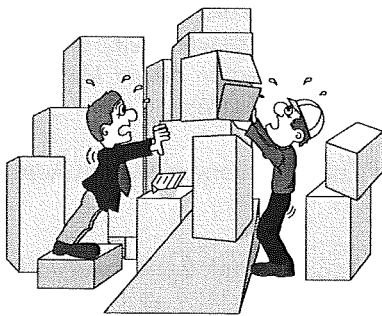
Alle für die Arbeit notwendigen Adressen und Tele-fonnummern sollen möglichst redundanzfrei und nur einmal geführt werden. Diese in einer oder mehre-ren Datenbanken vorgehaltenen Daten müssen mehrere Funktionen erfüllen:

- a) Verwendung als Adressen für Briefe (Einzelbrief, Serienbrief, Verteiler)
- b) Erstellung von Listen und Nachweisen (z.B. Ladelisten)
- c) Register für Telefonnummern.

Inhaltlich wird dabei in der Grundkonzeption nach drei verschiedenen Adresstypen unterschieden:

- a) Adressen von Beteiligten und deren Bevollmäch-tigten
- b) allgemeine Adressen
- c) für landwirtschaftliche Verfahren benötigte Ad-ressen

Die ersten werden verfahrensweise schon in dem Programmsystem REDAS vorgehalten. Hier ist nur noch eine Verbindung zu Worddokumenten zu rea-lisieren.



Die allgemeine Adressdatei soll alle allgemein be-nötigten Adressen enthalten. Hierunter fallen die Adressen von Behörden und sonstigen TöB, Ge-meindeverwaltungen und Bürgermeistern, TG-Vor-sitzenden, anerkannten Landespflegeverbänden, Vorsitzenden der örtlichen Bauern- und Winzerver-

bände, ÖbVi's, Notaren, sonstigen Firmen und Pla-nungsbüros, zugelassenen Helfern für das Land-tausch- und Pachtförderungsprogramm, VTG, FuL-Beratern und Biotopbetreuern, Bekanntmachungs-organen, Sachverständigen für Wertermittlung so-wie sonstige wichtige Adressen.

In der landwirtschaftlichen Adressdatenbank soll-ten folgende Adressen enthalten sein: Landwirte bzw. Zuwendungsempfänger von Förderprogram-men, Berufsgenossenschaften, Steuerberater, Buchhaltungsstellen, Versicherungen, Banken, Ar-chitekten und Mitglieder des Gutachterausschus-ses, jeweils in Verbindung mit den Förderverfahren.

Folgende Daten soll eine Adressdatenbank minde-stens enthalten: Name, Adresse (Straße und Post-fach), Telefonnummer (dienstlich und tlw. privat), Faxnummer, E-Mail-Anschrift, bei Behörden: An-sprechpartner mit Funktionen bzw. Abteilungen und Durchwahlen, Anrede, Ordnungskriterien und ein Freiraum für Bemerkungen.

Unter einem Ordnungskriterien wird ein Hilfsmittel verstanden, das automatisch die Bildung von Grup-pen ermöglicht. Dies können z.B. sein alle zuge-lassenen Helfer für das Landtausch- und Pacht-förderungsprogramm, alle im Verfahren X-Bach zu beteiligenden TöB, alle Bürgermeister im Kreis A-Stadt.

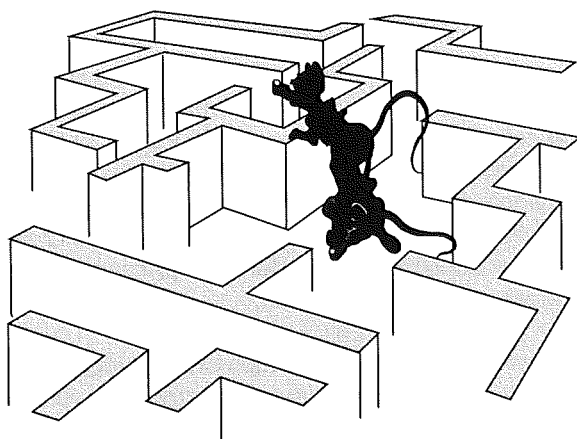
Diese Adressdatenbank muß bei jedem Kulturamt zentral geführt werden. Weiterhin soll sie einen schnellen und direkten Zugriff ermöglichen, leicht und flexibel zu handhaben sein.

3.4 Informationsdateien

Zur Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren be-nötigen die Mitarbeiter sehr viele Informationen, die momentan nur manuell (in Schriftform) zur Verfü-gung gestellt werden. Dies bedingt einen schwer-fälligen Zugriff auf die benötigten Daten. Damit die-se Daten besser verfügbar und leichter auswertbar sind, sollten sie in automatisierter Form zur Verfü-gung gestellt werden.



In einem ersten Schritt werden zur Zeit alle Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Runderlasse, die für die Arbeit auf den Kulturämtern von Bedeutung sind, zusammengestellt und in automatisierter Form bereitgestellt. Dies geschieht auf der schon eben erwähnten Basis des neuen Generalaktenplanes. Mit Hilfe des Auskunftsystems Folio Views sind die Vorschriften dann mit dem Generalaktenplan sowie untereinander durch entsprechende Querverweise (Links) verbunden, die einen sehr schnellen Zugriff ermöglichen. So sind die benötigten Informationen sehr schnell zu erlangen.



Voraussetzung hierfür ist, daß ein Verzeichnis aller gültiger Runderlasse und Rundschreiben erstellt wird. Da ein solches Gültigkeitsverzeichnis bisher nicht existiert und viele Rundschreiben nicht formell aufgehoben wurden, ist diese Arbeit wesentlich aufwendiger als ursprünglich gedacht.

In einem nächsten Schritt ist dann vorgesehen, die einzelnen Vorschriften mit verschiedenen Such- und Auswertekriterien zu versehen. Über eine Auswertemöglichkeit im Rahmen von Folio Views können dann alle Vorschriften, die einen bestimmten Themenkomplex betreffen, zusammengestellt werden.

Ähnliche Dateien sind noch für viele weitere Bereiche denkbar. Bundesweit wird zur Zeit in einer Arbeitsgruppe an einer Automatisierung der Rechtsprechung zur Flurbereinigung gearbeitet. Weiterhin sollte bundesweit angestrebt werden, daß auch die Literaturübersicht zur Flurbereinigung in automatisierter Form zur Verfügung gestellt wird.

Als mögliche Beispiele für landesweit zu erstellende Dateien könnten die Einheitspreise für Ausbaukosten oder auch relativ einfach zu erstellende und zu verwaltende Datensammlungen (z.B. Liste der zugelassenen ÖbVI, Sachverständige für Wertermittlung) aufgeführt werden.

Amtsintern könnten ebenfalls einige Informationsdateien erstellt werden. Hierunter fielen z.B. eine Anwesenheitsliste oder auch Daten aus der Arbeitsplanung oder der MiFrifi. Hierbei sind jedoch immer die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

4. Weitere Entwicklungen

Zur systematischen und effektiveren Bearbeitung von regelmäßig wiederkehrenden Vorgängen bietet sich eine automatische Vorgangsbearbeitung an. Der Begriff Vorgang wurde von Hr. Hoffmann in einem Handbuch für die behördliche Schriftgutverwaltung wie folgt beschrieben: "Vorgang bezeichnet sowohl ein bestimmtes Vorgehen, ein Bearbeiten, kurzum einen Geschäftsvorfall, wie auch die darauf bezogenen Schriftstücke".

Die praktische Umsetzung dieser theoretischen Definition ist für alle Mitarbeiter der LKV ein Alltagsgeschäft in ihren Arbeitsbereichen geworden. Im wesentlichen kann man zwei große Gruppen von zu bearbeitenden Vorgängen unterscheiden:

- ☐ die fachbezogenen Vorgänge
- ☐ die Vorgänge innerhalb des allgemeinen Dienstbetriebes.

Das Ziel einer automatischen (edv-unterstützten) Vorgangsbearbeitung ist die Unterstützung

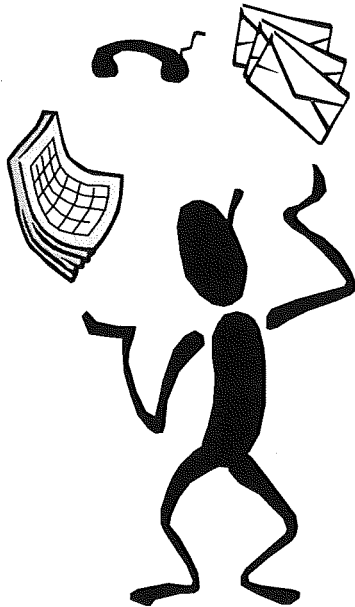
- ☐ der arbeitsteiligen, räumlich- und zeitversetzten Bearbeitung der Vorgänge,
- ☐ der Kommunikation, Koordination und Kooperation sowie
- ☐ der gemeinsamen Ablage, des Zugriffs und der Nutzung von Informationen.

Zur Umsetzung einer automatischen Vorgangsbearbeitung sind daher neben den klassischen Bürokommunikations- und -automationsprodukten wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, E-Mail, Kalender und Präsentationsgrafik weitere Hilfsmittel notwendig. Dies können Dokumentenmanagementsysteme, Workflow- oder Groupwareprodukte sein.

Dokumentenmanagementsysteme regeln die Archivierung, Indizierung, Ablage, Weiterverarbeitung, Suche und Löschen von Dokumenten und Dateien. Ob zusätzlich zu den bisher sich im Einsatz befindlichen Programmen ein spezielles Dokumentenmanagementsystem eingeführt werden soll, wird z.Zt. untersucht.

Die für die eigentliche Vorgangsbearbeitung geeigneten Programmsysteme werden im wesentlichen unterschieden in Workflow- und Workgroup/Groupware-Programme.

Während sich die zuerst erwähnten für eine Bearbeitung von stark strukturierten und weitgehend starren Vorgängen eignen, sind die anderen für eine Bearbeitung von schwach strukturierten bzw. Ad-hoc-Vorgängen, d.h. Vorgängen, die von mehreren Personen ohne vorher fest gelegte Regeln bearbeitet werden, geeignet.



Zur Vorbereitung der Einführung einer solchen Vorgangsbearbeitung werden zur Zeit alle bei der Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren anfallenden Vorgänge aufgrund der neuen Organisationsform der Kulturämter in Rheinland-Pfalz gestrafft und ggf. neu strukturiert. In einem ersten Schritt werden wir diese Vorgänge als eine Art "Arbeitsablaufhilfe" zur Verfügung stellen. Dies soll eine wertvolle Hilfe für die Bearbeitung bekannter Vorgänge nach der neuen Geschäftsordnung sein.

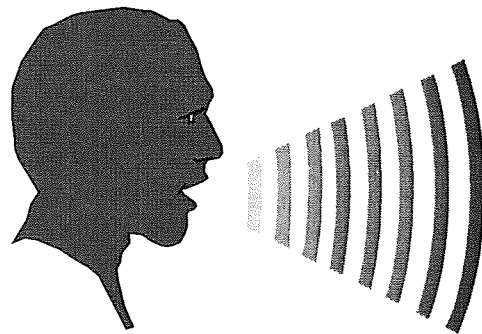
Aufgrund dieser so strukturierten Vorgänge werden die sich derzeit auf dem Markt befindlichen Programmsysteme analysiert, ob sie sich für einen Einsatz in der Landeskulturverwaltung eignen.

Für den sinnvollen Einsatz eines Programmes für die automatische Vorgangsbearbeitung sollte auf Dauer keine hybride Datenhaltung (Papier für Posteingänge, Papier und Datenträger für Postausgänge) erfolgen. Da das Scannen von Posteingängen noch relativ aufwendig ist und sehr viel Speicherplatz benötigt, müssen hierfür noch praxisgerechte Konzepte entwickelt werden.

Weiterhin sind längerfristig auch Überlegungen zum Einsatz von Voicerecordern durchzuführen. Hierzu sollte einerseits die Technik und Qualität dieser Geräte noch verbessert werden und andererseits der Preis noch günstiger werden.

Der Vorteil und der Nutzen solcher Dokumentenmanagement- und Workflowsysteme liegt in folgenden Punkten:

- ☐ Reduzierung der Aufbewahrungskosten durch den Einsatz platzsparender Speichermedien
- ☐ Zeitersparnis durch die Einsparung von Wegen zum Archiv, Such- und Transportzeiten
- ☐ Konsistenz der Dokumente durch virtuelle Kopien und Versionenmanagement
- ☐ Ganzheitliche Bearbeitung von Vorgängen
- ☐ Transparenz der Abläufe
- ☐ Beschleunigung der Entscheidungsprozesse, da die richtige Information zur richtigen Zeit am richtigen Ort verfügbar ist
- ☐ Wertsteigerung der Informationen, da sie über mehrere Stichwörter gefunden werden kann und sofort am Arbeitsplatz verfügbar ist.



BUCHBESPRECHUNGEN

Taschenbuch für den Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau

Herausgeber:	Beier, Harm-Eckart; Niesel, Alfred und Heiner Pätzold
Umfang:	968 Seiten mit 900 Abbildungen, davon 500 mit Zeichnungen, und 40 Gleichungen
Preis:	DM 198,—
Verlag:	Parey Verlag, Berlin 1997
ISBN:	3-8263-3143-5

In fünfter Auflage ist das Standardwerk des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues erschienen, nur wenige Jahre nach der vierten Auflage, die 1994 vom Blackwell Wissenschafts-Verlag, Berlin, publiziert wurde. Die Autoren begründen die Neuauflage damit, daß Anregungen und Hinweise aus der Leserschaft eingearbeitet werden mußten. Dem Leser bzw. Benutzer des Handbuches wird es allerdings schwerfallen, Unterschiede zwischen den beiden Auflagen zu entdecken. Inhaltlich hat sich praktisch nichts geändert, von ein paar ergänzten DIN-Normen einmal abgesehen.

Ausgesprochen unverständlich ist die Tatsache, daß das Kapitel "Wegebau" nach wie vor nicht den Stand der Technik widerspiegelt. Die Autoren wollen offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich im landwirtschaftlichen Wegebau umweltschonende Bauweisen längst etabliert haben. So sucht man im Sachverzeichnis vergeblich nach den Begriffen "Rasenverbundsteinpflaster" und "Spurbahnweg", auch die Abschnitte "Ländliche Wege" oder "Werksteine für den Wegebau" enthalten keine Angaben.

Nicht dem Stand der Technik entspricht auch das Kapitel "Mauerwerksbau"; denn Mauern aus Steingabionen, die sich im Straßenbau oder in der Weinbergsflurbereinigung als umweltschonende Alternative zu herkömmlichen Stützmauern aus Beton oder vermörtelten Bruchsteinmauern bewährt haben, finden keine Erwähnung. Das Sachverzeichnis enthält zwar den Begriff "Steingabionen", führt den Leser jedoch zu dem Kapitel "Ingenieurblogische Sicherungsbauweisen", in dem die Einsatzmöglichkeiten von Steingabionen auf die Absicherung von Rutschhängen bzw. die Sicherung unterschrittener Hangfüße bei Vernässung beschränkt bleiben.

Diese kritischen Anmerkungen dürfen nicht überbewertet werden; denn nach wie vor ist das von Lehr begründete Handbuch im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau unentbehrlich. Dennoch ist es nicht nachvollziehbar, warum die Autoren im Wege- und Mauerbau die Augen vor umweltschonenden Bauweisen weiterhin verschließen. Die Neuauflage kann wegen der geringfügigen Änderungen nur denjenigen angeraten werden, denen die vierte Auflage nicht zur Verfügung steht.

Dr. Claus-Rainer Hess

Bewertung und Planung im Umweltschutz

Herausgeber: Buchwald, Konrad und Wolfgang Engelhard
Umfang: 572 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Kartendarstellungen und Tabellen
Preis: DM 108,—
Verlag: Economica Verlag, Bonn 1996
ISBN: 3-87081-492-6

Mit dem vierbändigen "Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt" hatten Buchwald und Engelhardt Ende der Siebziger Jahre zusammen mit 76 Fachkollegen den Versuch unternommen, den Gesamtbereich der Gefährdung und des Schutzes der Umwelt in seinem vielfältigen Beziehungsgefüge darzustellen. Über ein Vierteljahrhundert diente dieses Handbuch zahllosen Studierenden, Planern und Verwaltungsfachleuten als Standardwerk der Umweltleitplanung. Inzwischen sind die Bände 2 und 3 vergriffen, und die Entwicklungen im Umweltbereich haben teilweise global bedrohende Formen angenommen. So erschien die Zeit reif für die Herausgabe eines neuen aktualisierten Handbuches, das unter dem Titel "Umweltschutz - Grundlagen und Praxis" - nach Sachgebieten untergliedert - nach und nach in insgesamt 17 Einzelbänden erscheinen soll.

Band 2 liegt nunmehr vor und behandelt umfassend, aber dennoch prägnant, das weite Feld der Bewertungs- und Planungsmethodik. Erfassung und Bewertung der Naturpotentiale, Aufbereitung von Daten in Informationssystemen, planerische Umsetzung in der Landschaftsplanung, Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung sind einige Stichworte, die die Komplexität der Thematik verdeutlichen. Dieser nehmen sich nicht nur anerkannte Hochschullehrer, sondern auch qualifizierte Fachleute aus Verwaltung und Planungspraxis an, die für einerseits wissenschaftlich fundierte, andererseits praxisnahe Problemlösungen und Vorschläge garantieren.

Es fällt nicht schwer, diesen Band des neuen Handbuches zum Kauf zu empfehlen, und es steht zu hoffen, daß es den Herausgebern auch in den Folgebänden gelingt, die einzelnen Sach- und Problemgebiete in dieser vielfältigen und praxisorientierten Art abzuhandeln. Dann dürfte auch diesem Handbuch ein ähnlich großer Erfolg beschieden sein wie seinem Vorgänger in den Achtziger Jahren.

Dr. Claus-Rainer Hess

Natur und Umweltschutz - Ökologische Grundlagen, Methoden, Umsetzung -

Herausgeber: Steubing, Lore; Buchwald, Konrad und Eckart Braun
Umfang: 498 Seiten mit 123 Abbildungen und 82 Tabellen
Preis: DM 78,—
Verlag: Gustav Fischer Verlag, Jena/Stuttgart 1995
ISBN: 3-334-60533-7

In der Reihe "Umweltforschung" hat der Gustav Fischer Verlag ein Lehrbuch zum Natur- und Umweltschutz herausgebracht, das sich als studienbegleitendes Kompendium insbesondere an Naturwissenschaftler, Ingenieure, Lehrer und Studenten wendet, die hauptberuflich oder ehrenamtlich im Umweltschutz arbeiten bzw. entsprechende Aufgaben suchen. Die vorwiegend aus dem Hochschulbereich stammenden Autoren stellen in insgesamt 16 Kapiteln die ökologischen und rechtlichen Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes dar. Dies gelingt teilweise nur schlaglichtartig, so daß der Leser nicht umhin kommt, auf weiterführende Fachliteratur zurückzugreifen. Hier ist es ausgesprochen hilfreich, daß den einzelnen Kapiteln jeweils ein Literaturverzeichnis mit den wichtigsten Veröffentlichungen zugeordnet ist.

Wie gewagt es ist, die Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes zusammenfassend abhandeln zu wollen, zeigt sich überdeutlich an dem Kapitel "Umweltrecht", in dem der Autor aus Platzgründen nur auf das Naturschutzrecht und das Wasserrecht eingehen kann. Ausgesprochen knapp fällt auch das Kapitel "Landschaftspflegerische Begleitplanung" aus, 19 Zeilen sind einfach zu wenig, um dem Leser die erforderlichen Grundinformationen zu geben.

Unvollständig und ebenfalls viel zu kurz ist das Kapitel "Umsetzung der Landschaftsplanung". Ohne Zweifel sind Öffentlichkeitsarbeit, Grunderwerb sowie Pacht-, Pflege- und Bewirtschaftungsverträge wichtige Aspekte, die in diesem Zusammenhang angesprochen werden müssen. Einen Hinweis darauf, daß mit der Flurbereinigung ein wirksames Instrument zur Flächenbereitstellung und zum Flächentransfer zur Verfügung steht, sucht man vergeblich. Flurbereinigung, im Sachregister überhaupt nicht aufgeführt, wird lediglich im Zusammenhang mit Eingriffen in Natur und Landschaft erwähnt.

Das Kurzlehrbuch, wie die Autoren ihr Werk bezeichnen, bedarf dringend einer Überarbeitung. Die Herausgeber wären nicht schlecht beraten, auf die Kapitel "Umweltpolitik" und "Aufgaben einer Fachkraft für Umweltschutz" zu verzichten und stattdessen der Umweltplanung und der Umsetzung von Zielen des Natur- und Umweltschutzes mehr Raum zu geben. Auch das Sachregister sollte vervollständigt werden, Begriffe wie Biotopkartierung oder Biotopverbundsystem dürfen in einem Lehrbuch nicht fehlen.

Dr. Claus-Rainer Hess

Landespfleugesetz Rheinland-Pfalz

Verfasser:	Hans Walter Louis und Annegret Engelke
Umfang:	760 Seiten
Preis:	89,— DM
Erscheinungsjahr:	1997
Verlag:	Schäffer-Poeschl Verlag, Braunschweig
ISBN:	3-927942-06-5

In der Buchreihe "Naturschutzrecht in Deutschland in der Schäffer-Poeschl Edition ist nunmehr als Band 3 die Kommentierung zum Landespfleugesetz Rheinland-Pfalz und der dazu ergangenen landesweiten Verordnungen erschienen.

Zusammen mit dem 1994 erschienenen Kommentar von Louis zum Bundesnaturschutzgesetz liegt damit endlich eine vollständige Kommentierung der in Rheinland-Pfalz geltenden naturschutzrechtlichen Bestimmungen vor.

Der Kommentar zum Landespfleugesetz Rheinland-Pfalz enthält eine umfassende Darstellung der rechtlichen und fachlichen Probleme des Landespflegerechts, wobei besonderer Wert auf die Bezüge zu anderen Bereichen gelegt wurde. Dies gilt auch für die Ländliche Bodenordnung, die an mehreren Stellen der Kommentierung genannt wird.

Aber auch ohne diesen ausdrücklichen Bezug stellt der Kommentar gerade für die Praxis der Ländlichen Bodenordnung eine unentbehrliche Hilfe dar, da die korrekte Anwendung und Umsetzung der zu beachtenden landespfliegerrechtlichen Bestimmungen dadurch wesentlich erleichtert wird.

Dieses Ziel erreicht der Kommentar, der sich ausdrücklich nicht nur an juristische und landespflegerische Fachleute richtet, u. a. durch eine sinnvolle Schwerpunktsetzung und teilweise sehr ausführliche Kommentierung der wichtigsten Bereiche.

So beschreiben die Verfasser umfassend und in leicht verständlicher Weise Inhalt, Anwendungsbereich und den aktuellen Diskussionsstand zur Eingriffsregelung. Das gleiche gilt für den Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens aus naturschutzrechtlicher Sicht, für die Anwendung des § 24 Landespflegegesetz und für das Klagerecht der anerkannten Landespflegeorganisationen; alles Bereiche, mit denen auch Bearbeiter von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz fast täglich zu tun haben.

Sinnvoll ergänzt wird das Werk durch ein umfangreiches Abkürzungs- und Literaturverzeichnis, ein Urteilsverzeichnis und ein sehr ausführliches Stichwortverzeichnis.

Wegen der engen Verzahnung von Ländlicher Bodenordnung und Landespflege zählt dieser Kommentar für Mitarbeiter auf allen Ebenen der Flurbereinigungsbehörden zu den wichtigsten Neuerscheinungen der letzten Zeit.

Manfred Arnoldi

LITERATURÜBERSICHT

Professor Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Zillien, F.: Ältere Gesetze zur Eingliederung heimatvertriebener Landwirte, Heft 4, 1997, S. 85
- Dippold, R.: Schwerpunkte der ländlichen Bodenordnung in den neuen Bundesländern, Heft 4, 1997, S. 87
- Zillien, F.: Weitere Gesetze zur Eingliederung heimatvertriebener Landwirte, Heft 7, 1997, S. 169
- Hess, Cl.-R.: Beteiligung von Naturschutzverbänden in Bodenordnungsverfahren von Rheinland-Pfalz, Heft 7, 1997, S. 171

Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung

- Rabe, R. und Hauser, H.: Flurneuordnung für Zwecke des Naturschutzes am Beispiel des Flurbereinigungsverfahrens Gaildorf-Ottendorf, Landkreis Schwäbisch-Hall, Heft 1, 1997, S. 24
- Thöne, K.-F.: Flurbereinigung - ein wirkungsvolles Instrument der Landentwicklung, Heft 2, 1997, S. 49

Vermessungswesen und Raumordnung

- Scherer-Hall, R.: Neue Wege der Erschließung von historischer Kulturlandschaft und ihrer Elemente für die Raumplanung, Hefte 1 und 2, 1997
- Linke, H.-J.: Grundlagen und Konzept eines allgemeingültigen Bodenordnungsgesetzes, Heft 3, 1997

- Fehsenfeld, F.: Die Umsetzung gemeindlicher Entwicklungen durch Bodenordnungsmaßnahmen nach dem FlurbG / LwAnpG, Heft 8, 1996
- Maucksch, W.: Flurbereinigung und Naturschutz - dargestellt am Beispiel Regierungsbezirk Chemnitz, Heft 8, 1996

Allgemeine Vermessungsnachrichten

- Bill, R.: Fachbereich und Studiengang Landeskultur und Umweltschutz an der Universität Rostock, Heft 3, 1997

BDVI-FORUM

- Seele, W.: Über den Stellenwert von Bodenordnung und Bodenwirtschaft in der Geodäsie - Tradition und Effizienz, Heft 1, 1997

Nachrichten aus der Niedersächsischen Vermessungsverwaltung

- Dieck, R. und Selge, H.: Zusammenarbeit der Vermessungs- und Katasterverwaltung im Bereich ALB und SOLUM, Heft 1, 1997

Nachrichten aus der Vermessungsverwaltung Rheinland-Pfalz

- Beus, W.: Landesvermessung in Rheinland-Pfalz - Bilanz der letzten 19 Jahre - Chancen für die Zukunft, Heft 3, 1996
- Dresen, A. und Ternes, H.-P.: Novellierung der Gebühren- und Vergütungsregelungen, Heft 4, 1996

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 79 bis 80

EHRUNGEN

Herr Oberamtsrat Meurer nach 42 Berufsjahren in den Ruhestand verabschiedet

Herr Oberamtsrat Josef Meurer, geboren in Mayen, heute wohnhaft in Kottenheim, wurde nach 42 Berufsjahren in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz vom Leiter des Kulturamtes in Mayen, Herrn I. d. Regierungsdirektor Wolfgang Wabnitz, in den Ruhestand verabschiedet und ihm die Dankesurkunde des Landes Rheinland-Pfalz ausgehändigt.

1955 begann Herr Oberamtsrat Meurer als Inspektoranwärter seinen Dienst beim Kulturamt in Montabaur und wurde nach bestandener Prüfung beim Kulturamt in Prüm als Verwaltungsinspektor eingesetzt. Weitere Stationen auf seinem beruflichen Lebensweg waren das Kulturamt in Montabaur und Koblenz, von wo er 1971 wieder nach Mayen versetzt wurde. Seit 1972 übte Herr Meurer im Kulturamt in Mayen die Tätigkeit des geschäftsleitenden Bürobeamten aus. In den Jahren von 1958 bis 1972 war Herr Meurer überwiegend als Sachbearbeiter in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz eingesetzt und hatte die in diesem Tätigkeitsfeld ebenfalls arbeitenden Siedlungsgesellschaften zu überwachen. Die Finanzierung der Bodenordnungsverfahren und die Kassenverwaltung der Teilnehmergemeinschaften gehörten ebenso zu seinem Aufgabengebiet wie der Vollzug des verwaltungsinternen Personal- und Verwaltungshaushaltes. Während seiner Tätigkeit als geschäftsleitender Bürobeamten kümmerte sich Herr Meurer besonders um den Nachwuchs im Bereich der nichttechnischen Verwaltung des Kulturamtes. So war er viele Jahre als nebenamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen tätig und bildete hier zahlreiche Beamtinnen und Beamte des gehobenen wie des mittleren Dienstes aus. Ab 1991 war Herr Meurer zum Ausbildungsleiter für den mittleren und gehobenen Dienst in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz bestellt. Die Betreuung der jungen Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie die Erarbeitung von zeitnahen Ausbildungsplänen waren hier neben seiner nebenamtlichen Lehrtätigkeit die wichtigsten Aufgaben. Neben seinem fachlichen Wissen zeichneten Herrn Meurer ein großes Verantwortungsbewußtsein und menschliches Einfühlungsvermögen aus. Aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturamtes, wie aber auch Rentner und Pensionäre suchten gerne seinen Rat oder baten ihn um Mithilfe bei der Regelung dieser oder jener persönlichen Angelegenheit.

In einer kleinen Feierstunde nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturamtes Mayen und der Nebenstelle in Adenau von Herrn Meurer Abschied und überreichten ihm für den vor ihm liegenden Lebensweg ein umfangreiches Weinpräsent zur Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit.

Vermessungsoberamtsrat Helmut Gödtel und Amtsrat Karl- Heinz Hoffmann, Kulturamt Worms, beginnen ihre 40jährige Dienstjubiläen

Helmut Gödtel, Vermessungsoberamtsrat beim Kulturamt Worms, konnte sein 40. Dienstjubiläum in der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung begehen. Amtsleiter Dr. Willy Schuy überreichte ihm die Dankesurkunde des Ministerpräsidenten. Gödtel ist seit 33 Jahren ununterbrochen bei der für Rheinhessen und Teile der Nordpfalz zuständigen Flurbereinigungsbehörde im vermessungstechnischen Bereich tätig. Im Rahmen der Neuorganisation dieser Fachbehörde ist er seit Anfang 1966 mit den Funktionen des stellvertretenden Gruppenleiters sowie eines Projektleiters betraut.

Karl-Heinz Hoffmann, Amtsrat beim Kulturamt Worms, konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum in der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung begehen. In einer Feierstunde überreichte ihm Amtsleiter Dr. Willy Schuy die Dankesurkunde des Ministerpräsidenten. Hoffmann ist seit 35 Jahren bei der für Rheinhessen und die Nordpfalz zuständigen Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde als Verwaltungsbeamter tätig. 1988 wurde ihm die Position des geschäftsleitenden Bürobeamten in dieser Fachbehörde des Landes übertragen.

INFORMATIONEN AUS DER LKV

Japanische Delegation informierte sich vor Ort über die Wertermittlung landwirtschaftlicher Flächen

Drei hochrangige Fachleute für ländliche Bodenordnung aus Japan begleitet von einer charmanten Dolmetscherin und zwei Vertretern des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus Bonn informierten sich in Asbach, Landkreis Birkenfeld, über die Bewertung landwirtschaftlicher Flächen im Zuge eines Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz. An der Spitze der Delegation stand Prof. Dr. Tayama, der u.a. das deutsche Flurbereinigungsgesetz in die japanische Sprache übersetzt hat. Daß es sich insgesamt um Sachkundige handelte, konnte man aufgrund der konkreten Fragen zum Sachgeschäft unschwer erkennen. So war es auch ein Leichtes, dem Wunsch der Delegation zu folgen und statt einer Rundreise durch die reizvolle Landschaft des Hunsrücker Hochwaldes, einen realen Termin zur Einleitung einer Wertermittlung in einem Acker-Grünland-Verfahren des Kulturamtes Simmern beizuwohnen.

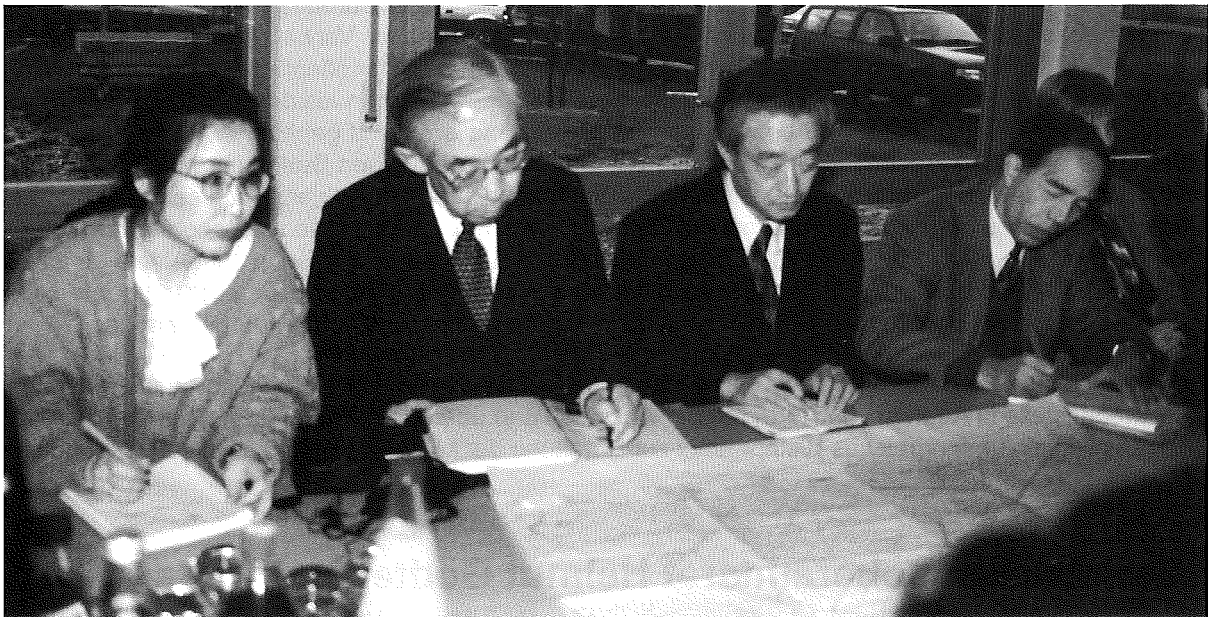


Abb. 1: Japanische Delegation

Während die Besucher mit höchster Aufmerksamkeit den allgemeinen Ausführungen zum Termin folgten, kam kurz vor dem Aufbruch zur Aufnahme der Probelöcher eine gewisse Unruhe auf, die, wie sich unmittelbar herausstellte, darin begründet war, daß die traditionell in Dunkelblau gekleideten japanischen Gäste ihre Stiefel, die für den von leichtem Nieselregen begleiteten Feldbegang erforderlich waren, vergessen hatten. Der Vorstand der TG, der unter anderem auch für ein deftiges Frühstück und ein ortstypisches Mittagessen in Form von Idar-Obersteiner Spießbraten gesorgt hatte, organisierte kurzerhand Stiefel aus dem Bestand der freiwilligen Feuerwehr Asbach. Allerdings machten die relativ kleinen Schuhgrößen der Japaner gewisse Schwierigkeiten. Doch ein Paar Kinderstiefel löste auch das Problem der Dolmetscherin.

Zwar waren Vorstand, Schätzer und Kulturamt bemüht, den Termin so realistisch wie möglich zu gestalten, die Gastfreundschaft durfte dennoch nicht vernachlässigt werden. Die japanische Delegation, die sich herzlich für die freundliche Aufnahme bedankte, konnte aber pünktlich die Rückreise nach Bonn antreten, wo sich noch eine Abendveranstaltung anschloß.



Abb. 2: Entnahme von Bodenproben
-hier die japanische Dolmetscherin bei der Arbeit



Abb. 3: Gespräch mit dem Gutachter



Abb. 4: Erörterung des Wertermittlungsverfahrens

Chinesische Delegation aus der Provinz Fujian zum Informationsaustausch in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der seit 17 Jahren praktizierten Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und der Volksrepublik China auf dem Gebiet der Geodäsie besuchte eine sechsköpfige Delegation betreut von Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz unser Bundesland.

Der Delegation gehörten zwei Vizedirektoren des Provinz-Bodenverwaltungsamtes und vier Direktoren von Bodenverwaltungsämtern der Partnerprovinz von Rheinland-Pfalz Fujian an. Die staatliche Bodenverwaltung in der chinesischen Provinz mit rund 8000 Bediensteten ist neben der Führung des Liegenschaftskatasters auch zuständig für Landentwicklung, insbesondere für städtebauliche und ländliche Bodenordnung in Bezug auf Landnutzungsrechte.

Neben dem Aufgabenspektrum der Vermessungs- und Katasterverwaltung interessierten sich die Besucher in besonderem Maße für die Flurbereinigungsmaßnahmen der Landeskulturverwaltung. Auf einer Rundreise entlang der Weinbergs- hänge des Mittelrheins und zurück über die ackerbaulich genutzten Flächen des vorderen Hunsrücks stellte das Kulturamt Simmern die Ergebnisse verschiedener Bodenordnungsmaßnahmen vor.



Abb. 1: Die Delegation aus China mit Vertretern des Kulturamtes Simmern in Boppard

Während im Acker-Grünland-Bereich zahlreiche Fragen zu den Themen Bewertung und wertgleiche Abfindung die chinesischen Fachleute bewegten, war die Weinbergsbereinigung Neuland für die Delegation, wenngleich in der Provinz Fujian auch Trauben angebaut werden, die aber vorrangig als Obst und weniger als Wein ihren Markt finden. Verständnis hatte man für die vorrangig aus ökonomischen Gründen durchgeführte Bopparder Weinbergungsverfahren. Bei den Ausführungen zu der ökologisch geprägten Weinbergsbereinigung Urbar, wurde das den Chinesen eigene und stets freundliche Lächeln von einem gewissen Unverständnis überlagert, woraus geschlossen werden könnte, daß der Stellenwert der Ökologie in China noch nicht ganz westlichem Standard entspricht.

Bei der abschließenden Weinprobe im Weingut Walter Perll in Boppard konnten sich die chinesischen Beamten von der hervorragenden Qualität des Mittelrheinweines überzeugen.

Als zum Abschluß der Veranstaltung Herr Perll eine Flasche chinesischen Weins aus seinem Raritätenkeller holte, waren die Gäste in höchstem Maße überrascht. Das dich gedrängte Programm der Delegation sah gegen Abend die Weiterreise nach Koblenz vor.

Apropos TEAM!

Leitender Vermessungsdirektor Heinz Schröder, Neustadt a.d.W.

Wenn eine gute Theorie die beste Praxis ist, dann führt das Gegenteil in die Irre.

Kein anderer Begriff dominiert so stark die Diskussion, wenn es um die innere Verfassung unserer Verwaltung geht, wie der des TEAMS. Bislang ist dieser Begriff höchst unscharf geblieben; er schillert in vielen Facetten.

Als TEAM gilt dem einen schon das Duo SGPV / VS, dem anderen die neu gebildeten Großgruppen. Wieder andere scheuen sich nicht, die Personalgemeinschaft eines Kulturamtes oder gar der Gesamtverwaltung als TEAM zu bezeichnen. Es TEAMt allerorten und man tut sich schwer dieses Phänomen zu fassen.

Dennoch oder gerade deswegen ist TEAM erfolgreich in das innere Gefüge unserer Verwaltung eingedrungen und bewegt sich quasi osmotisch mit ungeheurer Geschwindigkeit (jede contradictio in se sei ihm gestattet!) fort. Aufgrund seiner undefinierten vielgestaltigen Oberflächenstruktur kann TEAM überall andocken; ES hat sich festgesetzt, eingenistet und entfaltet von innen heraus seine Wirkungen.

Die Einlaufphase ist überaus gelungen: TEAM kam, sah und siegte!

Spätestens mit der Einführung der neuen Gruppenstruktur in den Ämtern ist es mit dem freien Floating des TEAMS vorbei. Vorbei auch die Zeit, in der man ES - weil so herrlich unbestimmt - nach Belieben instrumentalisieren konnte. Das TEAM, in das Zentrum des Reformvorhabens gerückt, verlangt volle Aufmerksamkeit: ES muß analysiert und exakt definiert werden. ES muß auf seine Verwaltungstauglichkeit abgeklopft werden, um ES dann scheibchen-, stückweise oder pauschal unserer Arbeitswelt verfügbar zu machen. Noch einmal: Wäre TEAM nur ein Thema am Rande, könnte man ohne viel Federlesens zur Tagesordnung übergehen. TEAM aber - propagiert als das Lebenselixier unsrer Verwaltung - bedarf dringend einer klärenden Begriffsbestimmung. Weichen wir dieser Fragestellung aus, laufen wir Gefahr - einer falschen Theorie folgend - uns 1. in einer Phantomdebatte zu verstricken und uns darin zu verschleißen und 2. zu hohe Leistungserwartungen nach innen und nach außen zu wecken.

Angeregt durch ein TEAM-Training und durch Literatur maße ich mir an, eine weitere zugegebenermaßen selbstgestrickte - Definition vorzulegen. TEAM zeichnet sich durch folgende konstituierende Elemente aus:

1. Personalstärke in überschaubarem Rahmen
2. Klar umrissener Arbeitsauftrag bzw. Projekt
3. Dauerhaftigkeit des Zusammenwirkens aller TEAM-Mitglieder

Neben diesen äußeren Merkmalen sind maßgebend für die innere Struktur - und zugleich unverzichtbar für eine produktive Arbeitsweise - TEAM-spezifische Übereinkünfte über

1. einen Verhaltenskodex im Umgang miteinander
2. Informationsaustausch und
3. Entscheidungsfindung.

Vergleicht man die v. g. Definition mit den verschiedenen Gruppen und Untergruppen eines Kulturamtes, so kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis:

Es gibt bei den Ämtern keine "TEAMS" nach der "reinen Lehre"

sei es, daß die Gruppenstärke zu groß ist, sei es, daß ein ständiges Zusammenwirken der Gruppenmitglieder nicht gegeben ist.

Mit dieser Feststellung soll nun nicht nach Heckenschützenmanier das Reformvorhaben selbst an einer empfindlichen Stelle getroffen werden. Im Gegenteil: Begriffserklärungen enthalten immer ein Stück innerer Befreiung; sie haben eine entlastende Wirkung und machen damit letztendlich Produktivkräfte frei. Folgt man der oben skizzierten Definition, d. h. läßt man sich von dieser Theorie leiten, so hat das ganz praktische Konsequenzen:

1. Eine Leistungsexplosion unserer Verwaltung, die allein und ausschließlich auf dem TEAM basiert, ist nicht realistisch.
2. Die gruppendynamischen Prozesse verlaufen in unserer Verwaltung anders als es die reine TEAM-Lehre vorgibt. Diese Feststellung enthebt die Gruppenleiter vor skrupelhaften Selbstzweifeln, wenn sie vergeblich Entwicklungsphasen in ihren Gruppen festmachen wollen, die sich nach der Theorie einstellen sollten, es aber nicht tun. Der Gang auf die Couch des Psychiaters bleibt ihnen erspart.

Auf die Supervision des TEAM-Trainers in den Ämtern gemeinsam mit den TEAM's darf man gespannt sein.

Regionaler Förderschwerpunkt Westpfalz - Förderinstrumente beispielhaft gebündelt -

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Im regionalen Förderschwerpunkt Westpfalz sind nach Auffassung von Günter Eymael, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium, die Förderinstrumente der Dorferneuerung, der Bodenordnung, des Naheprogramms und der EU-Strukturmaßnahmen beispielhaft gebündelt.

Während es in der Vergangenheit ausgereicht habe, Defizite in strukturschwachen Gebieten mit Hilfe einzelner Förderprogramme auszugleichen, komme es heute darauf an, integrierte und fachübergreifende Entwicklungskonzepte zu entwickeln, um dem Auftrag gerecht zu werden, auch im ländlichen Raum für gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, erläuterte Eymael. Diese Politik der nachhaltigen ländlichen Entwicklung werde von der EU mitgefördert.

Für Eymael ist die Landentwicklung im Bereich Kusel ein Beispiel konkreter Umsetzung dieser abstrakten Überlegungen. Die Ortsgemeinde Frohnhofen liegt im großräumig abgegrenzten Gebiet des Naheprogramms, das Instrumente zum Hochwasserschutz, zur standortgerechten Landnutzung und der Fremdenverkehrsförderung bündelt. Frohnhofen nimmt an Bodenordnungsverfahren teil und ist als Schwerpunktgemeinde in der Dorferneuerung anerkannt.

Die Dorferneuerung trägt zur Belebung und attraktiven Gestaltung der Ortskerne bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze. In den Jahren 1991 bis 1996 hat allein der Landkreis Kusel aus dem rheinland-pfälzischen Dorferneuerungsprogramm über 12 Millionen Mark erhalten. "Der regionale Förderschwerpunkt Landentwicklung im Bereich Kusel zeigt deutlich, daß auch in den strukturschwachen Regionen des Landes neue Perspektiven und Chancen für die Entwicklung und Erneuerung unserer ländlichen Gemeinden bestehen", sagte Eymael.

Der Einsatz der verschiedenen Förderinstrumente unterstütze darüberhinaus entscheidend die Bemühungen der Region bei der Förderung der grenzüberschreitenden Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, sagte der Staatssekretär. Beispielhaft führte Eymael das mit EU-Mitteln finanzierte Projekt "Kulinarische Landstraße" an. Die gemeinsame Präsentation dieses Projektes, zusammen mit den Partnerregionen aus Frankreich und Finnland auf dem Mannheimer Maimarkt sei nicht nur als Werbung für den Fremdenverkehr im Landkreis Kusel zu sehen, sondern auch als ein Modell für die europäische Zusammenarbeit.

Integriertes Förderprogramm „WeinKulturLandschaft Mosel“

Brüderle: Neue Wege in der integrierten Regionalförderung einschlagen

Die Sicherung der Zukunft des Steillagenweinbaus, die Erhaltung des moseltypischen Weindorfes mit Mitteln der Dorferneuerung, neue Förderkonzepte für die Weiterentwicklung des Tourismus und ein Gesamtkonzept für den Moselfahrradweg bilden die Schwerpunkte des Integrierten Förderprogramms "WeinKulturLandschaft Mosel", das Wirtschafts- und Weinbauminister Rainer Brüderle in der Mosellandhalle in Bernkastel-Kues der Öffentlichkeit vorstellte.

Die Bündelung der vielfältigen Förderinstrumente des Wirtschafts- und Weinbauressorts in einem Programm zur Entwicklung eines ländlichen Raumes stelle einen neuen Weg der integrierten Regionalförderung dar. Dieser Weg werde, wie Brüderle hervorhob, von der Europäischen Kommission für die künftige europäische Agrarpolitik als zukunftsweisend gewertet.

Die Region Mosel selbst habe den Begriff "WeinKulturLandschaft Mosel" als Imageträger für die Zukunft des Weinbaus und des Tourismus an der Mosel gewählt, sagte Brüderle. Das wertvollste Kapital der WeinKulturLandschaft Mosel sei der Steillagenweinbau. Der Verlust dieses Kapitals, wie er am Mittelrhein eingetreten sei, müsse unbedingt verhindert werden. Die wirtschaftliche Absicherung der Zukunft des Steillagenweinbaus bilde daher den zentralen Förderschwerpunkt des Programms. Ziel der Weiterentwicklung des Steillagenweinbaus müsse es sein, die Produktionskosten drastisch zu senken und gleichzeitig durch eine konsequente Qualitätsproduktion mit den Steillagenweinen in ein höheres Preissegment vorzustoßen, führte Brüderle aus.

Die Chance, beide Aufgaben erfolgreich zu lösen, beurteilte Brüderle optimistisch: Das Weinbaugebiet Mosel sei die Weinbauregion, die noch über die größten Rationalisierungsreserven verfüge. Mit dem Integrierten Förderprogramm werde ein umfassendes Bündel an Finanzhilfen zur Einführung moderner, arbeitssparender Produktionsverfahren in Seilzug- wie in Direktzuglagen angeboten. In Verbindung damit werde auch die Finanzierung von Bodenordnungsverfahren für die Steillagen verbessert werden, unterstrich Brüderle.

Brüderle appellierte an die Verantwortlichen der Weinwirtschaft an der Mosel, gemeinsam klare Produkt- und Absatzstrategien für Steillagenweine zu entwickeln, um diese in einem höheren Preissegment vermarkten zu können. Dies sei eine Aufgabe, die nur von der Weinwirtschaft in Eigenverantwortung gelöst werden könne, betonte der Minister. Mit der Einrichtung der Weinwirtschaftsräte sei die dazu erforderliche gemeinsame Plattform geschaffen worden. Bei der Umsetzung neuer Produkt- und Vermarktungsstrategien werde sein Ressort daran mitwirken, die rechtlich notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Wirtschaft beim Beschreiten neuer Absatzwege mit Finanzhilfen für Marketingmaßnahmen zu unterstützen.

Ziel der Dorferneuerung an der Mosel sei es, das moseltypische Weinbaudorf so zu erhalten und weiterzuentwickeln, daß die regionale Identität verstärkt und die Symbiose zwischen den vier Komponenten Wein, Kultur, Landschaft und Mosel gefördert wird, erklärte Brüderle. Neben den laufenden Maßnahmen der Investitionsförderung im Rahmen der Dorferneuerung würden neue Möglichkeiten geschaffen, die Beratungsleistungen für die Gemeinden zu verstärken. Dazu gehörten beispielsweise die Ausarbeitung städtebaulicher Rahmenrichtlinien für die Moselgemeinden und die Einrichtung eines Beratungsteams. Für die Weiterentwicklung des Tourismus komme es nicht nur darauf an, die WeinKulturLandschaft als Rahmen zu bewahren, sie müsse für die Touristen auch als Erlebnis gestaltet werden, unterstrich Brüderle. Dieses Ziel sei nur über neue Formen der Zusammenarbeit der verschiedenen Wirtschaftsgruppen zu erreichen, wie Erfahrungen in anderen Tourismusgebieten zeigten. Mit dem Integrierten Förderprogramm Mosel soll deshalb erstmalig eine Förderung von Kooperationsgruppen des Weinbaus, der Gastronomie und der Landwirtschaft eingeführt werden, die durch gemeinsam gestaltete erlebnisorientierte Programmangebote den Urlaubsaufenthalt an der Mosel für den Touristen noch attraktiver gestalten.

Nach Auffassung Brüderles bietet die WeinKulturLandschaft Mosel ideale Voraussetzungen, um das Marktsegment Fahrradtourismus als Chance für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs zu nutzen. "Ziel muß es sein, den Moselfahrradweg zu einer Trumpfkarte für die Tourismusregion Mosel zu entwickeln", sagte Brüderle. Dabei gelte es, die Radwege möglichst von den Straßen zu trennen und separat anzulegen. Brüderle sagte, er habe im Ministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die in engster Abstimmung mit den Gemeinden und Kreisen zügig ein Gesamtkonzept für den Ausbau des Moselfahrradweges ausarbeiten soll.

Mosel-Region birgt enormes Potential

Brüderle: Kräfte stärker bündeln

BERNKASTEL-KUES. (cb) Wein, Kultur und Landschaft: An der Mosel besteht daran, auch in qualitativer Menge, kein Mangel. Was noch fehlt, ist ihre Vernetzung zum Wohl der ganzen Region. Ein neues Förderprogramm soll diese Verknüpfung ermöglichen.

Weinbauminister Rainer Brüderle erläuterte am Donnerstag in Bernkastel-Kues die Grundüberlegungen des Integrierten Förderprogramms „WeinKulturLandschaft Mosel“. Sein Plädoyer: „Die 'WeinKulturLandschaft Mosel' ist das Pfund, mit dem es zu wuchern gilt, wenn es darum geht, die Zukunft für Weinbau und Tourismus in der Region Mosel zu entwickeln.“

Der Minister ließ keinen Zweifel daran, daß Wohl und Wehe der Region vom Steillagenweinbau abhängen. Die Realität sieht für den Berufsoptimisten Brüderle nicht so erfreulich aus. „Der Steillagenweinbau ist in weit größerem Maße gefährdet, als es die heute noch zumeist intakten Reblandschaften an den Steilhängen der Mosel vermuten lassen“, erklärte er.

Da Krisen aber auch Chancen zum Neubeginn böten, glaube er an den Fortbestand. Unternehmer, die sich trotz aller Schwierigkeiten in das Metier wagen, und junge Winzer markieren für ihn den Weg

in die Zukunft des Steillagenweinbaus. Voraussetzung seien die Einführung kostensparender Produktionsverfahren, die entsprechend gefördert werden sollen, eine Produktlinie mit einheitlicher Identität, die von den Kellereien und Genossenschaften vermarktet werden, und eine Verstärkung der „Flotte der Flaggschiffe“.

Eine wichtige Rolle im Gesamtprogramm spiele auch die Identität der Dörfer. Das Dorf müssen Lebens-, Arbeits-, Erlebnis- und Erholungsraum sein, in dem sich Bürger und Touristen wohl fühlen. Die „WeinKulturLandschaft Mosel“ müsse für den Tourismus auch erlebbar gemacht werden, forderte der Minister. „Diese Aufgabe kann nur durch eine Kooperation zwischen Weinbau, Gastronomie und Landwirtschaft unter Einbindung von Umwelt und Kultur befriedigend erfüllt werden“, wies er den Weg. Brüderle sagte zu, daß auch dieses Initiativen finanziell gefördert werden. ◊ Kommentar Seite 2

Neubau der A 60 von Bitburg bis Wittlich

Brüderle: Bodenordnung mildert Eingriff durch Autobahnbau

Das Instrumentarium der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz ist nach Auffassung von Verkehrs- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle hervorragend geeignet, um beim Bau von Straßen oder Autobahnen einerseits den Flächenverbrauch zu minimieren und andererseits Eingriffe in die Rechte der Grundeigentümer möglichst gering zu halten.

Für Minister Brüderle stehen bürgernahe Lösungen im Vordergrund. Beim Neubau der Autobahn A 60 zwischen Bitburg und Wittlich führen die Kulturämter Bernkastel-Kues und Trier derzeit in beispielhafter Weise vor, wie modernes Flächenmanagement betrieben werden kann. Auf einer Fläche von 4.700 Hektar sind derzeit sechs Bodenordnungsverfahren eingeleitet. Amtliche Wertermittlungsergebnisse bilden in enger Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger die Grundlage bei Flächenübertragungen.

Landankäufe auf freiwilliger Basis, auch außerhalb der Trassen und der Ausgleichsflächen, und deren Tausch mit Flächen betroffener landwirtschaftlicher Betriebe als Ersatzland haben für Minister Brüderle eindeutig Vorrang vor Enteignung. Der Landschaftsverbrauch werde durch die Neuordnung des Umfeldes minimiert, Nachteile für die allgemeine Landeskultur würden vermieden.

Bodenordnung

Eymael: Flurbereinigung als Generationenwerk

Für Staatssekretär Günter Eymael ist die Rebflurbereinigung in den Gemeinden der Pfalz ein Generationenwerk. Bei der Abschlußfeier zur Weinbergsflurbereinigung in Wachenheim würdigte Eymael die Weitsicht und Entschlossenheit der Generationen, die mit der Entscheidung zur abschnittswise Neuordnung der Flächen durch den Wiederaufbau nach vollständiger Abräumung der Rebareale die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg für die folgenden Generationen geschaffen hätten.

1967 wurde in Wachenheim der Startschuß für die Neuordnung der 635 Hektar Rebflächen gegeben. Trotz anfänglicher Verzögerungen gebühre den Wachenheimern die Anerkennung, als erste an der Mittelhardt mit der Durchführung der Flurbereinigung begonnen zu haben, sagte Eymael. Danach wurde alle drei Jahre ein Flurbereinigungsabschnitt durchgeführt. "Der Schlüssel für den Erfolg lag in einem beispiellos guten Zusammenspiel zwischen Teilnehmern der Aufbaugemeinschaft und den beteiligten Stellen, insbesondere dem Kulturamt und dem Reblauskommissar", sagte Eymael.

Bodenordnungsverfahren sind Eymael zufolge ein Element aktiver Strukturpolitik. Das integrierte Vorgehen verbessere neben der Agrarstruktur, die Infrastruktur, die Wasserwirtschaft und die Landespflege. Durch die Neuordnung der Rebflächen wurden die Bewirtschaftungs- und damit die Erzeugungsbedingungen nachhaltig verbessert, das Wegenetz neu geordnet, notwendige Bodenverbesserungen durchgeführt. Damit sei das Ziel einer rationellen Bewirtschaftung erreicht worden, sagte der Staatssekretär. Die Regenrückhaltebecken leisten einen Beitrag zum Hochwasserschutz für Wachenheim und die angrenzenden Gemeinden.

Eymael hob hervor, daß die Wachenheimer über die gesetzlich vorgegebenen landespflegerischen Leistungen hinaus zusätzlich Land für Ökozwecke zur Verfügung gestellt und vernetzte Biotopstrukturen angelegt hätten. "Ein attraktives Landschaftsbild ist eines der besten Werbeargumente für den Tourismus." In diesem Zusammenhang verwies er auf die Reste einer römischen Villa, der Villa rustica, die bei den Aufbauarbeiten gefunden wurden. Diese sei mittlerweile zu einer Touristenattraktion geworden.

Die erste Prüfung kam in Form des großen Regens

Flurbereinigung am Laubenheimer Hang findet breite Zustimmung

LAUBENHEIM. TÖM. Die Hangentwässerung war ein Problem, das die allererste Flurbereinigung in Laubenheim mit lösen sollte. Und exakt zu dem Zeitpunkt, als das Werk mit einem Gang durch die Gemarkung begutachtet werden sollte, setzte der große Regenguß ein. Fazit: Die Probe ist bestanden. Überhaupt war die Winzerschaft mit dem Ergebnis des sogenannten Bodenordnungsverfahrens am Laubenheimer Hang zufrieden. Womit „eine unendliche Geschichte“, wie Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) meinte, „am Ende herzliches Einvernehmen“ fand.

Anfangs sah das ganz anders aus. 1990 war das Verfahren zur Flurbereinigung eingeleitet worden. 180 Grundstückseigentümer mit insgesamt rund 65 Hektar Land waren davon betroffen. 60 Besitzer legten Widerspruch ein. Zähe Verhand-

lungen begannen. Gegner sahen vor allem den Umweltschutz gefährdet. Eigentümer, die Flächen nicht hauptberuflich als Winzer bewirtschaften, fürchteten um Verluste, weil ihnen ihr am Ortsrand liegender Besitz als mögliches künftiges Baugebiet flöten zu gehen drohte. Außerdem mußte jeder einen Flächenverlust von durchschnittlich 16 Prozent für den Wegebau und Biotopflächen hinnehmen.

„Nach anfänglichen Kämpfen mit schwerem Säbel ging es über das Fechten mit dem Florett zu gegenseitig befruchtenden Gesprächen“, bilanzierte Horst Hünerkopf vom Vorstand der Aufbau- und Teilnehmergemeinschaft. Letztlich seien alle, „von wenigen Grundstückseigentümern abgesehen“, mit der „naturnahen“ Flurbereinigung zufrieden. Die Grünsubstanz wurde laut Hünerkopf noch vergrößert. 2,5 Millio-

nen Mark hat das Projekt von Stadt und Land verschlungen. „Eine pittoreske, aber teure Anlage“, konstatierte Beutel, der nicht hofft, daß die ins Gelände eingezogenen „Mauern für eine Ewigkeit halten“. Die wirtschaftliche Grundlage der Winzer sieht der OB gestärkt.

Ziel der Bodenreform war eine Verbesserung der Agrarstruktur, um die Arbeit für Landwirtschaft und Weinbau zu erleichtern. Aspekte der Naherholung wie der Radweg nach Bodenheim oder Spazierwege mußten dabei ebenso berücksichtigt werden wie der Erhalt von Biotopbeständen und das Problem der Hangentwässerung. Für Hans-Willi Fleischer, Vorsitzender der Aufbaugemeinschaft, ist das gelungen: „Es ist eine Flurbereinigung geworden, die für die Winzer eine gute Grundlage schafft und auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt.“



Freuen sich über die Flurbereinigung: Ex-OB Herman-Hartmut Weyel, Hans-Willi Fleischer, Staatssekretär Günter Eymael, Oberbürgermeister Jens Beutel und Horst Hünerkopf (von links). Foto: Harry Braun

Auch Früchte der Flurbereinigung gekostet

Laubenheimer Weinlandschaft unter neuesten ökologischen Richtlinien umgestaltet

cw. LAUBENHEIM – Nach langjährigen Diskussionen und umfassenden Baumaßnahmen konnte nun die Flurbereinigung im Gebiet Laubenheim abgeschlossen werden. 75 Hektar Fläche, die von ansässigen Winzern bewirtschaftet wird, wurden teils neu aufgeteilt, mit Fuß-, Rad- und Fahrwegen ausgestattet und unter neuesten ökologischen Richtlinien umgestaltet.

Erfreut zeigte sich der Vorstand der Aufbaugemeinschaft, daß man bei der Strukturierung der Weinberge sowohl die wirtschaftlichen Interessen der Winzer als auch den Umweltschutz berücksichtigt habe. Die Eigentümer können jetzt auf den von durchschnittlich 0,23 Hektar auf 0,41 Hektar gewachsenen Parzellen mit größeren Maschinen effektiver ihren Rebenbestand pflegen. Durch die intelligente Aufteilung sei auch der Zugang zu den Grundstücken einfacher geworden, erklärte Horst Hünorkopf, Mitglied im Vorstand der Gemeinschaft.

Die Kosten beliefen sich auf 2,4 Millionen Mark und wurden zu knapp vier Fünfteln aus Mitteln der

„Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur“ finanziert. Immerhin noch 10800 Mark mußten von den beteiligten Grundstückerne selbst aufgebracht werden, um das Projekt auszuführen. Nach Auffassung des Staatssekretärs im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums, Günter Eymael, hätten es Land, Stadt und die Winzer bei den anfangs schwer vereinbaren Zielen es schließlich doch geschafft, in den Belangen des öffentlichen Interesses und des Umweltschutzes „vorbildlich zu harmonisieren“.

Bei einem Rundgang durch die Laubenheimer Weinlandschaft konnte sich auch Oberbürgermeister Jens Beutel von der hohen Qualität, die das Gebiet den Mainzern jetzt als Naherholungsraum biete, überzeugen. Nach der Besichtigung des Gebiets versammelten sich die Vertreter von Land, Stadt sowie Aufbauteilnehmergemeinschaft zur einer Weinprobe, bei der sie die Früchte der Flurbereinigung in flüssiger Form kosten konnten.



Zufrieden überzeugten sich Vertreter von Stadt, Land und den Winzern von der gelungenen Flurbereinigung in Laubenheim. Bild: Jörg Henkel

Renaturierung gegen Hochwasser

Arbeitsgruppe „Naheprogramm“ besichtigt Riedborngraben und Rohrbach

19. VG WÖLLSTEIN – Die Gewässerrenaturierung im Raum Wöllstein und Spredlingen stand bei der jüngsten Sitzung auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe „Naheprogramm.“ Im Rahmen einer Exkursion vor Ort besichtigten die Vertreter von Land, Kulturrämtern, Naturschutzverbänden und Kommunen verschiedene Quellgewässer.

Rund 23 Millionen Mark investiert das Land im Rahmen dieses Programms für die Maßnahmen auf einer Länge von insgesamt rund 190 Kilometern. Für die Renaturierung soll den Bachläufen mehr Raum gegeben werden. Bislang ist es oft üblich, daß die landwirtschaftliche Nutzung direkt bis an die Bäche heranreicht. Die Folge: Die Gewässer leiden unter einem hohen Eintrag an Pestiziden, Fungiziden und Düngemitteln einerseits und die Randbereiche der Felder unter Überschwemmungen bei heftigen Gewittern andererseits.

Als Lösung empfiehlt die Arbeitsgruppe die Ausweisung von Randstreifen, die dem Gewässer zugeschlagen werden. Insgesamt geht es dabei im Rahmen des Naheprogramms immerhin um rund 650 Hektar Flächen, für deren Verlust oder

eingeschränkte Nutzung die Landwirte entweder entschädigt werden müssen, oder denen Flächen zum Tausch angeboten werden.

Konkretes Ziel der Arbeitsgruppe war diesmal unter anderem der Riedborngraben bei Eckelsheim. Er speist sich vornehmlich von der Feldentwässerung und zieht sich kerzengerade durch die Landschaft. Neben der Ausweisung von Randstreifen empfiehlt der Leiter der Arbeitsgruppe, Bernd Scholz, das Gewässer einfach etwas auflanden zu lassen. Das gebe dem Bach mehr Raum zur Versickerung. Schließlich ist die Hochwasserabwehr erklärtes Ziel des Landes. Viele kleinere Einzelmaßnahmen an unzähligen Gewässern in ganz Rheinland-Pfalz sollen dabei einen wirksamen Schutz bilden.

Auch dem Rohrbach bei Gumbenheim will man mittel- bis langfristig einen breiteren Randstreifen zustehen. Allerdings hat sich der Bach sehr tief „eingefressen“, sodaß eine Verlandung aufgrund zu geringer Eigendynamik sehr lange dauern wird. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe regte an, die Pappelallee auf beiden Seiten stehen zu lassen, aber nicht weiter zu unterhalten. Im Laufe der Zeit soll-

ten die Pappeln nach und nach absterben und so Platz für ortstypischen Bäume wie etwa den Ahorn schaffen. Bisweilen bleiben die Bäume als Teil der Landschaftskulisse und als Windschutz für die Landwirtschaft demnach stehen. Auch das alte Holz solle am Ort verbleiben, denn es erfülle ökologisch eine wichtige Funktion.

Südlich von Badenheim machte sich die Arbeitsgruppe ein Bild vom Appelbach, denn hier ist ein noch ungelöstes Problem. Bei jedem größeren Unwetter werden hier die Felder durch Überschwemmungen in Mitleidenschaft gezogen. Diskutiert wird, ob die Bauern entschädigt werden sollen oder ob hier ebenfalls Flächen angekauft werden können.

Eine vorbildliche Gewässerentwicklung stellten die Fachleute am Höllegraben bei Spredlingen vor. Weil zuvor Teile des Neubaugebietes und die Schule bei starken Regenfällen unter den Wassermassen zu leiden hatten, wurde der Bachverlauf kurzerhand umgeleitet und dabei naturnah gestaltet. Weiteren Schutz gibt das nördlich gelegene Regenrückhaltebecken, das seine Funktion ausgezeichnet erfülle.



Mehr Ausdehnungsmöglichkeiten für die Bachläufe soll das Renaturierungsprogramm an der Nahe bringen. Dazu gehören auch der Rohrbach und der Riedborngraben, die die Arbeitsgruppe „Naheprogramm“ besichtigt hat.

Bild: Jürgen Glaser

Natur erobert Selzaue zurück

Biotop in Friesenheim übergeben / Landrat Schick nennt Fehler der Vergangenheit

aob. MAINZ-BINGEN – Wasser ist die Essenz des Lebens. Ohne Wasser ist kein Leben möglich. Zum „Tag des Wassers“, von den Vereinten Nationen initiiert, stellte der Landkreis Mainz-Bingen in Friesenheim sein Sanierungskonzept zur Renaturierung des Selztals vor.

Das Selztal ist ein regionaler Schwerpunkt der von der Landesregierung ins Leben gerufenen „Aktion Blau“, die die Rückführung von Flüssen und Bächen in ihren natürlichen Zustand zum Ziel hat. Ein Teilprojekt dieser Aktion, ein Biotop in Friesenheim, konnte nun offiziell seiner Bestimmung übergeben werden, was zum Anlaß genommen wurde, vor Ort über das Gesamtkonzept zu informieren.

In seiner Begrüßungsrede forderte Landrat Claus Schick zu sorgfältigem Umgang mit dem Gut Wasser auf. Er räumte ein, daß in der Vergangenheit gerade auf dem Sektor Wasserwirtschaft Fehler gemacht wurden, die es jetzt zu beseitigen gelte. Um zusätzliches Ackerland zu gewinnen, wurden Flächen trockengelegt und Gewässer begradigt, so daß ein schnelles Abfließen des Was-

sers erfolgte. Erst in den letzten Jahren änderte sich die Zielsetzung von Grund auf: Das Wasser soll nun nicht mehr schnellstmöglich, etwa in den Rhein, sondern vor Ort versickern, um ein Absinken des Grundwasserspiegels zu verhindern.

Aus diesem Grund wurde von der „Aktion Blau“ in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft in Mainz, dem Selzverband Ingelheim und dem Kulturamt Worms ein Sanierungskonzept für das gesamte Selztal ins Leben gerufen. Denn auch die Selz als längstes Fließwasser Rheinhesens ist in der Vergangenheit streckenweise begradigt worden und befindet sich weitgehend in einem sehr naturfernen Zustand.

Zur Vorstellung des Projektes haben diese Institutionen ein Faltblatt herausgegeben, das beim Kulturamt Worms erhältlich ist. In ihm sind die Ziele des Konzeptes erläutert. Die Begradigungen sollen zurückgenommen und die Selz in ein geschwungenes, breites und flaches Gewässerbett zurückgewandelt werden. Auf einem breiten Uferstreifen soll die Biotopvernetzung soweit verbessert

werden, daß eine stabile Gewässer-aue mit typischer Vegetation entsteht.

Eines dieser Biotope übergab Andreas Bitz von der „Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie“ (Gnor) in Friesenheim seiner Bestimmung. Die Gnor hatte die Patenschaft über den Bau übernommen, so daß Bitz das Vorgehen erläuterte. Auf der ehemals landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde ein Gewässer ausgehoben, das nicht weiter bepflanzt oder künstlich besiedelt werden soll. „Mit der Zeit stellt sich der natürliche Bewuchs und die Besiedlung ganz von selbst ein“, erläuterte Bitz. So soll die Landschaft ihre ganz natürliche Identität zurückerhalten und das Selztal ein zusammenhängendes Vegetationsgebiet werden.

Vor Ort konnten sich die Besucher auch noch über verschiedene andere Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserwirtschaft informieren. In vier Ausstellungsbereichen ging es nicht nur um die Struktur von Gewässern, sondern auch um die Qualität des Wassers durch Abwasserreinigung und um die Sicherung der Trinkwasserversorgung.

Brüderle: Äcker an Maschinen anpassen

MAINZ (Irs) – Die Äcker und Weinberge sollten nach Ansicht von Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) besser an die Erntemaschinen angepaßt werden. Ungünstige Betriebsgrößen müßten neu strukturiert und zu kleine Parzellen zusammengelegt werden, sagte Brüderle in Mainz.

Die ländliche Bodenordnung – Aufgabe von neun Kulturämtern in Rheinland-Pfalz – sei „Voraussetzung für notwendige Rationalisierungsmaßnahmen in der Außenwirtschaft“. Sie mache den Einsatz wirtschaftlicher Techniken erst möglich. „Die Anpassung der Flurverfassung an den Strukturwandel ist eine der vordringlichsten Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte und Winzer“, formulierte der Minister.

Außerdem könnten bei der Bodenordnung wertvolle Biotope erhalten werden. Zudem trügen die Verfahren „zu einer Minimierung des Landschaftsverbrauchs bei, beispielsweise beim Bau von Autobahnen“, erklärte der FDP-Politiker, der auch Verkehrsminister des Landes ist.

Impressum

- Herausgeber: Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Rainer Brüderle
- Schriftleitung: Ministerialrat Prof. A. Lorig (verantwortlich) und Oberamtsrat H. Jens, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Ernst - Ludwig - Straße 2, 55116 Mainz
- Gestaltung, Reproduktion und Vertrieb: Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz, Diether - von - Isenburgstraße 9-11, 55116 Mainz
- Ständige Mitarbeiter: Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Dr. Baur (Bezirksregierung Rh. - Pfalz)
Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm)
Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Obervermessungsrat Pick (Kulturamt Bernkastel - Kues)
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerburg)
Obervermessungsrat Kohlhaas (Kulturamt Mayen)
Vermessungsdirektor Hausmann (Kulturamt Worms)
Regierungsrat Burg (Kulturamt Neustadt)
Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern)
Vermessungsdirektor K. Wagner (Kulturamt Simmern)
Techn. Angestellte Kaufmann (LUREST)
- Erscheint: halbjährlich
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
2. An Teilnehmergeinschaften (VTG)
3. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel: Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck: Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt